



Rheinland-Pfalz


Statistische Monatshefte

Statistik
nutzen

03 | 2005

Statistisches Landesamt





Fotonachweis

Titelfoto: Volker Teuschler, Daleiden

Das Europadenkmal in Ouren: Dort, wo Belgien, Luxemburg und Rheinland-Pfalz aneinander grenzen, wurde vor fast 30 Jahren ein Denkmal aus fünf Megaliten errichtet. Auch die Zusammenarbeit der Statistischen Ämter der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie gibt es seit drei Jahrzehnten. Jetzt wurde die fünfte Auflage des Statistischen Jahrbuchs vorgestellt

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	115
Bildungspartizipation ausländischer Kinder und Jugendlicher Deutliche Unterschiede zur deutschen Bevölkerung beim Durchlaufen des allgemein bildenden Schulsystems	118
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	129
Europas Herz Die Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie Viele Antworten und 10 Fragen	137
Daten zur Konjunktur	143
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	165
Neuerscheinungen	175

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

55% der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen sind „Nicht-Landeskinder“

Das Bildungsangebot der rheinland-pfälzischen Hochschulen trifft auch bei Studierwilligen außerhalb der Landesgrenzen auf großes Interesse. Im vergangenen Wintersemester hatten von den gut 96 000 an rheinland-pfälzischen Hochschulen immatrikulierten Studierenden rund 45 000 (46,7%) die Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland und mehr als 8 100 (8,5%) im Ausland erlangt. Auf der anderen Seite waren von den bundesweit knapp 83 700 Studierenden, die ihr Abitur oder ihre Fachhochschulreife in Rheinland-Pfalz erworben hatten, etwas mehr als 43 000 (51,5%) an einer hiesigen Hochschule eingeschrieben, die übrigen studierten an Hochschulen anderer Bundesländer. Damit weist Rheinland-Pfalz einen positiven Wanderungssaldo von rund 4 300 Studierenden aus den übrigen Bundesländern auf.

Insbesondere mit den benachbarten Bundesländern bestehen starke Austauschbeziehungen. Von den aus anderen Ländern stammenden Studierenden entfielen 14 400 auf Hessen, rund 8 000 auf Nordrhein-Westfalen, über 7 700 auf Baden-Württemberg und annähernd 6 100 auf das Saarland. Von den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten waren knapp 13 100 Personen an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, mehr als 10 200 in Baden-Württemberg, über 7 800 in Hessen, mehr als 2 200 in Bayern

Studierende im Wintersemester 2003/04 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung und dem Land des Studienorts

Bundesland	Aus Rheinland-Pfalz studieren in	In Rheinland-Pfalz studieren aus	Wanderungsüberschuss(+) / -defizit (-)
Schleswig-Holstein	279	589	310
Hamburg	544	344	- 200
Niedersachsen	963	2 250	1 287
Bremen	238	200	- 38
Nordrhein-Westfalen	13 063	8 032	-5 031
Hessen	7 813	14 404	6 591
Rheinland-Pfalz	43 047	43 047	-
Baden-Württemberg	10 222	7 736	-2 486
Bayern	2 242	2 556	314
Saarland	2 136	6 078	3 942
Berlin	1 544	488	-1 056
Brandenburg	232	336	104
Mecklenburg-Vorpommern	173	277	104
Sachsen	562	694	132
Sachsen-Anhalt	251	393	142
Thüringen	353	565	212
Zusammen	83 662	87 989	4 327
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben	.	8 150	.
Insgesamt	.	96 139	.

und rund 2 100 im Saarland eingeschrieben. Somit ergaben sich aus Hessen (+6 591) und dem Saarland (+3 942) starke Wanderungsüberschüsse; hohe Wanderungsdefizite wurden gegenüber Nordrhein-Westfalen (-5 031) und Baden-Württemberg (-2 486) verzeichnet.

Welche Auswirkungen das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Regelung der Studiengebühren auf die zukünftigen Studentenströme zwischen den Bundesländern haben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Mit Richterspruch vom 26. Januar dieses Jahres erklärte das Bundesverfassungsgericht den im Hochschulrahmengesetz des Bundes verankerten Passus zur Gebührenfreiheit des Studiums für nichtig und ermöglichte damit den Ländern

die Einführung von Studiengebühren. Daher könnte es zu einem verstärkten Ansturm von Studierenden aus solchen Bundesländern kommen, die künftig bereits für das Erststudium Gebühren erheben und nicht – wie Rheinland-Pfalz – auch weiterhin ein gebührenfreies Erststudium ermöglichen möchten.

Die Zahlen stammen aus der Studierendenstatistik. Diese Daten werden von den Hochschulen für alle Studierenden im Wintersemester sowie für alle Erstimmatrikulierten und Exmatrikulierten auch im Sommersemester an die statistischen Landesämter gemeldet. Die Auswertung der Studentenströme über Landesgrenzen hinweg erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Rheinland-Pfalz setzt auf mechanisch-biologische Abfallbehandlung

Im Jahr 2003 wurden bei den 222 Anlagen der Entsorgungswirtschaft in Rheinland-Pfalz 4 Mill. t Abfälle angeliefert. Dies waren knapp 2% weniger als im Vorjahr. Von den insgesamt entsorgten Abfällen entfielen mehr als 50%, nämlich 2,1 Mill. t, auf Siedlungsabfälle.

Gut die Hälfte der in Rheinland-Pfalz entsorgten Siedlungsabfälle wurde im Jahr 2003 ohne vorherige Be-

handlung deponiert. Ab Mitte der 1990er Jahre war diese Form der Abfallbeseitigung rückläufig. Seither werden die Entsorgungsstrukturen darauf ausgerichtet, dass ab Mitte des Jahres 2005 die dauerhafte Ablagerung biologisch abbaubarer Abfälle ohne vorherige Behandlung verboten ist. Um diese Vorgabe zu erreichen, wird bundesweit die Abfallverbrennung (49%) favorisiert. Der Vergleichswert für Rheinland-Pfalz beträgt – trotz der Inbetriebnahme weiterer Verbrennungsanlagen – lediglich 28%. Entsprechend größere Bedeutung haben in Rheinland-Pfalz die mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen, bei denen über ein Fünftel aller Siedlungsabfälle angeliefert wurde. In Deutschland waren es nach vorläufigen Ergebnissen lediglich 6%.

Stromverbrauch 2003 leicht gesunken Erlöse deutlich gestiegen

Weniger Absatz, aber höhere Erlöse: So stellt sich der Strommarkt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 dar. Der Stromabsatz an die Endverbraucher nahm um 2% auf 26,4 Mrd. Kilowattstunden ab, die Erlöse der Stromversorger stiegen um 6,5% auf fast 2,2 Mrd. Euro. Daraus errechnet sich ein Durchschnittserlös von 8,17 Cent für die Kilowattstunde. Im Jahr zuvor lag der Durchschnittserlös noch bei 7,52 Cent.

Größte Abnehmer waren die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes

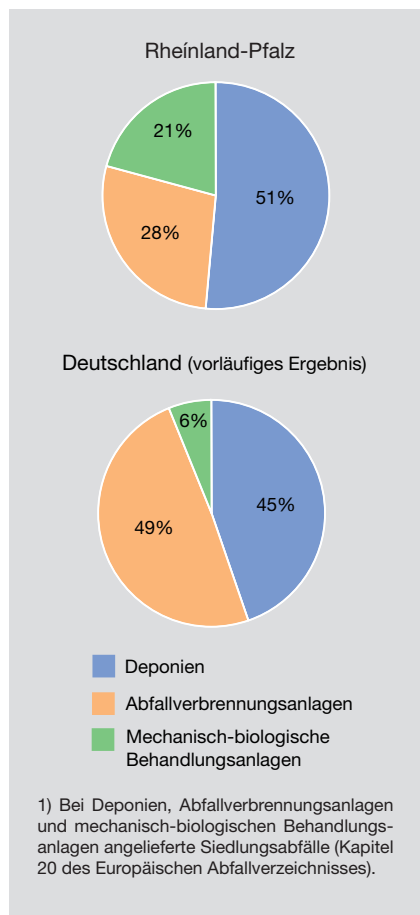
mit 12,8 Mrd. Kilowattstunden, was einem Anteil von über 48% des Gesamtverbrauchs entspricht. Auf die privaten Haushalte entfielen rund 30% des Stromverbrauchs (7,8 Mrd. Kilowattstunden).

Für die Stromkunden gibt es sehr unterschiedliche Tarif- und Vertragsregelungen. Die privaten Haushalte zahlten 2003 im Durchschnitt 13,19 Cent pro Kilowattstunde, von den Industriebetrieben verlangten die Energieversorger durchschnittlich 4,52 Cent je Kilowattstunde.

Bundesweit war 2003 eine leichte Steigerung des Stromabsatzes um 0,3% zu verzeichnen. Insgesamt wurden 483,3 Mrd. Kilowattstunden Strom verbraucht.

Die Daten stammen aus der jährlichen Erhebung über Stromabsatz und Erlöse der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sowie der Stromhändler. Die Verbraucher in Rheinland-Pfalz wurden 2003 von 103 Versorgungsunternehmen mit Strom beliefert. Die Erlöse zeigen nur die Einnahmeseite der Stromversorger auf und sind nicht mit deren Gewinn identisch. In den Erlösen sind neben Arbeits-, Leistungs- und Verrechnungsentgelten auch Netznutzungsentgelte, Stromsteuer sowie Ausgleichsabgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz enthalten, nicht jedoch die Mehrwertsteuer und rückwirkende Stromsteuerrückerstattungen.

Siedlungsabfälle 2003 nach Art der Entsorgung¹⁾



Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter im Dialog mit der Wissenschaft

Mit dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter (FDZ) konnte in Deutschland eine Schnittstelle zwischen amtlicher Statistik und unabhängiger Forschung geschaffen werden. Wissenschaftlichen Einrichtungen wird durch das FDZ die Möglichkeit gegeben – unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen – für Analysen von politischen, ökonomischen oder sozialen Fragestellungen ein breites Spektrum an Mikrodaten auszuwerten. Charakteristisch für das Analysepotenzial der Mikrodaten, die vom FDZ der Statistischen Landesämter bereitgestellt werden, ist neben der Vielfalt und der hohen Zahl von Einzelfällen vor allem eine ausgeprägte regionale Gliederung der Daten.

Regionale Aspekte spielen auch für die Struktur des FDZ eine entscheidende Rolle. Durch den föderalen Aufbau der amtlichen Statistik ist das FDZ der Statistischen Landesämter an 16 Standorten in ganz Deutschland vertreten. Dies ermöglicht der Wissenschaft nicht nur den bundesweiten Zugang zu Mikrodaten, sondern auch einen engen Kontakt mit den regionalen Ansprechpartnern des FDZ vor Ort.

Auf vier regionalen Nutzerkonferenzen, die im April und Mai 2005 stattfinden werden, steht somit auch der Kontakt zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik im Vordergrund.

Regionale Nutzerkonferenzen im April und Mai

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz wird mit seinem regionalen Standort am 6. April auf der Nutzerkonferenz in Köln vertreten sein.

Die Termine:

Köln, 6. April Beginn: 11.00 Uhr; Ort: Hörsaal 2 des Hauptgebäudes der Universität zu Köln.

Thema: Bevölkerungs- und Sozialstatistiken

Berlin	21./22. April	(Wirtschafts- und Sozialstatistiken)
Stuttgart	9. Mai	(Umwelt- und Sozialstatistiken)
Kiel	19. Mai	(Agrar- und Wirtschaftsstatistiken)

Es werden Erfahrungen bei der Nutzung von amtlichen Mikrodaten ausgetauscht und Ergebnisse von Forschungsprojekten präsentiert. Darüber hinaus werden die regionalen Ansprechpartner vorgestellt sowie das Datenangebot und die Zugangswege zu den Mikrodaten erläutert.

Jede der vier Nutzerkonferenzen befasst sich mit einem anderen thematischen Schwerpunkt. Die Themen umfassen dabei die Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistiken ebenso wie die Statistiken zu Umwelt und Landwirtschaft.

In Kooperation mit Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß vom Zentrum für empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Universität zu Köln führen die statistischen Ämter der

Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Nutzerkonferenz zu Bevölkerungs- und Sozialstatistiken durch. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen insbesondere Forschungsprojekte mit den Daten des Mikrozensus sowie der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Es referieren u.a. Irene Iwanow und Steffen Kausch (Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. in Dresden), Dr. Matthias Schilling (Universität Dortmund).

Zusätzliche Informationen

sowie Hinweise zu den weiteren regionalen Nutzerkonferenzen finden sich unter: www.forschungsdatenzentrum.de

Bildungspartizipation ausländischer Kinder und Jugendlicher

Deutliche Unterschiede zur deutschen Bevölkerung beim Durchlaufen des allgemein bildenden Schulsystems



Von Gerd Reh

Bildung ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Integration. Sie ermöglicht die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Darüber hinaus ist sie essenzielle Voraussetzung für eine aktive Erwerbsbeteiligung und damit die Grundlage für die Einkommenserzielung. Offensichtlich

haben bislang die hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nur unterdurchschnittlich am hiesigen Bildungssystem partizipiert. Gerade vor dem Hintergrund einer schrumpfenden und zunehmend alternden Bevölkerung sowie angesichts der Herausforderungen, die aus der Globalisierung der Wirtschaft erwachsen, sind wir mehr denn je auf Innovationen angewiesen, die eine höhere Produktivität des auf längere Sicht sinkenden Erwerbspersonenpotenzials ermöglichen. Voraussetzung für Innovationen und Investitionen am Wirtschaftsstandort Deutschland sind gut ausgebildete Beschäftigte. Das Fundament für deren Bildung und damit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft wird in den allgemein bildenden Schulen gelegt.

Ausländeranteil in Rheinland-Pfalz rund 8%

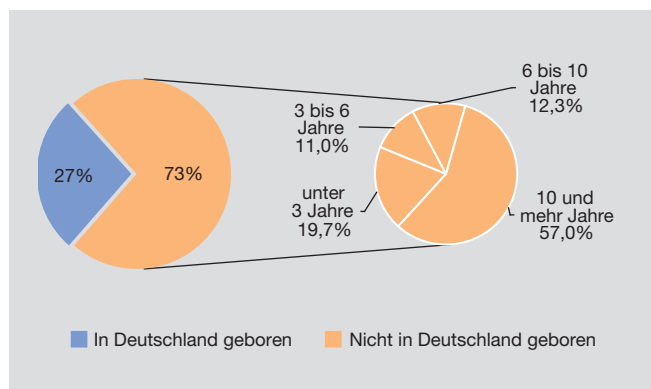
Integrationsanstrengungen erforderlich: 30% der im Ausland Geborenen sind noch keine sechs Jahre in Deutschland

In Rheinland-Pfalz leben zurzeit rund 312 600 Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht und liegt derzeit bei knapp 8%. Nur gut jeder Vierte von ihnen ist in Deutschland geboren. Von den im Ausland Geborenen, die heute in Rheinland-Pfalz wohnen, lebt deutlich mehr als die Hälfte seit über zehn Jahren in Deutschland; weitere 30% haben erst vor weniger als sechs Jahren ihren Wohnsitz in der Bun-

desrepublik genommen. Für eine befriedigende gesellschaftliche Integration dürfte vor allem diese Gruppe noch auf bedarfsgerechte Angebote angewiesen sein.

Betrachtet man zunächst einige Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Situation der ausländischen Bevölkerung, so zeigt sich im Vergleich mit dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung ein eher ungünstiges Bild. Die Analyse der Bildungssituation ausländischer Jugendlicher verdeutlicht Defizite, die hierfür mit ursächlich sein dürften.

S 1

Ausländische Bevölkerung in Privathaushalten 2003 nach der Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland

Erwerbsbeteiligung von Ausländern niedriger

Ausländerinnen und Ausländer stellen 8% des Erwerbspersonenpotenzials

Am Erwerbspersonenpotenzial, zu dem neben den Erwerbstätigen auch diejenigen Personen zählen, die einen Arbeitsplatz suchen, und das zurzeit in Rheinland-Pfalz gut 1,9 Mill. Menschen umfasst, stellen ausländische Arbeitskräfte derzeit einen Anteil von rund 8%. Dieser Wert ist seit Mitte der 1990er Jahre annähernd konstant geblieben, obwohl bei den ausländischen – wie auch bei den deutschen Frauen – eine zunehmende „Erwerbsbereitschaft“ festzustellen ist. Gleichwohl ist der Anteil ausländischer Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen bzw. eine solche aufnehmen möchten, mit zurzeit 3% des Gesamtpotenzials noch ausgesprochen gering.

Geringere Erwerbsbeteiligung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Bezogen auf die 15- bis 65-jährige Bevölkerung liegt die Quote der Erwerbspersonen unter ausländischen Frauen mit knapp 52% mehr als 13 Prozentpunkte niedriger als bei Frauen deutscher Staatsangehörigkeit. Die Erwerbsquote ausländischer Männer liegt mit zurzeit rund 75% ebenfalls deutlich – und

zwar um knapp 7 Prozentpunkte – unter der Quote der deutschen Männer.

Eine altersspezifische Auswertung zeigt, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger fast aller Altersgruppen im Erwerbspersonenpotenzial eindeutig unterrepräsentiert sind. Insbesondere bei den 20- bis 50-Jährigen liegen die Erwerbsquoten in der deutschen Bevölkerung deutlich höher. Zwischen dem 50. und dem 60. Lebensjahr gleichen sich die Quoten an.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind vergleichsweise häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahr 2003 waren durchschnittlich mehr als 20 300 Ausländerinnen und Ausländer als Arbeitsuchende registriert. Sie stellten damit rund 13% der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote, bei der die Zahl der Arbeitsuchenden auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogen wird, fällt in der ausländischen Bevölkerung rund doppelt so hoch aus wie in der Gesamtbevölkerung. Im vergangenen

13% der Arbeit-suchenden sind Ausländer

T 1

Erwerbspersonen und Erwerbsquoten der 20- bis 60-Jährigen 2003

Alter in Jahren	Erwerbspersonen			Erwerbsquoten ¹⁾		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
	1 000			%		
20 - 25	159,0	146,0	13,0	71,9	73,4	59,1
25 - 30	164,5	144,2	20,3	80,0	82,6	65,7
30 - 35	224,5	195,8	28,7	87,4	88,9	78,2
35 - 40	303,3	280,1	23,2	87,5	88,4	77,9
40 - 45	289,7	270,4	19,3	88,4	89,1	80,1
45 - 50	262,3	247,0	15,3	87,1	87,6	81,4
50 - 55	233,0	216,6	16,4	80,5	80,8	77,4
55 - 60	135,1	126,3	8,8	67,0	67,0	66,7

1) Erwerbspersonen je 100 der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

T 2

Arbeitslose 1993-2003

Jahr	Arbeitslose im Jahresdurchschnitt		Arbeitslosenquote ¹⁾	
	insgesamt	Ausländer/-innen	insgesamt	Ausländer/-innen
1993	117 703	12 286	7,5	14,4
1994	132 876	14 707	8,4	15,0
1995	134 223	15 228	8,5	15,2
1996	149 782	18 189	9,4	18,0
1997	163 768	20 404	10,3	19,9
1998	156 654	19 914	9,7	19,0
1999	149 412	19 274	9,2	18,1
2000	138 370	17 934	8,1	16,0
2001	134 841	17 893	7,6	15,7
2002	143 708	19 401	8,0	17,1
2003	154 610	20 310	8,5	17,7

1) Arbeitslose bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Jahr lag sie bei knapp 18%, das heißt annähernd jede fünfte ausländische Erwerbsperson, die dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stand, war als Arbeit suchend gemeldet.

Haushaltseinkommen in „Ausländerhaushalten“ geringer

17% weniger Haushaltsnettoeinkommen als im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Haushalte

Erwerbstätigkeit ist eine wichtige Quelle für die Erzielung von Einkünften. Entsprechend spiegelt sich die geringere Erwerbsbeteiligung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch in den Einkommensverhältnissen wider. Verglichen mit dem Einkommen, das rheinland-pfälzischen Haushalten im Durchschnitt zur Verfügung stand, lag das monatliche Nettoeinkommen in Haushalten mit ausländischer Bezugsperson im vergangenen Jahr mit 1 766 Euro rund 17% niedriger. Knapp ein Viertel dieser Haushalte musste mit einem Monatsnettoeinkommen von weniger als 900 Euro auskommen.

Entsprechend hoch ist die Anzahl ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht aus eigener Kraft decken können und daher auf Sozialhilfe angewiesen sind. Rund ein Fünftel der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt hat einen ausländischen Pass. Damit nehmen etwa 6% der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer entsprechende Sozialleistungen in Anspruch. Die Sozialhilfequote in der ausländischen Bevölkerung liegt annähernd dreimal so hoch wie in der deutschen Bevölkerung.

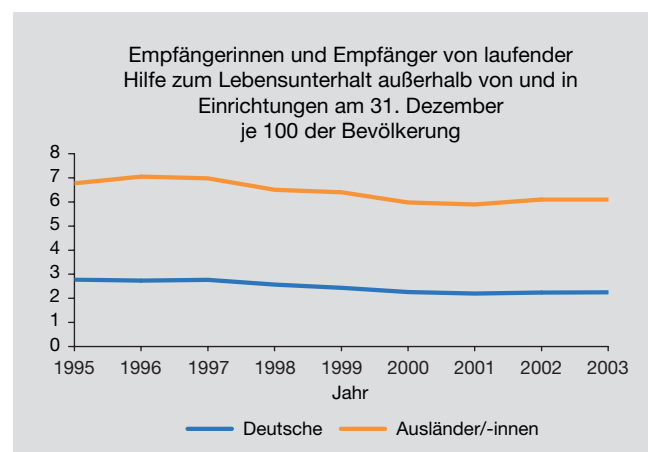
Sozialhilfequote deutlich höher

Bildungsstand der deutschen und der ausländischen Bevölkerung unterscheidet sich deutlich

Von den in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländern haben rund 62% eine allgemein bildende Schule absolviert. Knapp ein Drittel hat eine dem Hauptschulabschluss vergleichbare Vorbildung aufzuweisen, mehr als 10% besitzen eine

S 2

Sozialhilfequoten 1995-2003



der mittleren Reife entsprechende Qualifikation und fast 20% die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.

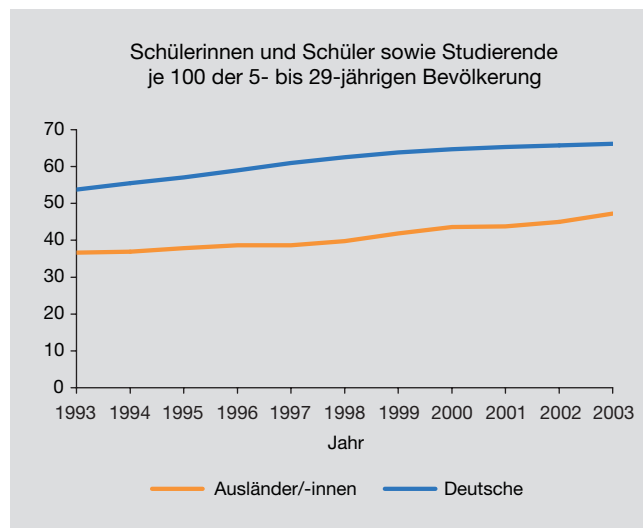
In der deutschen Bevölkerung liegen die entsprechenden Anteilswerte durchweg deutlich höher – mit einer Ausnahme: Unter den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife vergleichsweise stark vertreten, und dies nicht – wie zu vermuten wäre – unter den Jüngeren, sondern insbesondere unter den über 60-Jährigen. Bei diesen Ergebnissen aus dem Mikrozensus¹⁾ können allerdings Ergebnisverzerrungen nicht ausgeschlossen werden. Die Beantwortung bildungsrelevanter Fragestellungen ist älteren Personen in dieser Statistik nämlich freigestellt. Zudem bleibt bei der Ableitung von „Globalquoten“ die unterschiedliche Altersstruktur in den beiden Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt.

Bildungsbeteiligung der ausländischen Bevölkerung erheblich niedriger

Von den 5- bis 29-jährigen Ausländerinnen und Ausländern stehen zurzeit mehr als 47% in einer Ausbildung. Sie besuchen einen Schulkindergarten, eine allgemein bildende oder berufsbildende Schule, eine Schule des Gesundheitswesens oder eine Hochschule. Die Vergleichsquote unter der deutschen Bevölkerung liegt 19 Prozentpunkte höher. Dies ist ein Indiz dafür, dass die in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer nicht in gleichem Umfang wie die deutsche Bevölkerung am Bildungssystem partizipieren.

S 3

Bildungsbeteiligung 1993-2003



Die Bildungsbeteiligungsquote ist in der ausländischen Bevölkerung seit Anfang der 1990er Jahre zwar um annähernd 11 Prozentpunkte gestiegen. Der gegenwärtige Stand von gut 47% war in der deutschen Bevölkerung allerdings bereits Anfang der 1990er überschritten. Seitdem hat sich deren Bildungsbeteiligungsquote um mehr als 12 Prozentpunkte erhöht.

Anstieg der „Bildungsbeteiligungsquote“ seit Anfang der 1990er Jahre

Die unterproportionale Bildungsbeteiligung der ausländischen Mitbürger spiegelt sich im gesamten Bildungssystem wider. So waren im vergangenen Jahr lediglich knapp 64% der 5- bis 19-jährigen Ausländer Schülerinnen bzw. Schüler an einer allgemein bildenden Schule. Die Vergleichsquote in der deutschen Bevölkerung lag mehr als 9 Prozentpunkte höher. Nur knapp 10% der 15- bis 29-jährigen Ausländer besuchten eine berufsbildende Schule. Der entsprechende Anteil in der deutschen Bevölkerung lag mit gut 19% um knapp 10 Prozentpunkte dar-

1) Jährliche Befragung von 1% aller Haushalte in Rheinland-Pfalz.

über. Im Hochschulbereich stellt sich die Situation nicht zuletzt aufgrund einer hohen Zahl von Studierenden, die eigens für die Hochschulausbildung nach Deutschland kommen, etwas günstiger dar, wenngleich auch hier die Bildungsbeteiligung unter den ausländischen Mitbürgern mit über 13% der 20- bis 29-Jährigen deutlich hinter dem für die deutsche Bevölkerung ermittelten Wert von 17% zurückbleibt.

Einstieg in das Bildungssystem für Ausländerkinder schwieriger

Schwächen zeigen sich bereits im Vorfeld der Einschulung. In Schul- oder Sonderschulkindergärten, in denen vorzugsweise Kinder gefördert werden, die mangels Schulreife vom Schulbesuch zurückgestellt sind, werden überproportional viele ausländische Kinder betreut. Bezogen auf

Überproportional viele ausländische Kinder in Schul- oder Sonderschulkindergärten

T 3

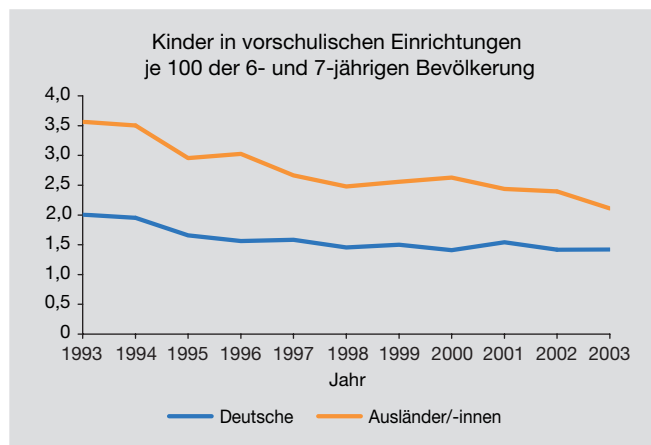
Ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen 1993/94-2003/04 nach Schularten bzw.-formen

Schul- jahr	Insge- samt	Davon an									
		Schul-/ Sonder- schul- kinder- gärten	Grund- schu- len ¹⁾	Haupt- schu- len ²⁾	regio- nalen Schulen und dualen Ober- schulen	Förder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	inte- grierten Ge- samt- schu- len ³⁾	freien Wal- dorf- schu- len ⁴⁾	Kollegs und Abend- gymna- sien
Anzahl											
1993/94	31 220	264	13 528	10 468	142	1 432	2 240	2 710	409	18	9
1994/95	32 097	293	14 054	10 145	256	1 626	2 351	2 838	486	33	15
1995/96	33 688	256	15 262	10 134	394	1 707	2 478	2 898	504	35	20
1996/97	35 059	271	16 081	10 022	543	1 827	2 696	2 993	589	12	25
1997/98	35 017	243	16 421	9 475	729	1 945	2 769	2 756	626	25	28
1998/99	34 748	227	16 530	8 802	933	1 981	2 735	2 785	697	27	31
1999/00	36 258	243	17 150	8 842	1 381	2 079	2 841	2 994	693	15	20
2000/01	36 477	234	16 974	8 616	1 686	2 234	2 902	3 039	741	33	18
2001/02	36 810	201	16 761	8 500	1 983	2 229	3 028	3 212	840	30	26
2002/03	37 597	198	16 420	8 467	2 518	2 340	3 175	3 478	932	36	33
2003/04	38 234	176	15 879	8 302	2 967	2 422	3 650	3 771	987	51	29
Anteil an den Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulform in % ⁵⁾											
1993/94	7,3	14,1	8,1	12,8	7,4	11,0	4,0	2,7	7,6	1,1	1,8
1994/95	7,3	15,3	8,1	12,5	6,9	12,2	4,0	2,8	7,3	1,9	3,4
1995/96	7,4	15,5	8,5	12,7	6,9	12,4	4,1	2,8	6,5	2,0	4,4
1996/97	7,5	17,0	8,7	12,9	6,8	12,8	4,3	2,8	6,5	0,6	5,1
1997/98	7,4	15,3	8,7	12,6	6,4	13,2	4,2	2,6	6,1	1,3	5,7
1998/99	7,2	15,9	8,8	12,3	6,0	13,0	4,1	2,5	5,9	1,3	6,1
1999/00	7,5	16,7	9,2	12,9	6,7	13,1	4,2	2,7	5,5	0,7	3,9
2000/01	7,5	17,6	9,3	13,2	6,5	13,5	4,3	2,7	5,5	1,5	3,5
2001/02	7,5	14,7	9,5	13,9	6,2	13,1	4,4	2,8	5,9	1,4	5,0
2002/03	7,7	15,6	9,5	14,8	6,7	13,4	4,5	3,0	6,3	1,6	5,4
2003/04	7,8	13,8	9,2	15,8	7,3	13,7	5,2	3,1	6,5	2,3	4,1

1) Einschließlich Klassenstufen 1 bis 4 an organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen. - 2) Einschließlich Klassenstufen 5 bis 9 bzw. 10 an organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen. - 3) Von 1994/95 bis 1998/99 einschließlich Schulmodell Rockenhausen. - 4) Von 1995/96 bis 1998/99 einschließlich freie Schule Diez. - 5) Bezogen auf die Gesamtschülerzahl je Schulart/-form.

S 4

Inanspruchnahme von Schul- und Sonderschulkindergärten 1993-2003



die 6- und 7-jährige Bevölkerung wurden im vergangenen Jahr in diesen Einrichtungen mehr als 2% der ausländischen, aber nur gut 1% der deutschen Kinder auf den Besuch einer allgemein bildenden Schule vorbereitet. Der Anteil der ausländischen Kinder, die diese besondere Frühförderung in Anspruch nehmen, ist seit Jahren rückläufig; im Jahr 1993 hatte er noch knapp 4% betragen. Dies ist allerdings eine generelle Tendenz, die auch für Kinder deutscher Staatsangehörigkeit festzustellen ist.

Ausländische Kinder werden häufiger vom Schulbesuch zurückgestellt...

Defizite im Hinblick auf die Schulfähigkeit manifestieren sich auch darin, dass unter den ausländischen Schulanfängern ein deutlich höherer Anteil bei Erreichen des Einschulungsalters mangels Schulreife vom Schulbesuch zurückgestellt wird. So wurden im vergangenen Schuljahr knapp 8% der ausländischen Abc-Schützen erstmals bzw. erneut eingeschult, nachdem sie in der Vergangenheit mangels Schulreife vom Schulbesuch befreit worden waren. Die Vergleichsquote bei den deutschen Schulanfängern lag bei etwa 5%.

... und seltener vorzeitig eingeschult

Deutlich geringer fällt bei ausländischen Kindern demgegenüber der Anteil vorzeitig

Eingeschulter aus. Während im Schuljahr 2003/04 unter den Schulanfängern mit deutscher Staatsangehörigkeit 6,2% vorzeitig eingeschult worden waren, lag der „Kann-Kinder“-Anteil bei den ausländischen Abc-Schützen bei lediglich 3,6%.

Mehr Schwierigkeiten auch beim Durchlaufen der Primarstufe

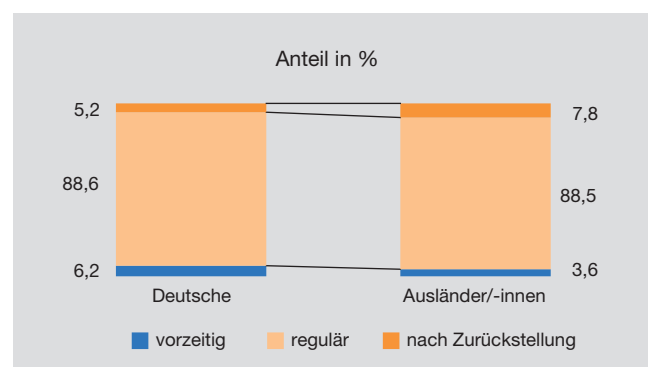
Nach der Einschulung durchlaufen ausländische Schülerinnen und Schüler die Primarstufe mit vergleichsweise größeren Schwierigkeiten als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. In diesen ersten vier Klassenstufen, in denen in das schulische Lernen eingeführt und die Grundlage für die weitere schulische Bildung gelegt wird, fällt die Zahl derjenigen, die das jeweilige Klassenziel nicht erreichen, überproportional hoch aus.

Klassenziel in den ersten Schuljahren wird häufiger nicht erreicht

So wiederholten im vergangenen Schuljahr 4,6% der ausländischen Schülerinnen und Schüler eine der ersten vier Klassenstufen freiwillig oder aber, weil sie im Vorjahr nicht versetzt worden waren. Die Quote lag damit um drei Prozentpunkte höher als bei den Schülerinnen und Schülern mit deutscher

S 5

Einschulungen im Schuljahr 2003/04



Staatsangehörigkeit. Speziell in der dritten Klassenstufe waren knapp 6% der Ausländerkinder Wiederholer; die Vergleichsquote der deutschen Schülerinnen und Schülern lag bei knapp 2%. Offensichtlich sind – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – Mädchen in der Schule erfolgreicher. Die Wiederholerquoten der Schülerinnen liegen durchweg in allen Klassenstufen deutlich niedriger als die ihrer männlichen Schulkameraden.

Deutlich anderes Übergangsverhalten bei der Wahl einer weiterführenden Schule

Nach dem Absolvieren der Grundbildungsphase wechselten annähernd 36% der ausländischen Grundschülerinnen und -schüler in die 5. Klassenstufe einer Hauptschule. Damit liegt die spezifische Übergangsquote in die Orientierungsstufe dieser Schulart, deren Ziel es ist, die Qualifikation der Berufs-

Übergang auf die Sekundarstufe I: Ausländische Kinder gehen häufiger auf die Hauptschule

T 4

Übergänge aus Grundschulen auf weiterführende Schulen zum Ende des Schuljahres 2002/03

Übergänge auf . . .	Geschlecht	Übergänge auf weiterführende Schularten			Anteil an den Übergängen auf weiterführende Schulen		
		insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
		Anzahl			%		
Hauptschulen	männlich	3 732	3 108	624	16,7	15,0	37,6
	weiblich	3 088	2 554	534	14,4	12,9	33,3
	zusammen	6 820	5 662	1 158	15,6	14,0	35,5
Realschulen	männlich	4 973	4 604	369	22,3	22,3	22,2
	weiblich	4 658	4 312	346	21,7	21,7	21,6
	zusammen	9 631	8 916	715	22,0	22,0	21,9
Gymnasien	männlich	6 640	6 410	230	29,7	31,0	13,8
	weiblich	7 279	7 002	277	34,0	35,3	17,3
	zusammen	13 919	13 412	507	31,8	33,1	15,5
Integrierte Gesamtschulen	männlich	1 164	1 083	81	5,2	5,2	4,9
	weiblich	1 198	1 094	104	5,6	5,5	6,5
	zusammen	2 362	2 177	185	5,4	5,4	5,7
Regionale Schulen	männlich	3 288	3 029	259	14,7	14,7	15,6
	weiblich	2 660	2 435	225	12,4	12,3	14,0
	zusammen	5 948	5 464	484	13,6	13,5	14,8
Duale Oberschulen	männlich	678	622	56	3,0	3,0	3,4
	weiblich	505	445	60	2,4	2,2	3,7
	zusammen	1 183	1 067	116	2,7	2,6	3,6
Freie Waldorfschulen	männlich	-	-	-	-	-	-
	weiblich	1	1	-	0,0	0,0	-
	zusammen	1	1	-	0,0	0,0	-
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	männlich	1 845	1 803	42	8,3	8,7	2,5
	weiblich	2 039	1 983	56	9,5	10,0	3,5
	zusammen	3 884	3 786	98	8,9	9,4	3,0
Insgesamt	männlich	22 320	20 659	1 661	100,0	100,0	100,0
	weiblich	21 428	19 826	1 602	100,0	100,0	100,0
	insgesamt	43 748	40 485	3 263	100,0	100,0	100,0

Ausländische Kinder wechseln deutlich seltener auf ein Gymnasium

reife zu vermitteln, rund 22 Prozentpunkte höher als unter den deutschen Schülerinnen und Schülern.

Bei den Übergängen in die gymnasiale Orientierungsstufe sind ausländische Kinder weit unterproportional vertreten. Lediglich knapp 16% der ausländischen Grundschulabsolventen setzten ihre Schullaufbahn in der 5. Klasse eines Gymnasiums fort. Von ihren deutschen Klassenkameraden wechselten zum vergangenen Schuljahr immerhin 33% auf eine dieser „höheren Schulen“ und strebten hier nach der allgemeinen Hochschulreife, die eine uneingeschränkte Studierfähigkeit attestiert.

Die Übergangsquoten zu den übrigen weiterführenden Schularten unterscheiden sich nur wenig. Lediglich bei der schulartübergreifenden Orientierungsstufe fällt die Quote der ausländischen Kinder mit 3% vergleichsweise gering aus. Hier ist allerdings zu beachten, dass sich diese selektiv eingerichteten schulartübergreifenden Orientierungsstufen ebenso wenig wie die ausländischen Schülerinnen und Schüler gleichmäßig im Land verteilen, so dass eine vermeintlich unterdurchschnittliche Inanspruchnahme unter Umständen auf regionale Disparitäten zurückzuführen ist.

Orientierungsphase ändert an divergierender Verteilung auf die Schularten wenig

Insbesondere in der 5. und 6. Klassenstufe, die in Rheinland-Pfalz wie in den übrigen Bundesländern als Orientierungsstufe angelegt ist, bietet sich Gelegenheit, durch Erprobung, Förderung und Beobachtung die Entscheidung über die gewählte Schullaufbahn in Zusammenarbeit mit den Eltern kri-

tisch zu reflektieren. Dies führt dazu, dass in dieser Ausbildungsphase die ursprüngliche Entscheidung für eine bestimmte Bildungslaufbahn gegebenenfalls revidiert und die Schulart gewechselt wird. Deswegen wird häufig die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schularten in Klassenstufe 8 betrachtet, wenn Aussagen über das Bildungsverhalten in der Bevölkerung oder einer Bevölkerungsgruppe getroffen werden sollen.

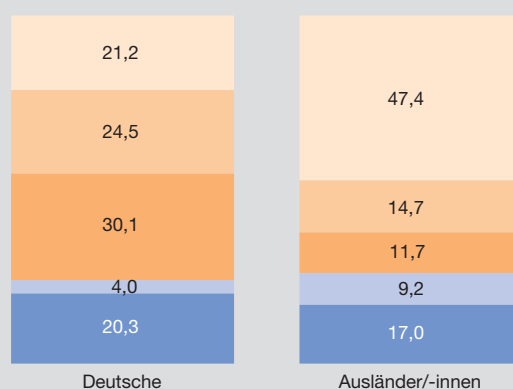
Ausländische Schülerinnen und Schüler sind in dieser Ausbildungsphase an Hauptschulen und Förderschulen deutlich überrepräsentiert. Der Hauptschüleranteil unter den ausländischen Schulpflichtigen (47%) liegt um 26 Prozentpunkte und der an Förderschulen (9%) um gut 5 Prozentpunkte über den jeweiligen Anteilswerten deutscher

Ausländische Jugendliche in Klassenstufe 8 an Haupt- und Förderschulen deutlich überrepräsentiert

S 6

Verteilung der Schülerinnen und Schüler in Klassenstufe 8 im Schuljahr 2003/04

Anteil der auf die einzelnen Schularten entfallenden Schülerinnen und Schüler in %



1) Regionale Schulen, duale Oberschulen, integrierte Gesamtschulen, freie Waldorfschulen.

Achtklässler. Demgegenüber sind Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit an Realschulen und Gymnasien deutlich unterrepräsentiert. So liegt der Realschüleranteil mit knapp 15% um 10 Prozentpunkte und der Gymnasialschüleranteil mit knapp 12% sogar um 18 Prozentpunkte niedriger als bei ihren deutschen Klassenkameraden.

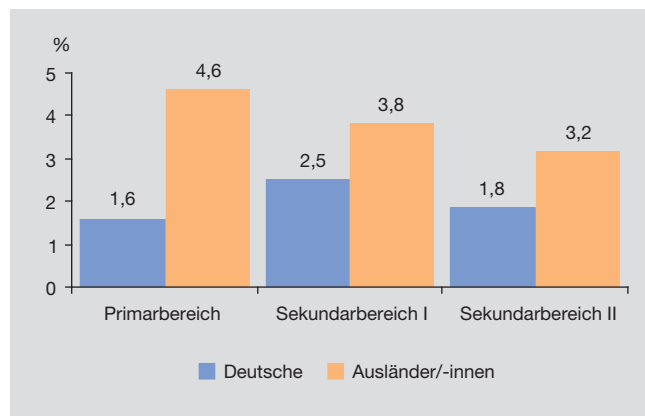
Klassenziel wird auch in der Sekundarstufe I von Ausländern häufiger nicht erreicht

Wie schon im Primarbereich erreichen auch in den Klassenstufen 5 bis 10 überproportional viele ausländische Schülerinnen und Schüler das Klassenziel nicht. Die Wiederholerquote lag bei ihnen mit knapp 4% mehr als einen Prozentpunkt höher als bei den Schülerinnen und Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dies betrifft – mehr oder weniger stark ausgeprägt – Schülerinnen und Schüler fast aller Schularten. Überdurchschnittlich häufig wiederholen auch in dieser Ausbildungsphase die Jungen; dies gilt generell sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Sekundarstufenschülern. So lag der Anteil der ausländischen Fünft- bis Zehntklässler, die im vergangenen Schuljahr eine „Ehrenrunde“ einlegten, mit 4,7% um 1,8 Prozentpunkte höher als bei ihren ausländischen Mitschülerinnen. Von den deutschen Schülern wiederholten 3% der Jungen und 2% der Mädchen.

Auffallend ist, dass ab der Klassenstufe 10 der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Gesamtschülerzahl erheblich abnimmt. Sind in Klassenstufe 9 noch – wie auch im gesamten Sekundarbereich I – deutlich

S 7

Wiederholerquoten im Schuljahr 2003/04



mehr als 7% Schülerinnen und Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit vertreten, so sinkt deren Anteil in Klassenstufe 10 um annähernd 3 Prozentpunkte auf 4,5%. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass nur wenige ausländische Schülerinnen und Schüler eine Qualifikation anstreben, die über der des Hauptschulabschlusses liegt.

Relativ wenige ausländische Jugendliche in der Sekundarstufe II

In der Sekundarstufe II, welche die Jahrgangsstufen 11 bis 13 umfasst und darauf abzielt, den Jugendlichen die allgemeine Hochschulreife zu vermitteln, sind Schülerinnen und Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit nochmals schwächer vertreten. Sie stellen in dieser Schulstufe nur noch einen Anteil von rund 3% der gesamten Schülerschaft.

Auch in dieser Bildungsstufe befinden sich unter den Wiederholern überproportional viele Jugendliche ausländischer Staatsangehörigkeit. Im vergangenen Schuljahr

Auch in der Sekundarstufe II deutlich höhere Wiederholerquoten

betrifft dies mehr als 3% der ausländischen Schülerinnen und Schüler, und zwar gleichermaßen viele Jungen wie Mädchen. Bei den Schülerinnen und Schülern deutscher Staatsangehörigkeit lag die Wiederholerquote mit knapp 2% wesentlich niedriger, wobei sich hier wiederum die Stärken des „schwachen“ Geschlechts in einer geringeren Wiederholerquote von 1,5% gegenüber 2,3% bei den Jungen offenbarten.

Abschlussqualifikation ausländischer Schülerinnen und Schüler deutlich niedriger

Fast die Hälfte, nämlich 48% der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die im Jahr 2003 aus allgemein bildenden Schulen

entlassen wurden, verließen diese, nachdem sie den Hauptschulabschluss erlangt hatten. Ihr Anteil lag damit um knapp 18 Prozentpunkte höher als bei den deutschen Schulentlassenen.

Ein Viertel der ausländischen Schülerinnen und Schüler verließ das allgemein bildende Schulsystem, ohne die Berufsreife erlangt zu haben. Unter den deutschen Schülerinnen und Schülern lag auch diese Quote mit knapp 8% deutlich niedriger.

25% der ausländischen Schulabsolventen blieben 2003 ohne Hauptschulabschluss

Von den übrigen Schulabsolventen mit ausländischer Staatsangehörigkeit erreichten 22% einen qualifizierten Sekundarabschluss I (mittlere Reife), knapp 1% die Fachhochschulreife und 4% die allgemeine Hochschulreife. Die entsprechenden Quoten bei den Absolventen mit deutscher Staatsange-

T 5

Ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger¹⁾ aus allgemein bildenden Schulen (ohne Kollegs) 2003 nach Abschlussarten und Schularten

Schulart	Insgesamt	Davon					
		ohne Hauptschulabschluss ²⁾		mit			
		zusammen	darunter mit Abschlusszeugnis einer Förderschule L bzw. G ³⁾	Hauptschulabschluss	qualifiziertem Sekundarabschluss I	Fachhochschulreife (schulischer Teil)	allgemeiner Hochschulreife (Abitur)
Anzahl							
Hauptschulen	2 043	500	-	1 295	248	-	-
Förderschulen	288	245	189	43	-	-	-
Realschulen	396	15	-	22	359	-	-
Gymnasien	181	-	-	-	45	24	112
Sonstige ⁴⁾	315	60	-	181	56	2	16
Insgesamt	3 223	820	189	1 541	708	26	128
Anteil an insgesamt in %							
Hauptschulen	100	24,5	-	63,4	12,1	-	-
Förderschulen	100	85,1	65,6	14,9	-	-	-
Realschulen	100	3,8	-	5,6	90,7	-	-
Gymnasien	100	-	-	-	24,9	13,3	61,9
Sonstige ⁴⁾	100	19,0	-	57,5	17,8	0,6	5,1
Insgesamt	100	25,4	5,9	47,8	22,0	0,8	4,0

1) Ohne Nichtschülerprüfungen. - 2) Einschließlich Abgängern mit Abschluss- und Abgangszeugnis der Förderschulen und einschließlich Schulabgängern aus Klassenstufe 5 und darunter. - 3) Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen bzw. ganzheitliche Entwicklung. - 4) Regionale Schulen, duale Oberschulen, integrierte Gesamtschulen und freie Waldorfschulen.

hörigkeit fielen hier zum Teil deutlich höher aus. Von ihnen erreichten knapp 38% die mittlere Reife und fast 24% die allgemeine Hochschulreife; lediglich der Anteil der Absolventen mit Fachhochschulreife lag in etwa gleichauf.

Höchstmögliche Qualifikation der besuchten Schule wird von Ausländern oftmals nicht erreicht

Auffallend hoch sind die Anteile ausländischer Schülerinnen und Schüler, die ihre Ausbildung an einer allgemein bildenden Schule abschließen, ohne die an dieser Schulart höchstmögliche Qualifikation erreicht zu haben. So beendeten im vergangenen Jahr rund 25% der ausländischen Gymnasialabsolventen ihre Schullaufbahn nach Erreichen der mittleren Reife und mehr als 13%, nachdem sie mit Absolvieren der Klassenstufe 12 die schulischen Voraussetzungen zur Erlangung der Fachhochschulreife erfüllt hatten. Lediglich 62% der Gymnasialabsolventen legten erfolgreich die Abiturprüfung ab. Knapp 6% der ausländischen Realschulabsolventen verließen ihre Schule mit einem Hauptschulabschluss; fast 4% erreichten nicht einmal diesen und beendeten ihre Realschullaufbahn ohne einen schulischen Abschluss. Rund 91% – und damit das Gros der Realschüler – erreichten die mittlere Reife; das waren aber immerhin rund 5 Prozentpunkte weniger als bei den Absolventen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Der gleiche Sachverhalt zeigt sich auch an den übrigen allgemein bildenden Schulformen, so auch an den regionalen Schulen. Hier erlangten nur relativ wenige ausländische Absolventen die mittlere Reife, überproportional viele verließen die Schule mit Hauptschulabschluss bzw. ohne die Berufsreife erreicht zu haben. Knapp ein Viertel der ausländischen Hauptschulabsolventen ging ohne schulischen Abschluss ab; die Quote bei den Schülerinnen und Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit lag mit annähernd 11% deutlich niedriger.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ausländische Schülerinnen und Schüler offensichtlich größere Schwierigkeiten haben, im System der allgemein bildenden Schulen eine den deutschen Schülerinnen und Schülern vergleichbare Qualifikation zu erlangen. Defizite zeigen sich schon bei der Einschulung im Hinblick auf den Anteil der Schulfähigen und auch beim Durchlaufen der Primarstufe. Sie zeigen sich bei der Wahl der weiterführenden Schule sowie beim Durchlaufen der dort etablierten Bildungsgänge und schlagen sich letztlich auch in der erreichten Abschlussqualifikation nieder. Insbesondere die Bildungseteiligung im Sekundarbereich II ist deutlich niedriger als bei Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit. All dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur, auf die sich die weitere Bildungskarriere gründet.

Offensichtlich ist es bislang noch nicht gelungen, ausländische Kinder und Jugendliche gesellschaftlich so zu integrieren, dass ihnen in unserem Bildungssystem gleiche Chancen wie deutschen Schülerinnen und Schülern erwachsen. Dies stellt angesichts der eingangs skizzierten Entwicklungen, denen wir uns in den kommenden Jahren gegenübersehen werden, ein ernstes Problem dar, dem dringend Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, ist als Referent für die Bildungs-, Gesundheits- und Rechtspflegestatistiken zuständig.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)



Von Hans-Jürgen Weber

Die Grundlage für beruflichen Erfolg ist heute mehr denn je eine gute Ausbildung. Diese ist jedoch auch in unserem weitgehend kostenfreien Bildungssystem mit zum Teil erheblichen finanziellen Belastungen verbunden. Viele sind nicht in der Lage, diese Kosten aus eigenen

Mitteln zu bestreiten. Zur Förderung der Chancengleichheit im Bildungsbereich wurde deshalb vom Gesetzgeber eine individuelle Ausbildungsförderung eingeführt. Kerngedanke hierbei war, dass insbesondere jungen Menschen, die wirtschaftlich nicht dazu in der Lage sind, ihre Ausbildung voll zu finanzieren, eine reelle Chance auf den Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen eingeräumt wird.

Förderung ist „familienabhängig“

Erstmals wurde mit dem 1971 verabschiedeten Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Bund und Ländern ein einheitliches System zur individuellen Unterstützung ausbildungswilliger junger Menschen geschaffen. Die für die Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Mittel tragen zu 65% der Bund und zu 35% die Länder.

Die staatliche Förderung erfolgt grundsätzlich „familienabhängig“. Dies bedeutet, dass zunächst die Auszubildenden selbst und dann erst Unterhaltspflichtige, wie Eltern oder Ehegatten, für den Lebensunterhalt und die Kosten der Ausbildung aufzukommen haben.

Förderung richtet sich nach festgelegten Pauschalbeträgen

Grundlage für die Berechnung der Förderleistungen nach dem BAföG bilden die nach Bildungsgängen und Art der Unterbringung vom Gesetzgeber festgelegten Bedarfssätze (Pauschalbeträge). Maßgeblich sind also nicht die bei einem Auszubildenden tatsächlich und individuell anfallenden Kosten (konkreter Bedarf), die aufgrund der großen Anzahl von Antragstellern nicht für jeden Einzelnen ermittelt werden können, sondern

Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung unter bestimmten Bedingungen

Nach §1 BAföG besteht ein Rechtsanspruch auf eine individuelle Ausbildungsförderung für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt (Ernährung, Unterkunft, Bekleidung etc.) und seine Ausbildung (Lehrbücher, Fahrtkosten zur Ausbildungsstätte etc.) erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

Info

Bildungsgänge

Als Bildungsgänge gelten alle Ausbildungseinheiten an Schulen und Hochschulen, die eine nach dem BAföG förderungsfähige Ausbildung vermitteln.

Voraussetzung für eine Förderung von Ausbildungsgängen an Schulen ist, dass es sich um öffentliche Schulen oder um genehmigte Ersatzschulen handelt. Darüber hinaus können auch die Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen und die Ableistung von Praktika förderungsfähig sein.

Ausbildungsförderung wird geleistet für den Besuch:

- von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen¹⁾ ab Klasse 10 sowie von Fach- und Fachoberschulen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. Bedingung ist, dass die Auszubildenden nicht bei den Eltern wohnen und von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichbar ist;
- von Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, Fach- und Fachoberschulen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt;
- von Berufsfachschulen¹⁾ und Fachschulen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. Bedingung ist, dass sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als „Staatlich geprüfte(r) Techniker/-in“) vermitteln;
- von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen.

1) Als Berufsfachschulen im Sinne des BAföG gelten auch alle Formen der beruflichen Grundbildung (Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr).

stattdessen ein abstrakter Bedarf. Dies ist der Betrag, den ein Auszubildender typischerweise für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung benötigt. Diese abstrakten Bedarfssätze werden vom Gesetzgeber alle zwei Jahre neu überprüft und gegebenenfalls neu festgesetzt. Bei der Neufestlegung

ist die Entwicklung der allgemeinen Einkommensverhältnisse, der Lebenshaltungskosten und der finanzwirtschaftlichen Lage zu berücksichtigen.

Nach den Vorschriften des BAföG werden die Bildungsgänge in vier Gruppen mit jeweils einheitlichen Bedarfssätzen unterteilt. Innerhalb dieser Gruppen wird nach der Art der Unterbringung unterschieden. Für Geförderte, die wegen ihrer Ausbildung auswärts wohnen, gelten höhere Bedarfssätze.

Diese Bedarfssätze erhöhen sich bei auswärts untergebrachten Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden noch um einen Zusatzbetrag, wenn die Mietkosten für Unterkunft und Nebenkosten einen festgelegten Betrag überschreiten. Außerdem erhöhen sich die Bedarfssätze um einen monatlichen Zusatzbetrag für die Krankenversicherung, wenn die geförderten Schülerinnen, Schüler bzw. Studierenden ihre Krankheitsrisiken als selbstständiges Mitglied beitragspflichtig in der gesetzlichen oder einer privaten Krankenversicherung abgesichert haben.

Wie hoch die Leistungen ausfallen, die letztlich Einzelnen nach dem BAföG gewährt werden, richtet sich nach deren individueller Leistungsfähigkeit. Entscheidend ist, in welchem Umfang eigenes Einkommen und Vermögen vorhanden sind und ob Unterhaltspflichtige zur Finanzierung der Ausbildungskosten mit herangezogen werden können.

Von den Einkommens- und Vermögenssummen lassen sich Freibeträge absetzen, bevor der individuelle Förderbedarf ermittelt wird. Den vollen Bedarfssatz erhalten

Einteilung der Bildungsgänge in vier Bedarfssatzgruppen

Zusatzbedarf für auswärtige Unterbringung und Krankenversicherung wird berücksichtigt

Freibeträge vermindern die Einkommensberechnungsgrundlage

T 1

Bedarfssätze nach dem BAföG seit 1998

Bildungsgänge	Wohnung während der Ausbildung	1. Juli 1998 bis 30. Sept. 1999	1. Okt. 1999 bis 31. März 2001	Seit 1. April 2001
		Euro je Monat		
Schulische Bildungsgänge, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt				
Haupt-, Realschulen, integrierte Gesamtschulen, Gymnasien, Berufs- fachschulen sowie Fach- und Fach- oberschulen	- bei den Eltern ¹⁾ - nicht bei den Eltern	178,95 319,56	181,51 327,23	191,73 347,68
Schulische Bildungsgänge, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt				
Abendhaupt-, Abendreal-, Berufsaufbau- schulen und Fachoberschulen	- bei den Eltern - nicht bei den Eltern	319,56 386,03	327,23 393,69	347,68 416,70
Abendgymnasium, Kollegs sowie Fachschulen	- bei den Eltern - nicht bei den Eltern	324,67 409,03	332,34 416,70	352,79 442,27
Sonstige Bildungsgänge				
Höhere Fachschulen, Akademien, Fach- und Kunsthochschulen, philosophisch-theologische Hochschulen, Universitäten	- bei den Eltern - nicht bei den Eltern	347,68 432,04	355,35 439,71	375,80 465,28

1) Förderung nur für Schüler an zumindest zweijährigen Berufsfachschulen und Fachschulen (ohne abgeschlossene Berufsausbildung).

nur Auszubildende, deren Einkommen oder Vermögen unter den im Gesetz festgelegten Freigrenzen liegt. Teilförderung wird gewährt, wenn die finanziellen Eigenanteile über den Freigrenzen liegen.

Statistischer Nachweis enthält Mehrfachzählungen

Statistisch erfasst werden Angaben zum sozialen und finanziellen Hintergrund der Geförderten und ihrer Ehegatten, Eltern oder sonstiger Unterhaltspflichtiger sowie die Höhe und Zusammensetzung des finanziellen Bedarfs der Geförderten und die auf Grundlage der individuellen Verhältnisse festgelegten Förderbeträge.¹⁾

Als Geförderte werden alle Förderfälle nachgewiesen, die im Laufe eines Jahres finanzielle Zuwendungen erhalten haben, auch wenn sie in dieser Zeit nach Beendigung ihrer Ausbildung aus der Förderung herausgefallen sind oder eine förderungsfähige Ausbildung aufgenommen haben.

Mehrfachzählungen innerhalb eines Jahres ergeben sich immer dann, wenn Leistungsbezieher durch Änderung der Förderungsvoraussetzungen eine neue Förderungsnummer erhalten. Dies ist beispielsweise gegeben beim Wechsel der Ausbildungsstätte, etwa von der Schule zur Hochschule, beim Wohnsitzwechsel oder beim Übergang von Voll- zu Teilförderung und umgekehrt. Die Zahl der Leistungsfälle ist daher in der Jahressumme immer größer als die Zahl der unterstützten Personen. Der Einfachheit halber wird im Folgenden immer von

1) Rechtsgrundlage für die Durchführung einer Statistik nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ist § 55 BAföG.

Geförderten gesprochen und damit auf die Zahl der Förderfälle und nicht auf Personen abgestellt.

Zahl der Geförderten steigt seit 2000 wieder

Im Jahr 2003 erhielten in Rheinland-Pfalz insgesamt 31 071 Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten Ausbildungsleistungen nach dem BAföG. Das waren 2 577 Geförderte oder 9% mehr als im Jahr zuvor. Der Höchststand von Anfang

der 1990er Jahre wurde damit um knapp 15% unterschritten. Von 1991 bis 1999 verringerte sich die Zahl der Geförderten sukzessive um 43% auf den historisch niedrigsten Stand von 20 803 Leistungsempfängern. Der leichte Anstieg von 2,1% im darauf folgenden Jahr war auf die 20. Novelle zum BAföG vom Frühjahr 1999 zurückzuführen, mit der sowohl die Elternfreibeträge als auch die Höchstsätze leicht angehoben wurden.

Erst die wesentlich verbesserten Förderungsbedingungen nach dem Ausbildungsförderungsreformgesetz (AföRG), die zum

Ausbildungs-
förderungsre-
formgesetz von
2001 führte zu
erheblich mehr
Geförderten

Exkurs

BAföG-Regelungen mehrfach geändert

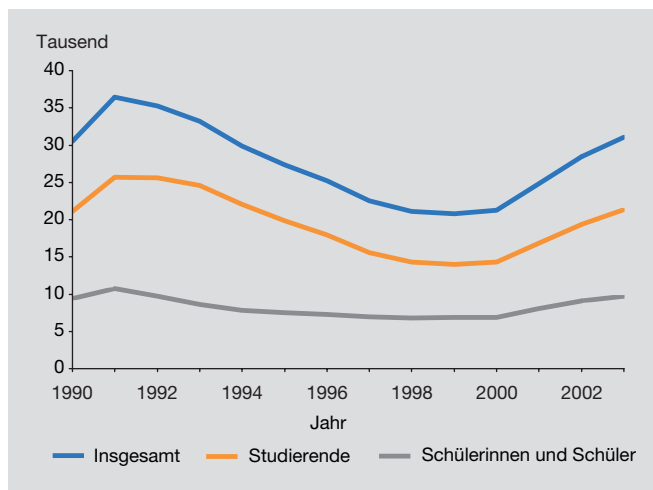
Seit dem 26. April 1971 gilt das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Es ersetzte mehrere, seinerzeit nebeneinander bestehende Fördermaßnahmen von Bund und Ländern. So erhielten Studierende an Universitäten bis dahin Leistungen nach dem „Honnefer Modell“, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wurden. Eine ähnliche Regelung galt für Studierende an Ingenieurschulen, pädagogischen Hochschulen und Kunsthochschulen. Ihre Förderung erfolgte nach dem „Rhöndorfer Modell“ ausschließlich durch die Länder. Allerdings gab es bei beiden „Modellen“ keinen Rechtsanspruch; die Förderung wurde nach Leistung vergeben.

Das BAföG hat seither zahlreiche Änderungen und Anpassungen erfahren. Diese führten zum Teil zu erheblichen Veränderungen der Zahl der Geförderten.

- Im Jahr 1974 wurde die bis dahin übliche Gewährung der Leistungen als Zuschuss durch Einführung von Darlehensleistungen erweitert.
- Sparmaßnahmen von Bund und Ländern führten zu einschneidenden Veränderungen im Jahr 1983. Einerseits wurden die Leistungen für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen ab dem Wintersemester 1983/84 vollständig auf Darlehensleistungen umgestellt, andererseits wurde die Leistungsgewährung im Schulbereich für viele Bildungsgänge ab dem Schuljahr 1983/84 auf auswärts wohnende Schülerinnen und Schüler beschränkt.
- Anfang der 1990er Jahre wurden die Förderungsvoraussetzungen teilweise wieder umgestellt. Studierende bekommen seither die Leistungen je zur Hälfte als Zuschuss und als unverzinsliches Darlehen ausgezahlt.
- Zahlreiche verbesserte Rahmenbedingungen traten mit dem Ausbildungsförderungsreformgesetz (AföRG) zum 1. April 2001 in Kraft. So wurden unter anderem die Beträge erhöht, die vom Einkommen der Eltern oder des Auszubildenden anrechnungsfrei bleiben. Das Kindergeld wird seither bei der Berechnung des BAföG-Anspruchs nicht mehr berücksichtigt, die Gesamtdarlehensbelastung eines Studierenden wurde auf maximal 10 000 Euro begrenzt. Zudem gilt der Förderungsanspruch nach einem mindestens zweisemestrigen Studium in Deutschland und einem anschließenden Auslandsstudium innerhalb der EU bis zum Examensabschluss; auch die Förderung von Masterstudiengängen sowie die Förderung Studierender mit Kindern wurden erleichtert.

S 1

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG 1990-2003



1. April 2001 in Kraft traten, führten zu einer deutlichen Ausweitung des Förderkreises. Im Jahr 2001 stieg ihre Zahl um 17% und 2002 um knapp 15%.

Mehrzahl der BAföG-Empfänger waren Studierende

Zunahme bei Studierenden stärker als bei Schülern

Über zwei Drittel der im Jahr 2003 Geförderten waren Studierende. Mit 21 345 Personen lag ihre Zahl um 10% über dem Vorjahreswert. Nicht ganz so stark war der Anstieg bei den Schülerinnen und Schülern. Hier war gegenüber 2002 ein Zuwachs um 7% auf 9 726 Leistungsbezieher zu verzeichnen.

42% der Geförderten studierten an wissenschaftlichen Hochschulen

Untergliedert man die Empfänger von BAföG nach Bildungsgängen, so absolvierte der mit Abstand größte Personenkreis eine Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule. Gemessen an der Gesamtzahl aller BAföG-Empfänger lag der Anteil im Berichtsjahr bei 42,1%. Die zweitstärkste

Gruppe bildeten Fachhochschülerinnen und -hochschüler mit 26,4%.

Die prozentuale Zunahme der Zahl der Geförderten gegenüber dem Vorjahr fiel in allen Ausbildungsgängen recht deutlich aus. So betrug der Anstieg an wissenschaftlichen Hochschulen 10,4% (+1 228) und an Fachhochschulen 9,4% (+703). Die Berufsfachschulen verzeichneten einen Zuwachs von 9,1% (+441), die Gymnasien von 7,8% (+49) und die übrigen Ausbildungsstätten von 8,5% (+223). Lediglich für die Fachschulen wurde ein Minus von 6,5% (-67) ermittelt. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass Auszubildende an Fachschulen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, ein Wahlrecht zwischen Leistungen nach dem BAföG und Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) haben. Wird eine Förderung nach dem AFBG gewährt, entfällt die Unterstützung nach dem BAföG.

Deutliche Zunahmen der Zahl der Geförderten in fast allen Bildungsgängen

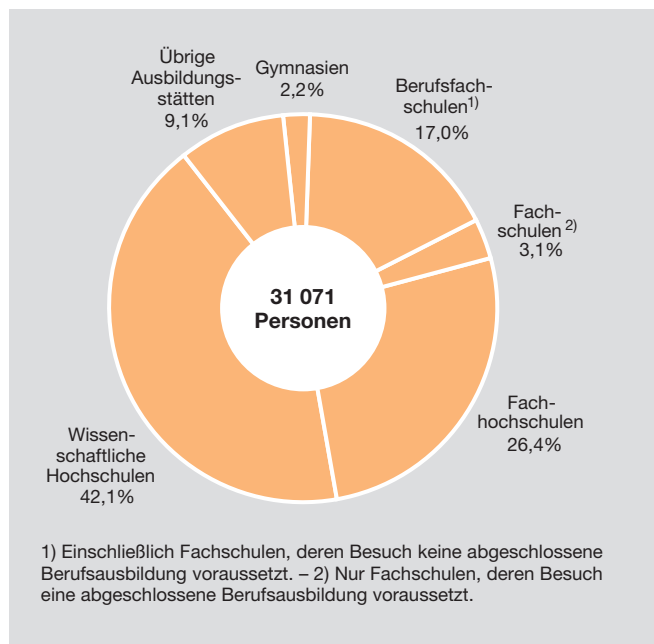
T 2

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG 1990-2003 nach Ausbildungsgruppen

Jahr	Insgesamt		Schüler/-innen		Studierende	
	Em-pfänger/-innen	Verände-rung zum Vorjahr	Em-pfänger/-innen	Verände-rung zum Vorjahr	Em-pfänger/-innen	Verände-rung zum Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1990	30 506	17,4	9 427	22,6	21 079	15,2
1991	36 421	19,4	10 730	13,8	25 691	21,9
1992	35 280	-3,1	9 691	-9,7	25 589	-0,4
1993	33 210	-5,9	8 654	-10,3	24 556	-4,0
1994	29 888	-10,0	7 862	-9,2	22 026	-10,3
1995	27 315	-8,6	7 510	-4,5	19 805	-10,1
1996	25 204	-7,7	7 275	-3,1	17 929	-9,5
1997	22 492	-10,8	6 928	-4,8	15 564	-13,2
1998	21 093	-6,2	6 787	-2,0	14 306	-8,1
1999	20 803	-1,4	6 845	0,9	13 957	-2,4
2000	21 234	2,1	6 916	1,0	14 318	2,6
2001	24 849	17,0	8 030	16,1	16 819	17,5
2002	28 494	14,7	9 092	13,2	19 402	15,4
2003	31 071	9,0	9 726	7,0	21 345	10,0

S 2

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG 2003 nach Bildungsgängen



4,5% der Geförderten waren Ausländer

Ausbildungsförderung kann nicht nur von deutschen Staatsbürgern in Anspruch genommen werden, sie wird auch Nichtdeutschen gewährt. Im Jahr 2003 waren 1 410 der Geförderten (4,5%) Ausländer. Von diesen waren 271 EU-Bürgerinnen und -Bürger, 940 stammten aus Nicht-EU-Staaten. 103 Personen waren heimatlose und 96 asylberechtigte Ausländer.

Frauenanteile unterschiedlich hoch

Im Jahr 2003 wurden 17 305 Mädchen und Frauen gefördert. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der BAföG-Empfänger betrug 55,7%. Entsprechend der allgemeinen Bildungsbe teiligung der Frauen im Schul- und Hochschulbereich ergeben sich für die einzelnen Ausbildungsgänge Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung des geförderten Personenkreises.

Die höchsten Anteile weiblicher Geförderter verzeichneten die Berufsfachschulen (68,8%), die Gymnasien (63,4%) und die wissenschaftlichen Hochschulen (62,5%). Dagegen waren die weiblichen BAföG-Empfänger an den Fachhochschulen (45,1%), den Fachschulen (18,1%) sowie den übrigen Ausbildungsstätten (41,5%) unterproportional vertreten.

Jeweils über 60% BAföG-Empfängerinnen an Berufsfachschulen, Gymnasien und wissenschaftlichen Hochschulen

Mehrzahl der Leistungsbezieher erhielt Teilförderung

Die Ausbildungsförderung unterscheidet zwischen Voll- und Teilförderung. Im Jahr 2003 erhielten 41% aller Leistungsbezieher eine Vollförderung. Damit deckt das BAföG bei diesem Personenkreis den jeweiligen Gesamtbedarf in voller Höhe ab. Den übrigen 59% der Empfänger wurde eine Teilförderung gewährt. Bei diesem Personenkreis wurden eigenes Einkommen oder Vermögen bzw. Einkommensteile eventuell vorhandener Unterhaltspflichtiger auf die Förderbeträge angerechnet.

Während von den geförderten Schülerinnen und Schülern fast 60% (5 723) eine Vollförderung erhielten, war es bei den Studierenden lediglich knapp ein Drittel (7 021). Innerhalb der Ausbildungsgänge verzeichneten die wissenschaftlichen Hochschulen als die quantitativ bedeutsamste Gruppe mit 29,9% den geringsten Anteil an Vollförderung. Auch an den Fachhochschulen waren die Empfänger von Vollförderung mit 37,7% nur unterproportional vertreten. Die höchsten Anteile vollgeförderter Personen gab es an den Fachschulen mit 70,7% und an den Gymnasien mit 69%. Überdurchschnittlich

Ein Drittel der Studierenden erhielt Vollförderung

Seltener Vollförderung an wissenschaftlichen Hochschulen...

... häufiger dagegen an Fachschulen und Gymnasien

T 3

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG 2003 nach Bildungsgängen, Förderungsart und Unterbringung

Bildungsgang	Insgesamt	Davon erhielten		Es wohnten	
		Voll-förderung	Teil-förderung	bei den Eltern	nicht bei den Eltern
	Anzahl	%			
Gymnasien	681	69,0	31,0	-	100,0
Berufsfachschulen ¹⁾	5 279	55,4	44,6	58,4	41,6
Fachschulen ²⁾	969	70,7	29,3	41,7	58,3
Fachhochschulen	8 215	37,7	62,3	25,7	74,3
Wissenschaftliche Hochschulen	13 085	29,9	70,1	16,6	83,4
Übrige Ausbildungsstätten	2 842	58,2	41,8	57,2	42,8
Insgesamt	31 071	41,0	59,0	30,3	69,7

1) Einschließlich Fachschulen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. – 2) Nur Fachschulen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt.

hoch lagen auch die Vollförderungsanteile an den Berufsfachschulen mit 55,4% und an den übrigen Ausbildungsstätten mit 58,2%.

Die meisten BAföG-Empfänger wohnten nicht mehr bei den Eltern

Ein weiteres für die Förderung und die Höhe des Förderbetrages maßgebliches Kriterium ist die Art der Unterbringung. Drei von zehn Geförderten wohnten während der Ausbildung bei ihren Eltern, die anderen waren auswärts untergebracht. Entsprechend den Förderungsvoraussetzungen wohnten alle geförderten Gymnasiasten nicht mehr im Elternhaus.

Von den 12 744 im Jahr 2003 vollgeforderten Schülern und Studierenden wohnten knapp 36% bei den Eltern, 64% hatten eine auswärtige Unterkunft. Unter den Teilgeförderten waren die auswärts Wohnenden mit knapp 74% ebenfalls deutlich in der Überzahl, hier lebten 26% noch bei ihren Eltern. Größere Unterschiede zwischen Vollgeforderten und Teilgeförderten hinsichtlich der Unterbringung sind bei der Differenzierung nach Ausbildungsgängen nicht festzustellen, lediglich bei den Leistungsbezieherinnen an Berufsfachschulen wohnten von den Vollgeforderten 36% und von den Teilgeförderten 48% nicht mehr im Elternhaus.

Fördervolumen lag im Jahr 2003 bei knapp 82 Mill. Euro

Der finanzielle Aufwand lag im Berichtsjahr mit 81,7 Mill. Euro um gut 9% über dem Vorjahresniveau. Damit ist das Ausgabenvolumen prozentual in gleichem Maße wie die Zahl der Geförderten angestiegen. Von den insgesamt 81,7 Mill. Euro wurden knapp 63% als Zuschuss und 37% als Dar-

Drei Viertel des Fördervolumens gingen an Studierende

Die meisten BAföG-Empfänger mit eigener Wohnung studierten an Hochschulen

Von den Geförderten an wissenschaftlichen Hochschulen unterhielten 83,4% und an Fachhochschulen 74,3% eine eigene Wohnung. Die BAföG-Empfänger an Fachschulen waren zu 58,3%, an Berufsfachschulen zu 41,6% und an den übrigen Ausbildungsstätten zu 42,8% auswärts untergebracht.

lehen gewährt. Gut drei Viertel (62 Mill. Euro) des finanziellen Fördervolumens wurden an Studierende und knapp 19,7 Mill. Euro an Schülerinnen und Schüler ausgezahlt. Während die Unterstützungszahlungen an die Schülerinnen und Schüler in vollem Umfang als Zuschuss erfolgten, erhielten die Studierenden ihre Leistungen jeweils zur Hälfte als Darlehen bzw. als Zuschuss bewilligt. Für die Vollförderfälle wurden im Jahr 2003 insgesamt 44,7 Mill. Euro – fast 55% des Fördervolumens – und für die Teilförderfälle 37 Mill. Euro aufgewandt.

Durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag ging 2003 leicht zurück

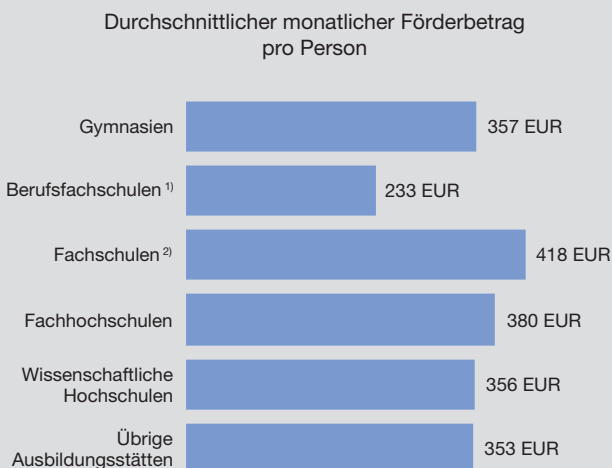
Der durchschnittliche Förderbetrag, der in den vorangegangenen Jahren ständig gestiegen war, sank im Jahr 2003 erstmals wieder geringfügig auf monatlich 344 Euro. Im Jahr 2002 hatte er noch 348 Euro betragen. Für Schülerinnen und Schüler lag er bei 292 Euro und für Studierende bei 365 Euro. Diese Durchschnittsbeträge fielen damit etwas niedriger aus als im Bundesdurchschnitt.

Zur Ermittlung des durchschnittlichen monatlichen Förderbetrages wird von einem durchschnittlichen monatlichen Bestand an Geförderten ausgegangen. Bei dieser Größe handelt es sich um eine fiktive Zahl Geförderter, die sich als arithmetisches Mittel aus den zwölf Monatsbeständen ergibt.

Die Schülerinnen und Schüler an Fachschulen erhielten im Jahr 2003 mit 418 Euro den höchsten durchschnittlichen monatlichen

S 3

BAföG-Förderbeträge 2003 nach Bildungsgängen



1) Einschließlich Fachschulen, deren Besuch keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. – 2) Nur Fachschulen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt.

Förderbetrag. Es folgten die Studierenden an Fachhochschulen (380 Euro) vor den Gymnasiasten (357 Euro), den Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen (356 Euro) und den Geförderten an den übrigen Ausbildungsstätten (353 Euro). Der niedrigste durchschnittliche monatliche Förderbetrag wurde für die Berufsfachschüler mit 233 Euro ermittelt.

Schüler/-innen an Fachschulen erhielten höchsten durchschnittlichen monatlichen Förderbetrag

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken zuständig.

Europas Herz

Die Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie

Viele Antworten und 10 Fragen



Von Peter Lübbers

Sie liegt im Herzen Europas, umfasst 65 400 km² und ist die Heimat von rund 11,3 Mill. Menschen: Die Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie. Dabei besteht das Saar-Lor-Lux-Gebiet geographisch aus dem Saarland und aus Rheinland-Pfalz, den Regionen Lothringen und Wallonien sowie dem Großherzogtum Luxemburg. Wahrscheinlich wohnen Sie als Leser des Monatsheftes in dieser europäischen Großregion. Gerade ist das Statistische Jahrbuch der Großregion neu erschienen. Anlass genug, den Blick auf einige Verflechtungen mit unserem Bundesland zu werfen.

Die Region und ihre Gebiete

Die Großregion ist mit ihrer Fläche ungefähr so groß wie Lettland und hat mehr Einwohner als zum Beispiel Schweden. Eine der bekannteren Städte der Großregion ist Mainz. Kennen Sie auch die größte?

Die Großregion liegt zwischen den Ballungsräumen Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Basel/Mulhouse und Paris. Sie ist eher ländlich geprägt. Ihr Gebiet erstreckt sich für die gemeinsame statistische Arbeit über fünf Teilregionen in vier verschiedenen Staaten¹⁾:

- Lothringen als einer französischen Region,
- dem Großherzogtum Luxemburg als einem souveränen Staat,

- dem Bundesland Saarland,
- dem Bundesland Rheinland-Pfalz und
- der belgischen bundesstaatlich eigenständigen Region Wallonien.

Die Verschiedenartigkeit dieser Teilgebiete wirft wegen der dadurch bedingten Vielfalt der Rechtsgrundlagen, Methoden und Verfahren der amtlichen Statistik bei der Zusammenstellung aussagefähiger und vergleichbarer Zahlen vielfältige Probleme auf.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Natürlich kann man die Unterschiede zwischen den fünf Teilregionen hervorheben, aus denen sich die Großregion zusammensetzt. Ebenso interessant ist es, Phänomene herauszuarbeiten, die den grenzüber-

1) Daten für die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, die Teil der Wallonie sind, werden nicht gesondert nachgewiesen (siehe hierzu auch Textkasten „Historischer Rückblick“).

Historischer Rückblick

Entstehung der Großregion

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg basiert auf der von der Bundesregierung und der Regierung der Französischen Republik im März 1969 zunächst ohne förmlichen Akt begründeten „Deutsch-französischen Regierungskommission“. In der dritten Sitzung dieser Kommission im Mai 1971, bei der erstmalig auch eine luxemburgische Delegation zugegen war, wurde die Bildung einer Regionalkommission beschlossen, die sich mit den besonderen Anliegen des deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzgebiets befassen sollte.

Schon bald war man bestrebt, die nur lockere Zusammenarbeit im Grenzbereich durch eine stärkere Formalisierung zu festigen. Am 16. Oktober 1980 wurde daher durch Notenwechsel zwischen Bonn, Paris und Luxemburg eine Regierungsvereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit abgeschlossen. Ziel des Notenaustauschs war eine politische Zusammenarbeit zwischen den regionalen Regierungen.

Nachdem im Laufe der 1980er und 1990er Jahre verstärkt Kooperationen mit dem belgischen Grenzgebiet zustande gekommen waren, erfolgte 1998 der Antrag der Region Wallonien und der Französischen Gemeinschaft Belgiens sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens auf Aufnahme in den Notenwechsel von 1980. Seit 1999 nehmen Vertreter der genannten Institutionen an den Arbeiten der Regionalkommission teil.

Statistische Zusammenarbeit

Die Regionalkommission bildete zur Unterstützung ihrer Aktivitäten ständige Arbeitsgruppen. Dabei wurde im Fachbereich Wirtschaft die Unterarbeitsgruppe „Statistik“ gegründet. Auf Anregung der Regionalkommission kam es im Mai 1974 in Saarbrücken zur ersten Zusammenkunft der Leiter der statistischen Ämter, und zwar des INSEE Lorraine (Direction Régionale de l'Institut National de la Statistique et des Études Économiques), des Statec Luxemburg (Service Central de la Statistique et des Études Économiques) und des Statistischen Landesamtes des Saarlandes. Dabei wurden die Möglichkeiten, Ziele und Organisation einer ständigen und systematischen Zusammenarbeit der drei Ämter erörtert.

Die Einbeziehung der Teilregion Trier/Westpfalz und damit des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz in die Kooperation erfolgte im Jahre 1978.

Zu Beginn der 1990er Jahre begann eine neue Phase in der statistischen Zusammenarbeit: Die Öffnung des europäischen Binnenmarktes Anfang 1993 führte bereits im Vorfeld zu einem größeren Bedarf an Informationen über die Großregion und ihre Teilgebiete.

Infolge der zunehmenden Integrationsbestrebungen auf europäischer Ebene wurde dann auch die belgische Region Wallonien im Jahr 1994 in die grenzüberschreitende Statistik einbezogen. Seit dem Saar-Lor-Lux-Gipfel 1997 in Manderen umschließt die Großregion das ganze Bundesland Rheinland-Pfalz.

Harmonisierte Datenbasis unerlässlich

Um die wirtschaftliche Entwicklung des Grenzgebiets – wie von den Regierungschefs der Großregion auf dem achten Gipfel der Großregion in Metz am 24. Januar 2005 angekündigt – voranzutreiben, bedarf es neben Fördermitteln der Europäischen Union einer verlässlichen, allgemein anerkannten und harmonisierten Datenbasis. Ohne die amtliche Statistik wären weder Daten zur aktuellen konjunkturellen Entwicklung noch zu strukturellen Veränderungen – beispielsweise in den Bereichen Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Bildung und Gesundheitswesen – verfügbar. Der Politik und der Wirtschaft würden wichtige Informationen fehlen.

Die Gebiete der Großregion



Wollen Sie mehr über die Region wissen?

Wenn Sie mehr über die Großregion erfahren wollen, versuchen Sie doch einmal, die 10 Fragen in unserem kleinen Quiz zu beantworten. Wir erfragen Wissenswertes zu einer Region, die Sie vermutlich kaum kennen. Sind Sie bereit? Notieren Sie Ihre Antworten bitte auf einem Zettel, und schauen Sie hinterher auf Seite 141 nach, wie gut Sie abgeschnitten haben.

Das Statistische Jahrbuch gibt noch mehr Antworten. Es liefert ausführliche Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage bzw. Entwicklung in der Großregion

Viele Antworten zur Region gibt das Statistische Jahrbuch

schreitenden Raum in seiner Gesamtheit betreffen. Dazu gehören z. B.:

- der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung,
- ein Bruttoinlandsprodukt von über 250 Mrd. Euro pro Jahr, mit dem die Großregion zu etwa 2,6% zur gesamtwirtschaftlichen Leistung in der Europäischen Union (EU-25) beiträgt,
- die Strukturen und Veränderungen einer ehemals von der Industrie dominierten Wirtschaft, die heute mehr und mehr vom Dienstleistungssektor geprägt wird,
- die über 160 000 Grenzgänger, die innerhalb der Großregion pendeln,
- die abwechslungsreiche Landschaft, die zu 35% bewaldet ist und Naturparks mit einer Fläche von insgesamt 13 000 km² bietet.

10 Fragen zur Großregion

1. Welche Teilregion ist mit 36% der Gesamtfläche die größte?
2. Kennen Sie die größte Stadt der Großregion?
3. In welcher Teilregion wohnen die meisten Menschen?
4. Ist dort auch der Wert für die Bevölkerungsdichte am höchsten?
5. Hat die Bevölkerung seit 1970 in der Großregion zu- oder abgenommen?
6. Welche Teilregion hat das vergleichsweise höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen?
7. Wo ist die Erwerbsquote der Frauen am höchsten?
8. Aus welcher Teilregion kommen die meisten Pendler nach Rheinland-Pfalz?
9. In welcher Teilregion arbeiten die meisten rheinland-pfälzischen Auspendler?
10. Übertrifft die Zahl der Gästeübernachtungen je 1 000 Einwohner in Rheinland-Pfalz die Übernachtungsintensität in den anderen Regionen?

Hinweis

Allgemeine Informationen und Zahlenmaterial, interessante Verweise sowie die Möglichkeit zur Online-Bestellung der Veröffentlichungen bietet die gemeinsame Website der statistischen Ämter der Großregion www.grossregion.lu.

und ihren Teilgebieten. Die zweisprachige Veröffentlichung erscheint in mehrjährigen Abständen. Sie enthält statistische Tabellen, Karten, Grafiken, Erläuterungen, einen methodischen Teil und eine Bibliographie.

Das Statistische Jahrbuch 2004 der Großregion ist bei den fünf statistischen Ämtern erhältlich. In Deutschland kann es für 10,- EUR zuzüglich Versandkosten beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz und beim Statistischen Landesamt des Saarlandes bezogen werden. Ab sofort kann die Publikation auch von der gemeinsamen Website www.grossregion.lu als PDF-Dokument kostenlos heruntergeladen werden.

Weitere Veröffentlichungen zur Großregion

Neben dem aktuell erschienenen „Statistischen Jahrbuch“ gibt es weitere zweisprachige statistische Gemeinschaftsveröffentlichungen:

Die Broschüre „Statistische Kurzinformationen“ enthält Rahmendaten und eine Kurzbeschreibung der Region. Sie erscheint abwechselnd mit dem Jahrbuch.

Das „Portrait der Großregion“ wurde anlässlich der Herausgabe des Portraits der Regionen Europas durch das Statistische Amt der europäischen Gemeinschaften, EUROSTAT, als Sonderveröffentlichung für

die Teilgebiete der Großregion mit einer ergänzenden Zusammenfassung herausgegeben.

„Konjunktur aktuell“ ist eine vierteljährliche Kurzinformation mit den wichtigsten Konjunkturindikatoren über das verarbeitende Gewerbe (Angebot zum kostenlosen Download auf der Website des Statistischen Landesamtes www.statistik.rlp.de/konjunktur/index.html).

Im Jahr 1998 wurde der „Bevölkerungs- und Sozialatlas der Großregion“ fertig gestellt. Dieses vierfarbige Werk enthält bis hin zur einzelnen Gemeinde eine Vielzahl demographischer und sozialstatistischer Indikatoren.

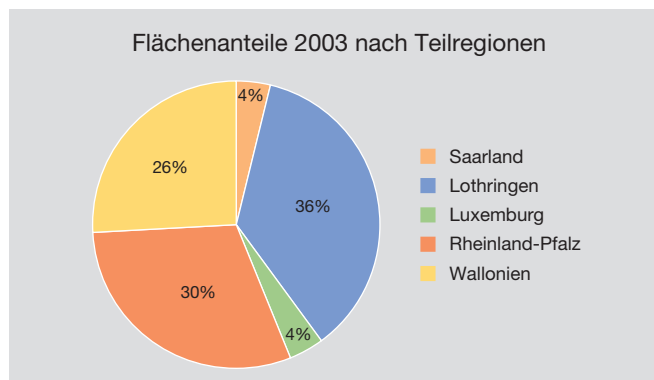
Ganz aktuell ist ein Powerpoint-Vortrag zum Thema „Jugend im Grenzraum“, der die besondere Situation der Jugendlichen innerhalb der Bevölkerung, im Schulwesen und auf dem Arbeitsmarkt darstellt (kostenloser Download unter www.grossregion.lu).

Peter Lübbers, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Handel, Verkehr, Dienstleistungen, zu dessen Aufgabenbereich auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehört.

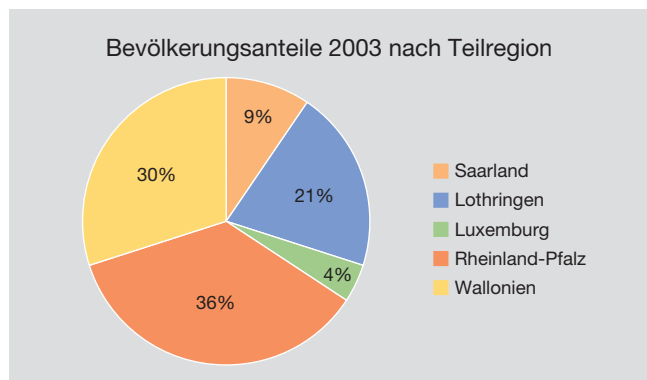
Für diesen Beitrag wurden unter anderem Materialien der Website der Statistischen Ämter der Region www.grossregion.lu, des Statec Luxemburg und Daten der Website www.granderegion.net, welche die Regierung des Großherzogtums Luxemburg im Namen der Partner des Gipfels der Großregion und der Regionalkommission Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz betreibt, verwendet.

Die 10 Antworten zu den Fragen der Großregion

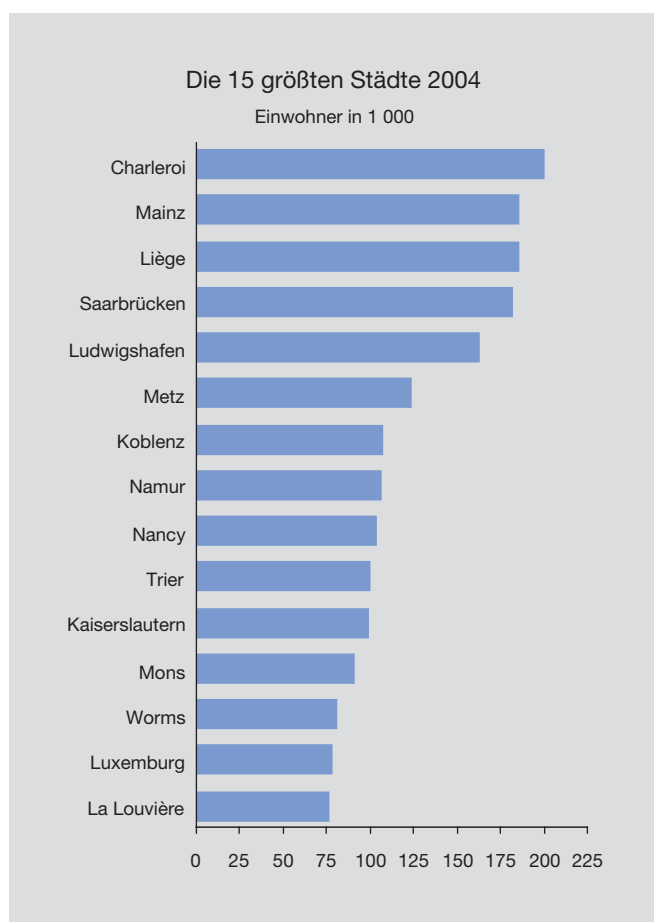
Frage 1 Die größte Region ist Lothringen. Rheinland-Pfalz weist mit 19 853 km² den zweitgrößten Flächenanteil auf.



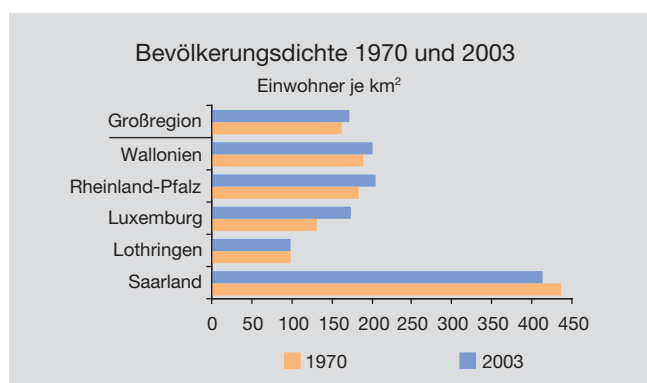
Frage 3 Die meisten Menschen wohnen in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2003 waren es nahezu 4,1 Mill.



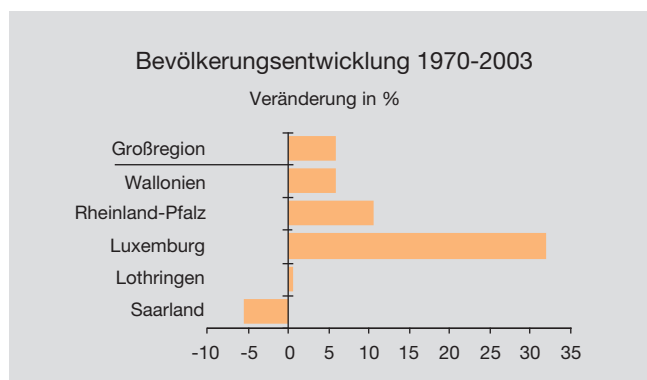
Frage 2 Die größte Stadt der Großregion ist Charleroi. Rheinland-Pfalz verfügt über vier Städte mit jeweils mehr als 100 000 Einwohnern.



Frage 4 Die Bevölkerungsdichte ist mit Abstand im Saarland am höchsten. In Rheinland-Pfalz hat sie gegenüber 1970 um 20 Einwohner je km² zugenommen.

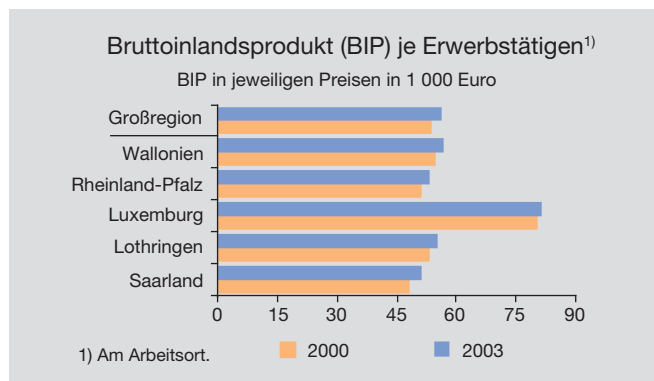


Frage 5 Im Vergleich zu 1970 ist die Bevölkerungszahl in der Region um 5,9% gestiegen. In Rheinland-Pfalz ist sie um 386 000 höher als damals.

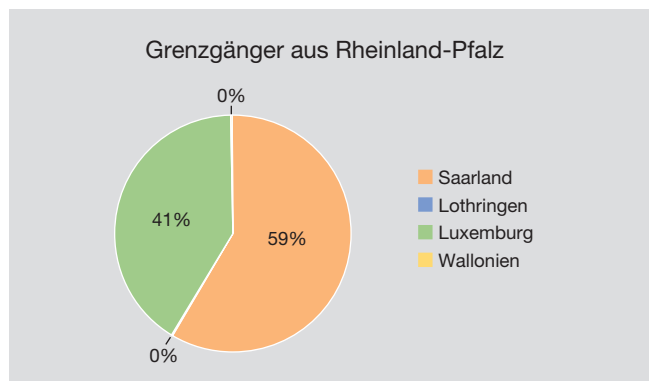


Die 10 Antworten zu den Fragen der Großregion

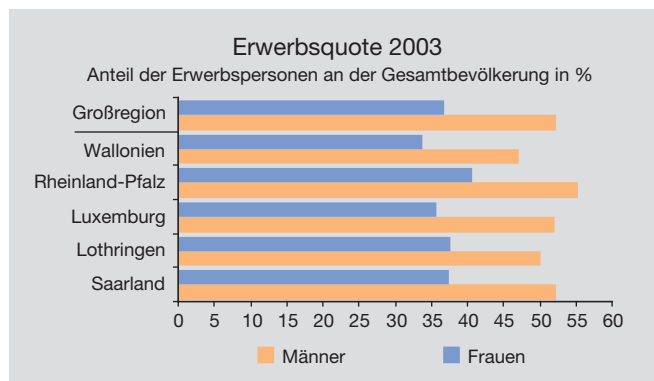
Frage 6 Das BIP je Erwerbstätigen liegt in Luxemburg weit über dem Durchschnitt der Großregion. In Rheinland-Pfalz ist das BIP je Erwerbstätigen gegenüber 2000 um 2 104 Euro gestiegen.



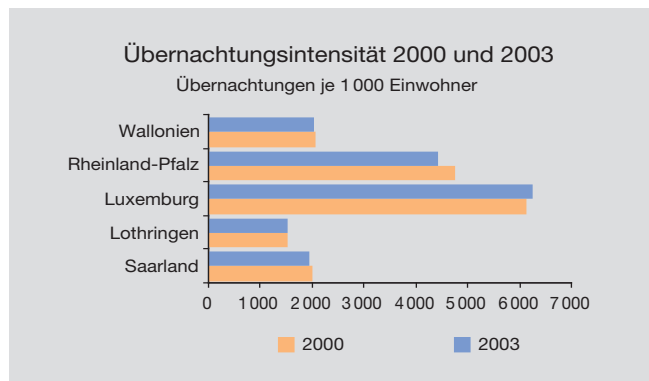
Frage 9 Von den knapp 36 500 rheinland-pfälzischen Auspendlern zog es 2003 rund 21 300 ins Saarland. Zudem war ein großer Teil der Berufspendler in Luxemburg tätig. Die Zahl der Auspendler in die übrigen Regionen ist dagegen sehr gering.



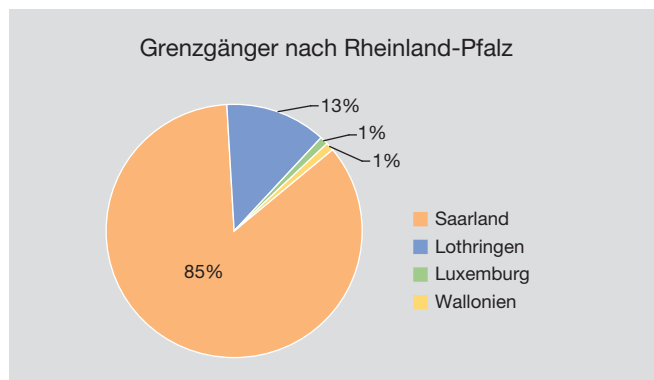
Frage 7 In Rheinland-Pfalz lag die Frauenerwerbsquote 2003 mit 40,7% über dem Durchschnitt der Großregion.



Frage 10 Rheinland-Pfalz verzeichnete 2003 etwas mehr als 4 400 Gästeübernachtungen je 1 000 Einwohner und liegt damit hinter Luxemburg an zweiter Stelle.



Frage 8 Von den 14 000 Einpendlern kamen 2003 rund 12 000 aus dem Saarland.



Info

Als nächste Veröffentlichung zur Großregion werden die statistischen Kurzinformationen Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie aktualisiert. Die Veröffentlichung wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres erscheinen und zum Download angeboten.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex im Februar wieder gesunken

Erneuter Dämpfer für die Konjunkturerwartungen in Deutschland

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland hat sich nach den Anstiegen in den beiden vorangegangenen Monaten wieder verschlechtert. Der Index, für den das ifo Institut 7 000 Unternehmen befragt und der als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland gilt, sank – für viele Experten überraschend – von 96,4 auf 95,5 Punkte. Die Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung erhalten damit erneut einen Dämpfer, der Aufschwung kommt weiterhin nur sehr zögerlich voran. Ursache hierfür dürfte vor allem die nach wie vor gedämpfte Binnenkonjunktur sein.

Sowohl die Geschäftserwartungen als auch die Beurteilung der Lage haben sich verschlechtert

Im Februar waren beide Teilindizes, aus denen sich der Geschäftsklimaindex zusammensetzt, rückläufig. Die Lageeinschätzung der Unternehmen sank von 95,3 auf 94,5 Punkte. Sie hatte sich bereits im Januar verschlechtert. Der Teilindex für die Geschäftserwartungen der Unternehmen, der im Januar noch um einen Punkt gestiegen war, fiel ebenfalls, und zwar von 97,5 auf 96,4 Zähler.

Deutliche Abschwächung im Einzelhandel

Im Einzelhandel verschlechterte sich das Klima deutlich, was vor allem auf eine im Vergleich zum Vormonat wesentlich ungünstigere Lageeinschätzung zurückzuführen ist. Aber auch die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate werden im Einzelhandel wieder als schlechter beurteilt. Die Einschätzungen im Großhandel

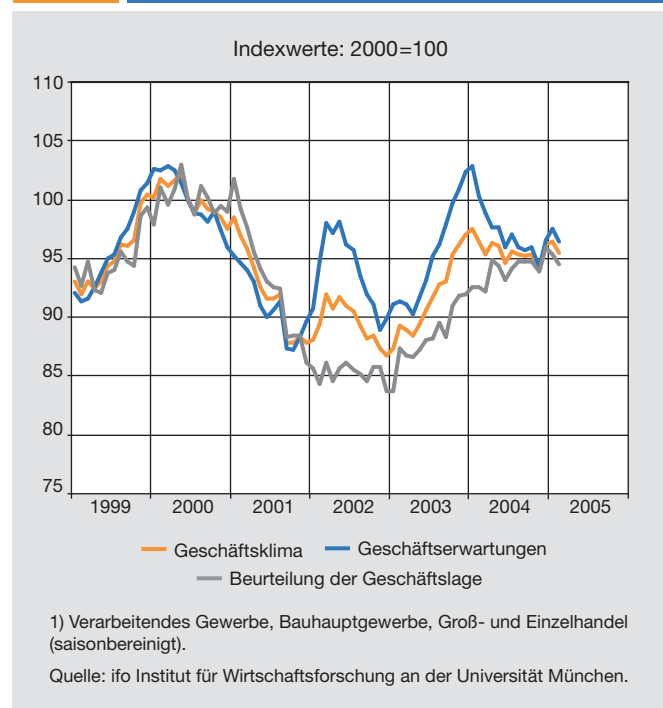
haben sich gegenüber Januar dagegen kaum verändert.

Auch im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima im Vergleich zum Vormonat negativ entwickelt. Die Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage ungünstiger als im Januar und erwarten für die kommenden sechs Monate auch nur einen mäßigen Geschäftszuwachs. Im Bauhauptgewerbe, das bereits seit langem in der Krise steckt, hat sich das Klima erstmals seit September wieder verschlechtert. Zwar verbesserte sich die Lageeinschätzung noch einmal leicht, die Geschäftserwartungen haben sich jedoch deutlich verschlechtert.

Auch im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe ungünstigeres Geschäftsklima

Stand:
Februar
2005

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – Bauaufträge sinken etwas schwächer

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im November 2004 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 5,7%. Damit hat sich die Zuwachsrate gegenüber dem Vormonat wieder erhöht (Oktober 2004: +4%).

Positive Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe wird hauptsächlich durch das Auslandsgeschäft bestimmt

Wie in den Vormonaten ist die günstige Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe in erster Linie auf die kräftige Zunahme der Bestellungen aus dem Ausland zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen im November dieses Jahres real um 11,5% über dem Vorjahresmonat. Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz profitiert also – trotz kräftiger Euroaufwertung – weiterhin von einem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

Inlandsbestellungen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert

Die Auftragseingänge aus dem Inland stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat wieder leicht an. Gegenüber November 2003 lagen sie um 0,4% höher. Nach dem Rückgang der Aufträge im September 2004

(–0,6%), waren im Oktober 2004 mit +0,2% ebenfalls nur geringe Zuwächse zu verzeichnen gewesen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im November 2004 real 10,5% mehr Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zuwachsrate hat sich im Vergleich zum Vormonat um 8,5 Prozentpunkte erhöht, nachdem sie im Oktober lediglich leicht angestiegen war. Die Inlandsbestellungen lagen dabei allerdings im Vergleich zum November 2003 um 9,4% niedriger und waren zum vierten Mal hintereinander rückläufig. Die Aufträge aus dem Ausland konnten diese Entwicklung mit einem Zuwachs um gut 33% allerdings deutlich überkompensieren. Dieser sprunghafte Anstieg ist jedoch überwiegend auf Großaufträge zurückzuführen.

Auslandsaufträge zogen im Fahrzeugbau sprunghaft an

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) ist die Nachfrage wieder stärker gestiegen. Das Volumen der Auftragseingänge nahm gegenüber dem November des Vorjahres um 3,4% zu. Die Zuwachsrate ist im Vergleich zum Vormonat um 2,4 Prozentpunkte gestiegen, nachdem sie zuvor um 4,4 Prozentpunkte zurückgegangen war. Bei den Inlandsbestellungen war im November mit einem Anstieg von 8,1% nochmals eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Bereits im Oktober war – nach vier Monaten mit rückläufiger Entwicklung – ein Zuwachs von 4,5% zu verzeichnen. Das Auslandsgeschäft erholte sich nach dem Einbruch im Oktober (–12,7 Prozentpunkte gegenüber September). Allerdings fiel der Anstieg mit 2 Prozentpunkten nicht sehr deutlich aus. Im November 2004 kam es somit zu einem Plus der Auslandsbestellungen von 0,6% im Jahresvergleich.

Weiter steigende Auftragseingänge aus dem Inland sowohl im Maschinenbau ...

... als auch in der Metall-
zeugung und
-verarbeitung

In der Metallherzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) lagen die Auftragseingänge im November 2004 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 6,1% höher. Hier nahmen die Inlandsbestellungen im Vergleich zum November 2003 um 6,6% und die Auftragseingänge aus dem Ausland um 5,6% zu. Damit konnten sowohl das Inlandsgeschäft (Oktober 2004: +5,6%), als auch das Auslandsgeschäft (Oktober 2004: +2,6%) zulegen.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie niedriger als im Vormonat

In der chemischen Industrie, die in Rheinland-Pfalz mit einem Umsatzanteil von 32% die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes ist, sind nach wie vor überdurchschnittliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Die Auftragseingänge erhöhten sich im November 2004 um 7,8% gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats. Im Vergleich zum Oktober 2004 ging die Zuwachsrate allerdings um 2 Prozentpunkte zurück. Die Inlandsaufträge erhöhten sich im Vergleich zum November 2003 um 3,3%, ihr Anstieg lag jedoch um 3 Prozentpunkte unter dem Oktoberwert. Die Entwicklung des Auslandsgeschäftes hat sich ebenfalls etwas abgeschwächt. Die Auslandsaufträge stiegen im Vergleich zum November 2003 zwar um 10,3%; damit lag die Zuwachsrate aber gegenüber dem Vormonat um 1,5 Prozentpunkte niedriger.

Auftragsrückgang im Bauhauptgewerbe schwächt sich ab

Im Bauhauptgewerbe ist die Auftragslage seit Juli 2004 rückläufig, nachdem es im zweiten Quartal eine kurze Erholung gegeben hatte. Der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs ist im November 2004 gegenüber dem Wert vom November 2003 aber nur noch um 1,2% gesunken. Im Oktober wurde ein Minus von 2,7% ermittelt, während es im August und September noch Rückgänge von 11,5 bzw. 11,7% gegeben hatte.

Die Zahl der Baugenehmigungen sinkt seit Januar 2004 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat. Im November 2004 kam es mit -24% zu einem deutlichen Rückgang gegenüber November 2003. Zuvor hatte die Veränderungsrate im September und Oktober 2004 bei einem Minus von 12% bzw. 18,4% gelegen.

Rückläufige Umsatzentwicklung im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen und sich verändern. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze sind im November 2004 preisbereinigt gegenüber November 2003 um 1,2% gesunken und gingen damit ähnlich stark zurück wie in den beiden Vormonaten. Diese Entwicklung – in Verbindung mit den auch nur schwachen Umsatzsteigerungen seit Mai 2004 – zeigt das weiterhin zurückhaltende Kaufverhalten der Verbraucher.

Die Umsatzentwicklung im Großhandel ist ebenfalls rückläufig. Im November 2004 gingen die realen Großhandelsumsätze im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 1% zurück. Davor wurden – mit Ausnahme eines leichten Anstiegs im Juli – seit Mai 2004 ebenfalls sinkende Umsätze beobachtet.

Für das Gastgewerbe ist der Abwärtstrend, der seit dem Sommer 2003 besteht, ungebrochen. Die Abnahmerate hat sich in den

Weiterhin Umsatzeinbußen im Handel

Ungebrochener Abwärtstrend im Gastgewerbe

vergangenen Monaten auf einem hohen Niveau eingependelt. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im November 2004 gegenüber dem November des Vorjahres real um 6%. Wie im Handel macht sich auch in dieser Branche die anhaltende Konsumzurückhaltung bemerkbar.

Verbraucherpreisindex im Februar gestiegen

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsfaktoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucherpreisindex höher als im Vormonat

Der Verbraucherpreisindex belief sich im Februar 2005 auf einen Wert von 107,2. Er lag um 1,9% über dem Wert vom Februar des Vorjahres. Damit hat sich die Preissteigerungsrate wieder erhöht, im Vormonat hatte sie noch 1,5% betragen. Binnen Monatsfrist zogen die Preise um 0,5% an.

Am stärksten verteuerten sich die alkoholischen Getränke und Tabakwaren (+14,2% im Vergleich zum Februar 2004), die Güter und Dienstleistungen der Gesundheitspflege (+4,5%) sowie im Bereich Verkehr (+3,5%). Die Preise für die Nachrichtenübermittlung (-1,0%) sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-0,3%) waren im Vergleich zum Vorjahresmonat dagegen rückläufig.

Registrierte Arbeitslosigkeit von Harz IV beeinflusst

Die Zahlen der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und der offenen Stellen sind nachlaufende Indikatoren, die weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagen,

dafür aber wichtige Gesamtindikatoren für die Wirtschaftspolitik darstellen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz ist zum Jahresbeginn kräftig gestiegen. Im Januar 2005 waren 190 105 Frauen und Männer ohne Arbeit – gut 27 400 Personen mehr als im Dezember 2004. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, stieg auf 9,4%; im Dezember des vergangenen Jahres hatte sie noch bei 8,1% gelegen. Dieser kräftige Anstieg ist vor allem eine Folge der Arbeitsmarktreform. Nachdem Hartz IV zum Jahresbeginn in Kraft getreten ist, wird nun ein großer Teil der „versteckten Arbeitslosigkeit“ offen gelegt.

Arbeitsmarktreform lässt Arbeitslosenzahl nach oben schnellen

Verglichen mit dem westdeutschen Durchschnitt ist die Arbeitsmarktlage in Rheinland-Pfalz aber immer noch etwas günstiger. Die rheinland-pfälzische Arbeitslosenquote lag auch im Januar 2005 unter der westdeutschen Quote, und zwar um 0,5 Prozentpunkte.

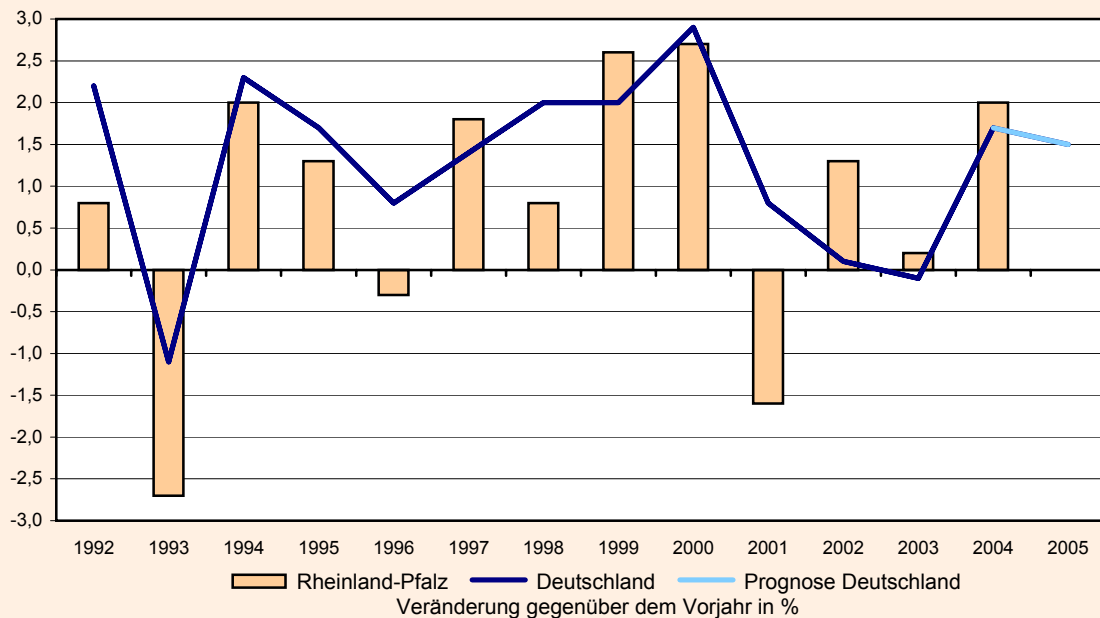
Die Zahl der offenen Stellen ist im Januar kräftig gestiegen. Im Vergleich zum Dezember 2004 nahm sie um fast ein Fünftel zu.

Mehr offene Stellen

Die Zahlen zum rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt sind zurzeit stark durch die Umstellungen im Rahmen von Hartz IV bestimmt. Daneben spiegeln sich aber auch saisonale Einflüsse und die immer noch verhaltene Konjunkturentwicklung wider.

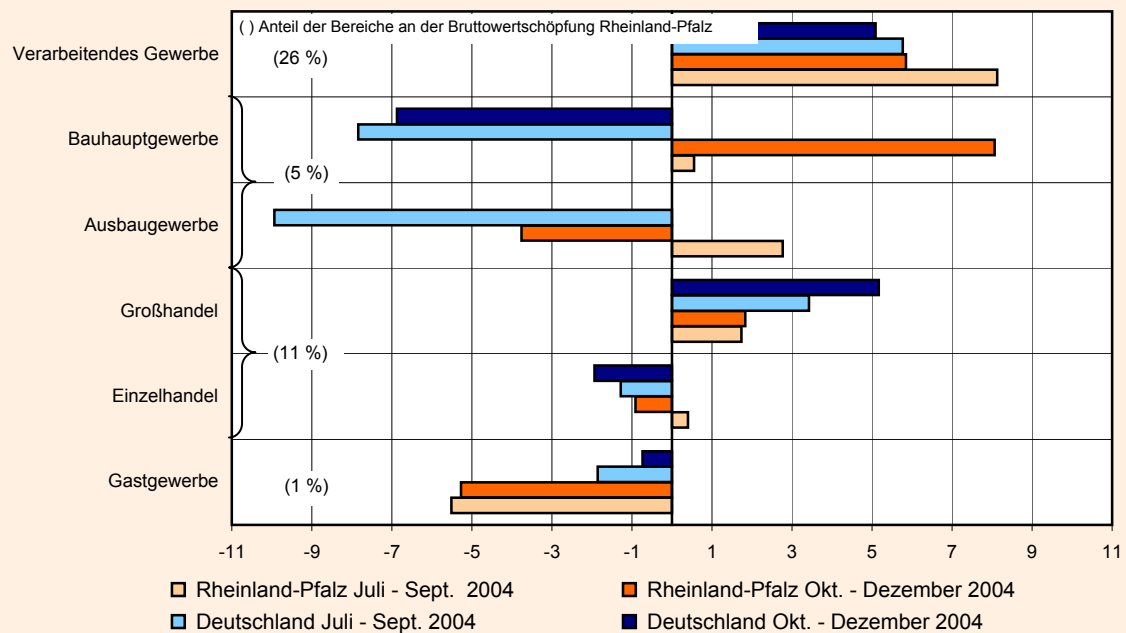
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

**Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾**
(Berechnungsstand: Januar 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2005 im September 2005. - Quelle Prognosewert 2005: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2004.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**



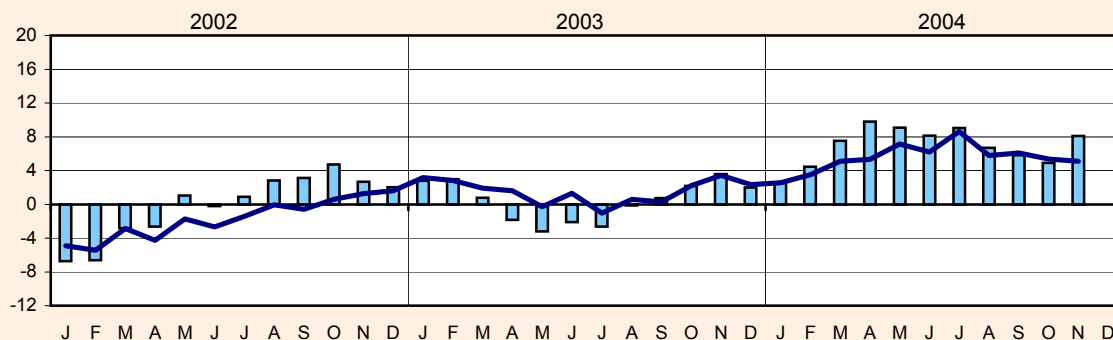
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartalsergebnisse; Deutschland: IV. Quartal 2004 liegt noch nicht vor.

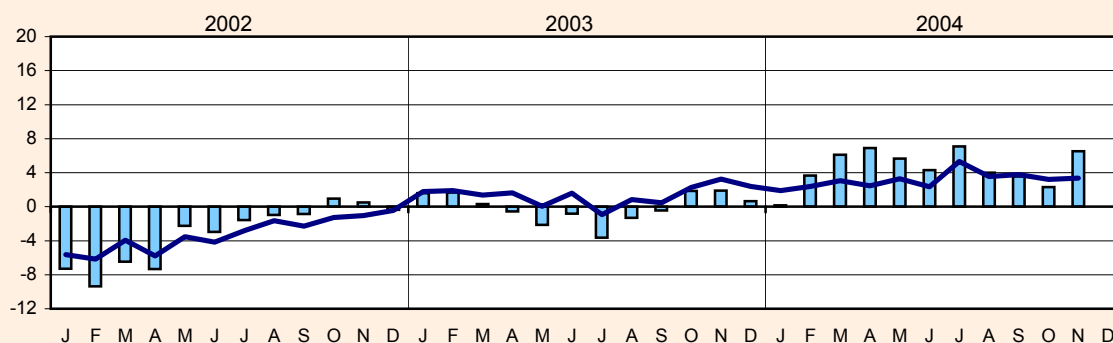
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

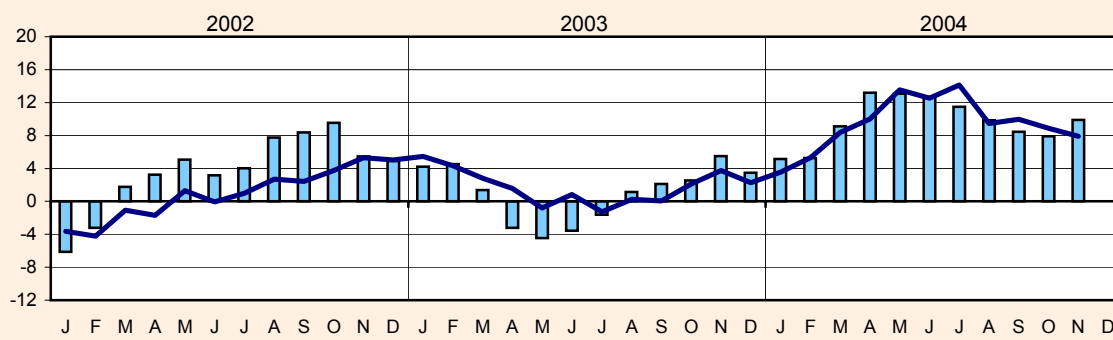
Insgesamt



Inland



Ausland



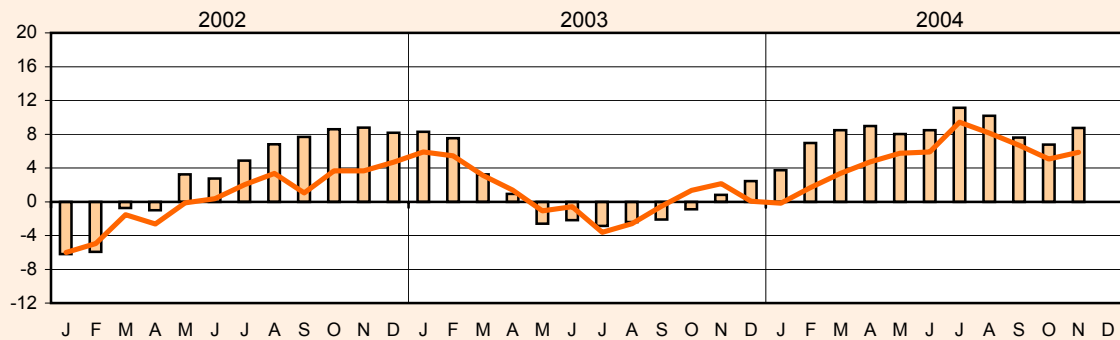
Auftragseingang Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

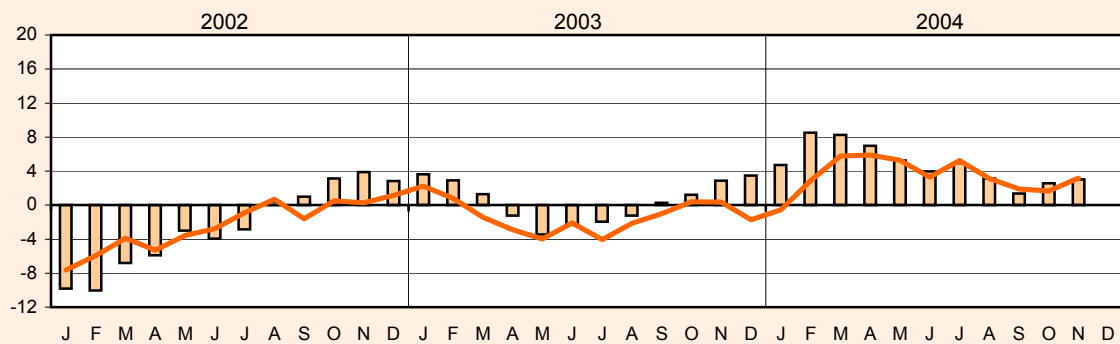
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

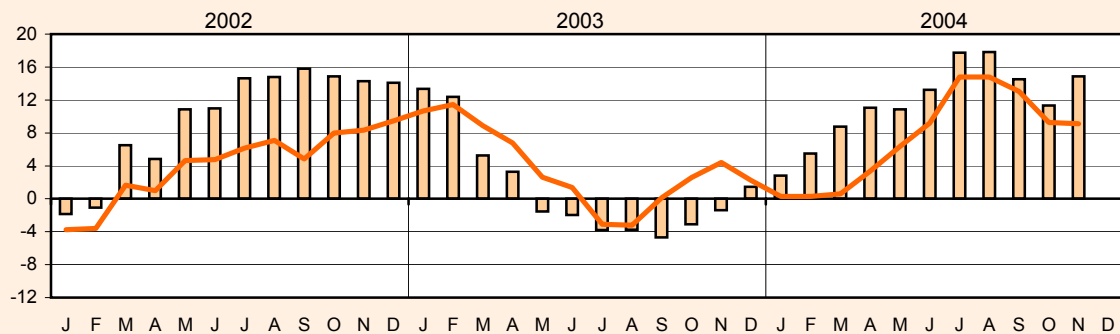
Insgesamt



Inland



Ausland

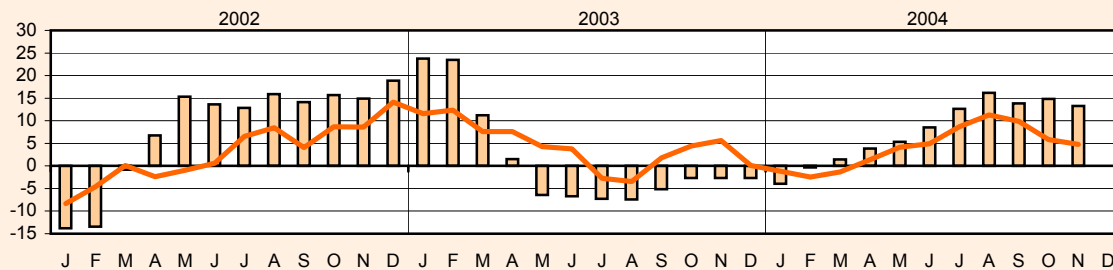


Auftragseingang Gesamtumsatz

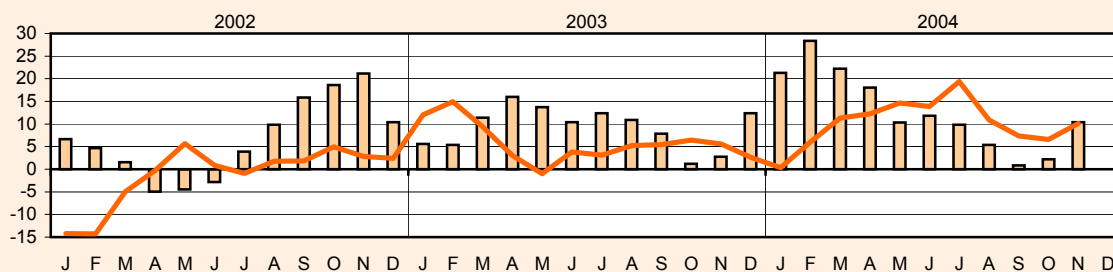
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

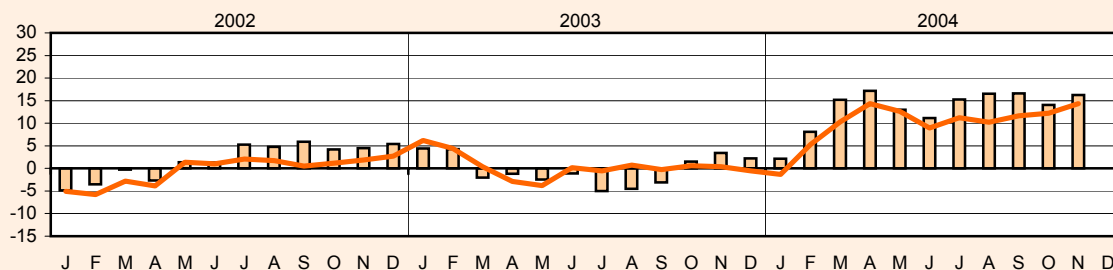
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 32%)



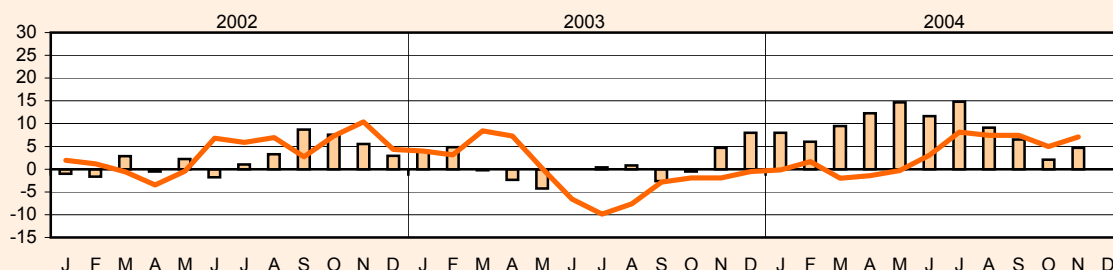
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 14%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 10%)



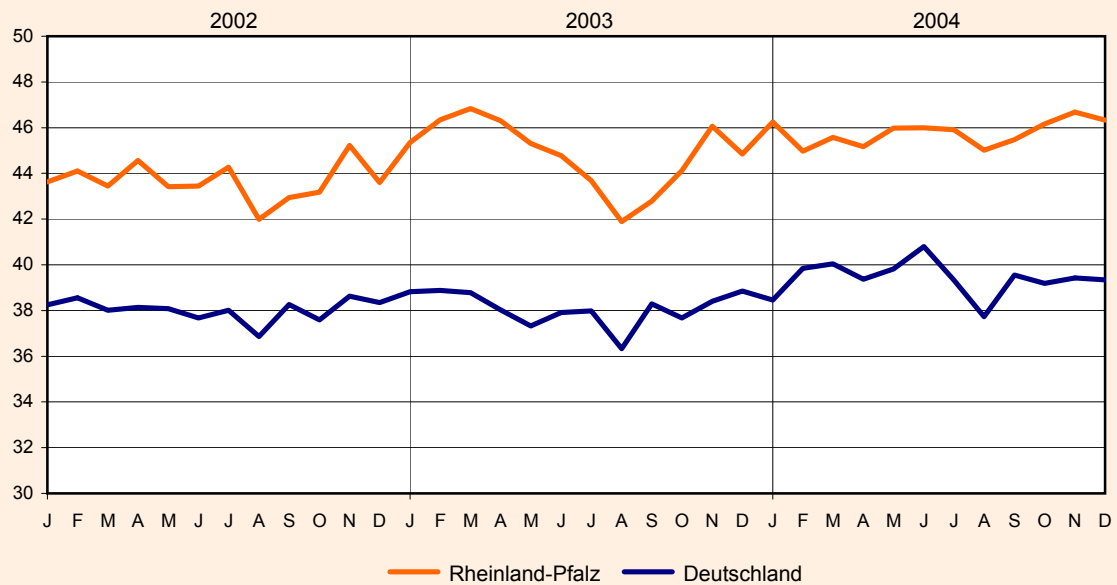
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

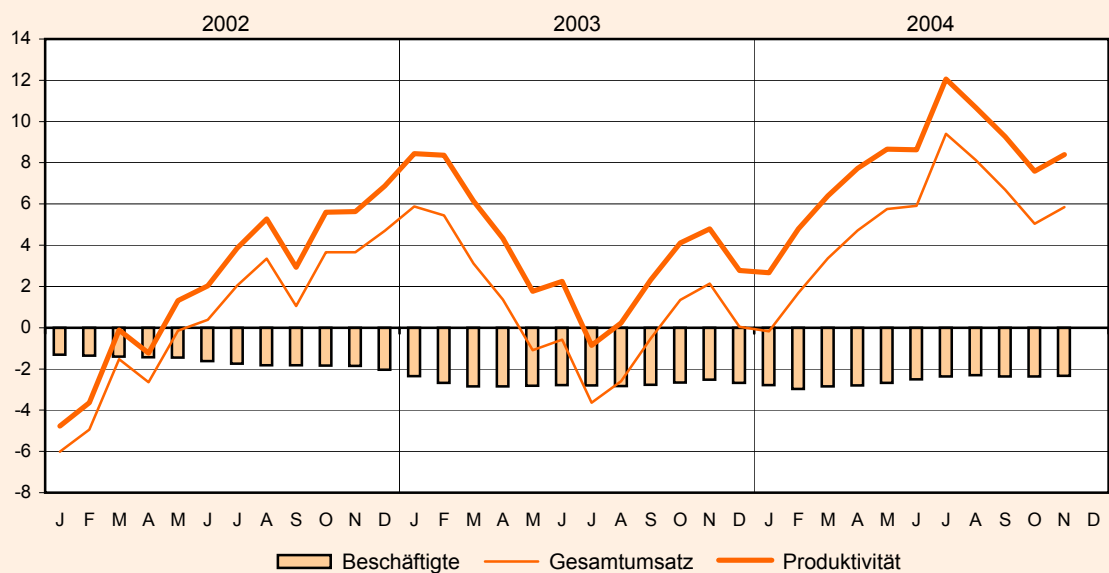
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

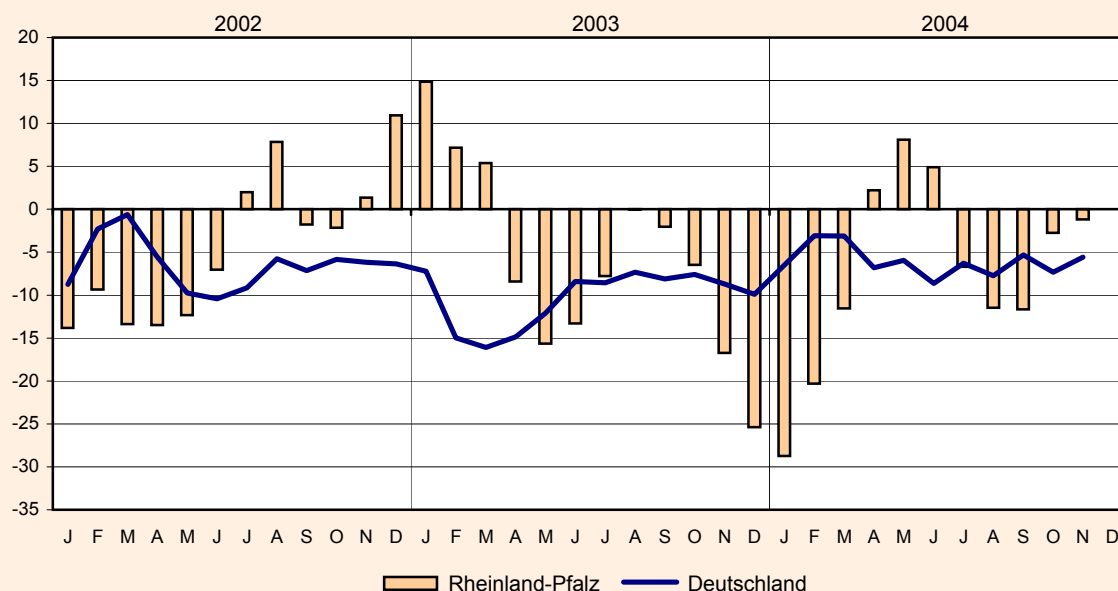
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

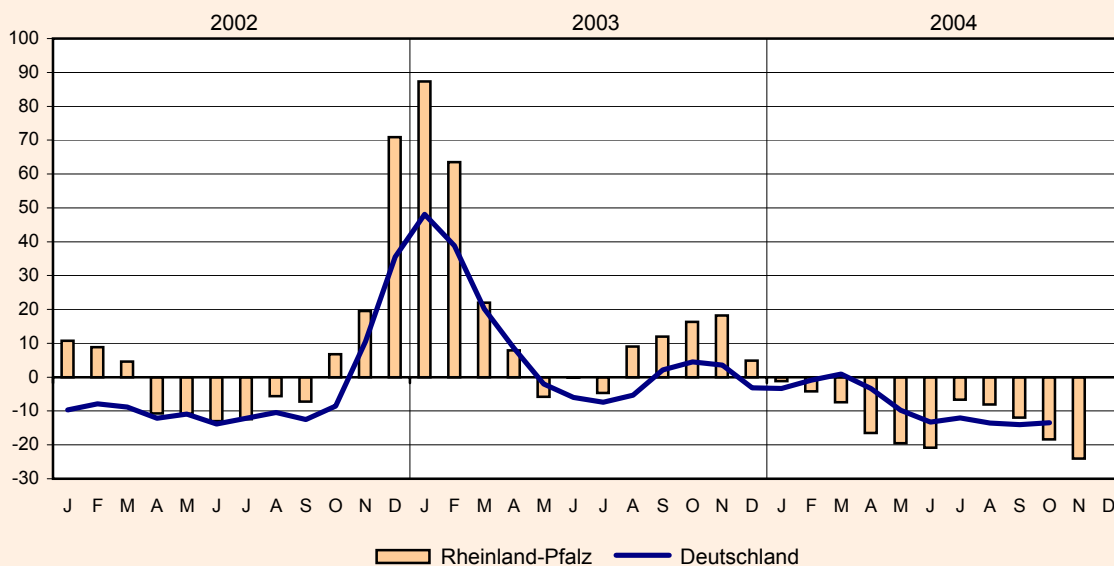
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



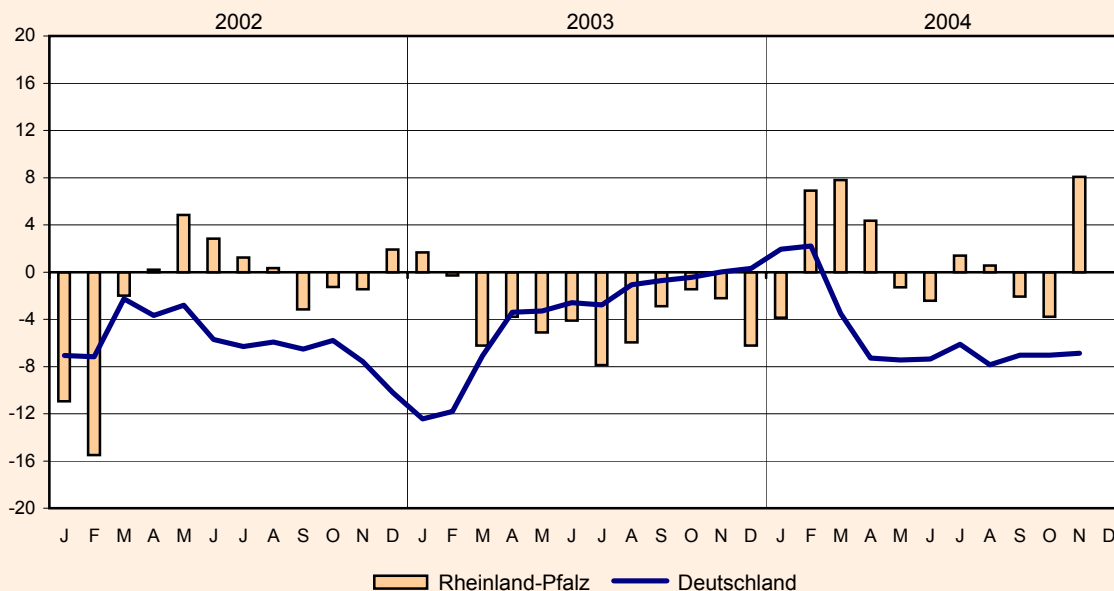
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

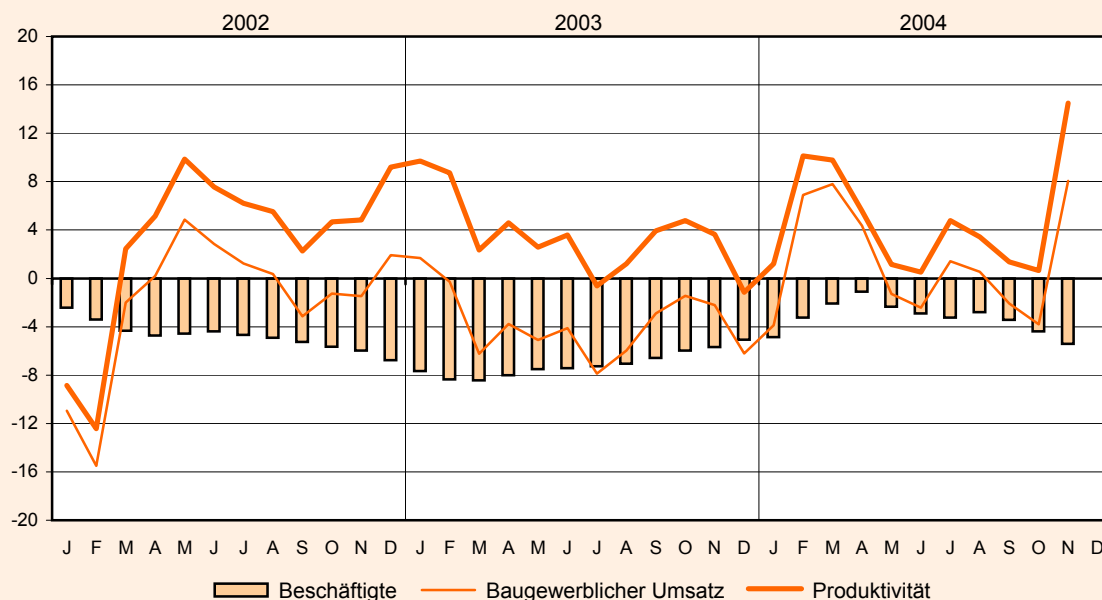
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

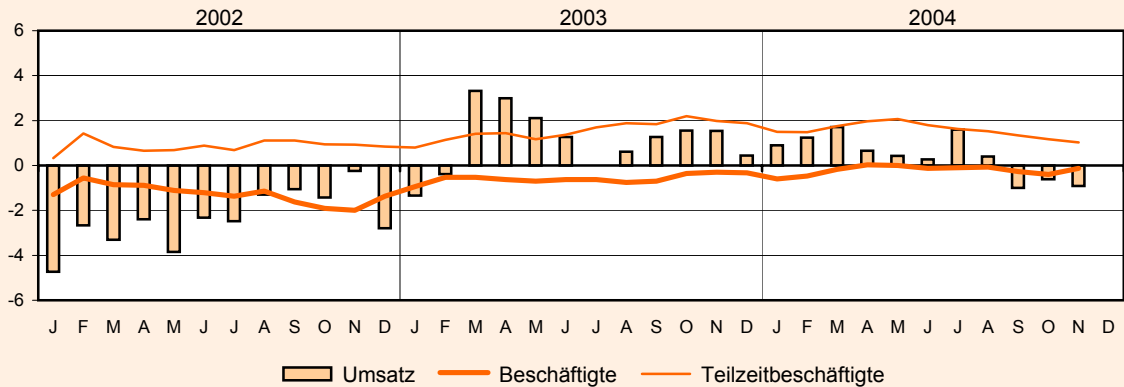
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

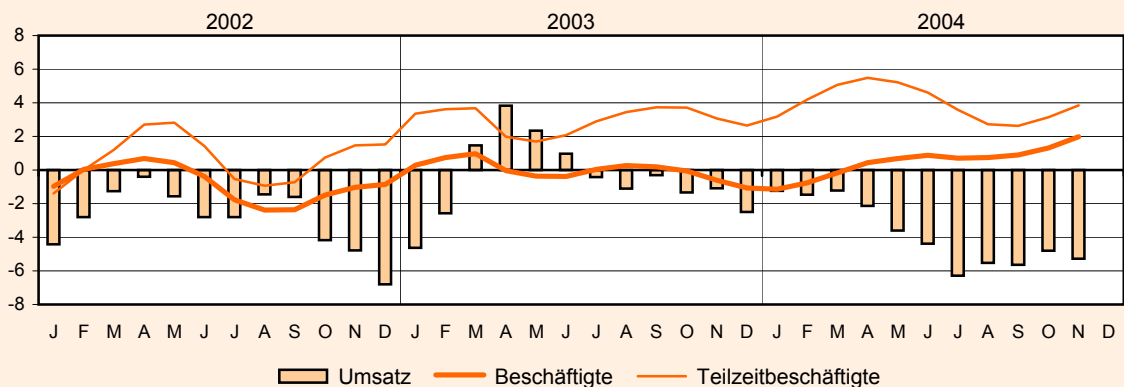
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2000=100) in Rheinland-Pfalz



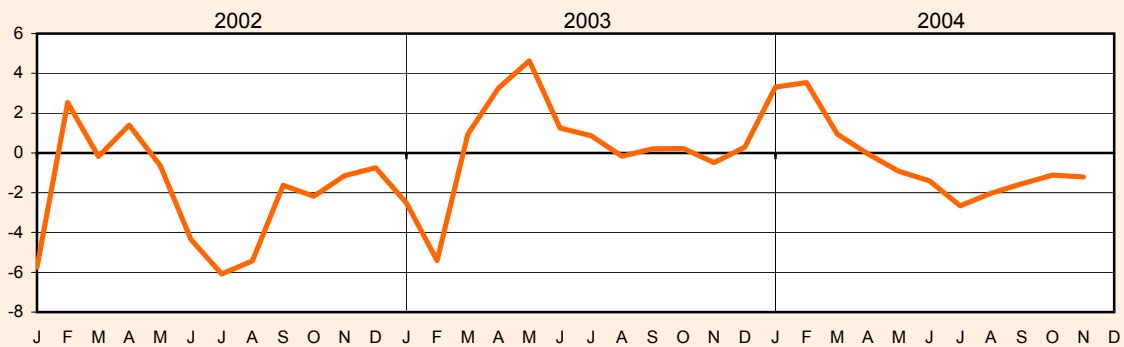
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2000=100) in Rheinland-Pfalz



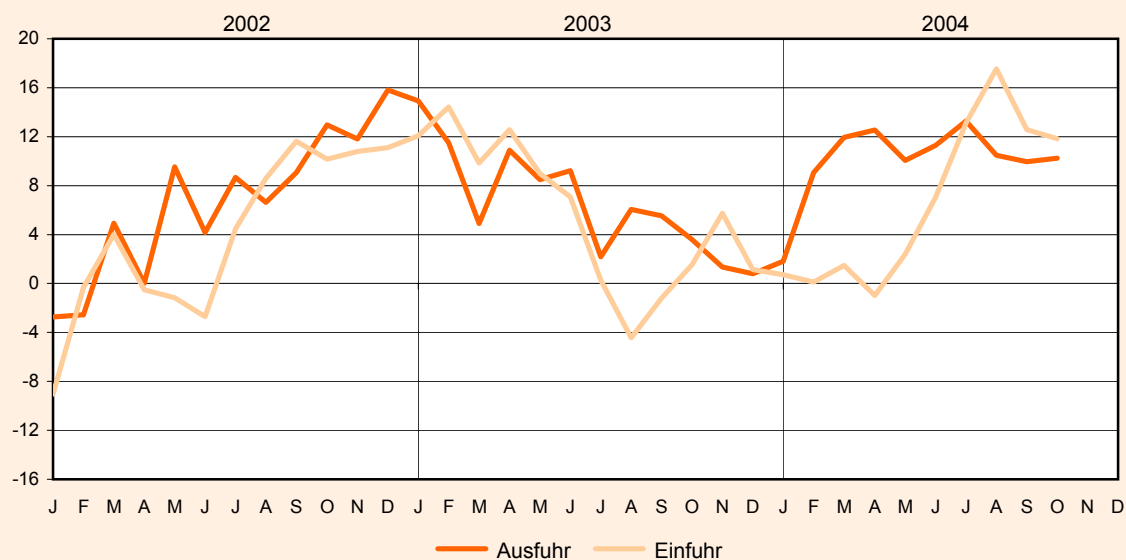
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



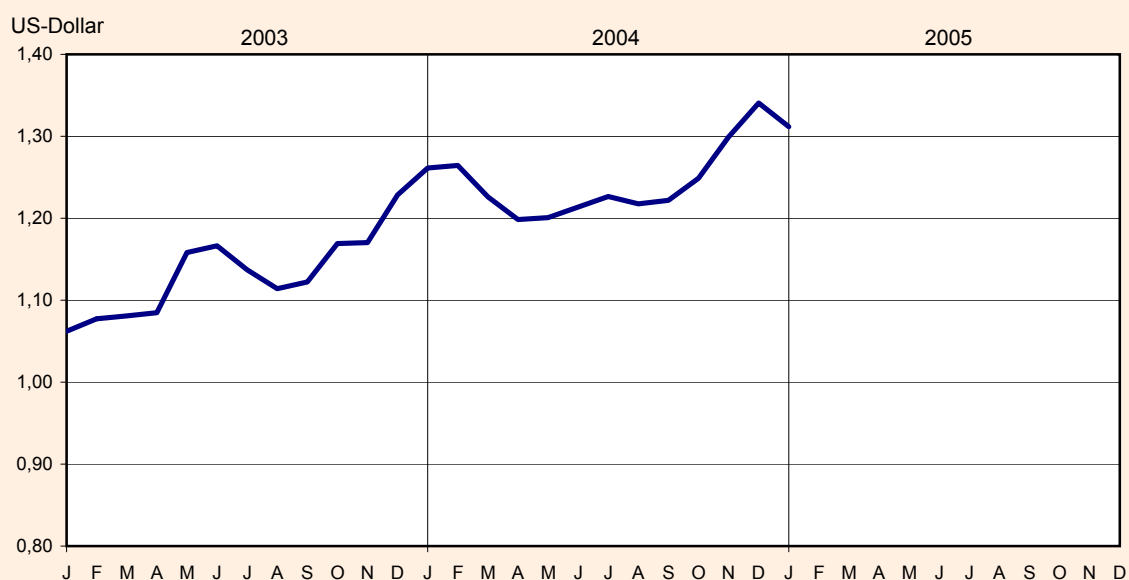
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



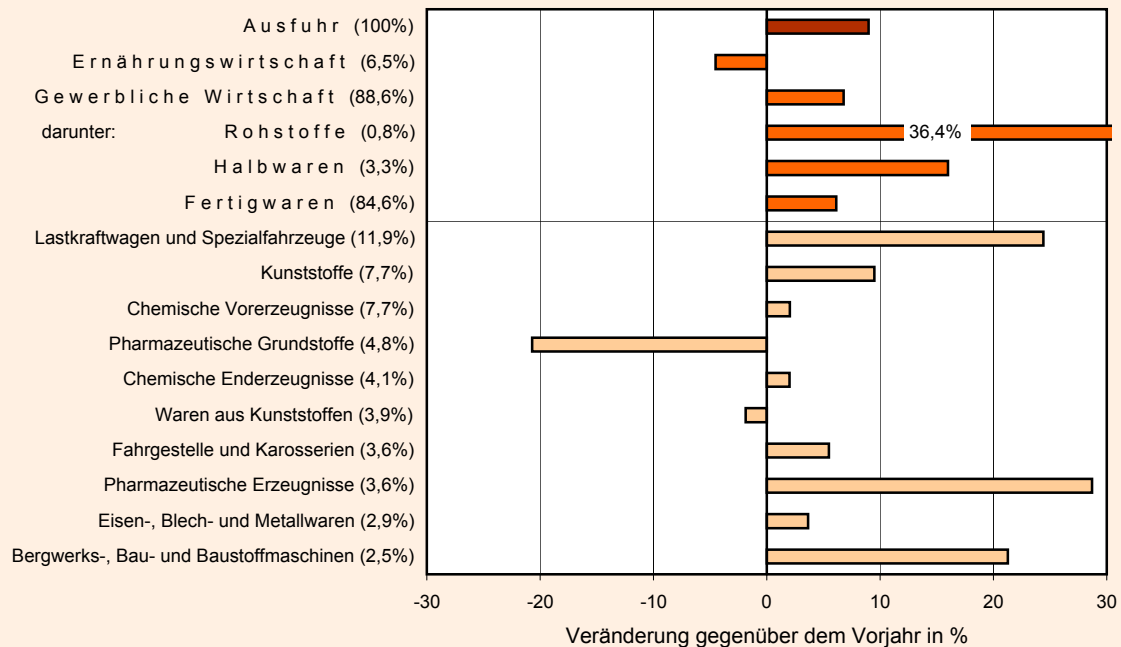
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

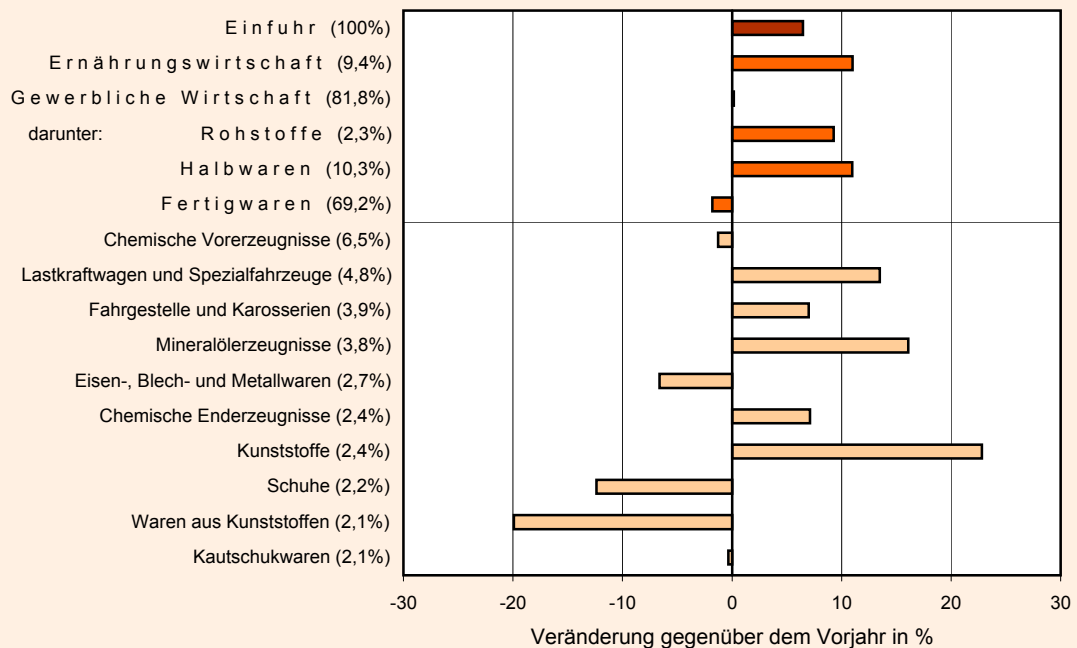


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾ (Dezember 2003 - November 2004)

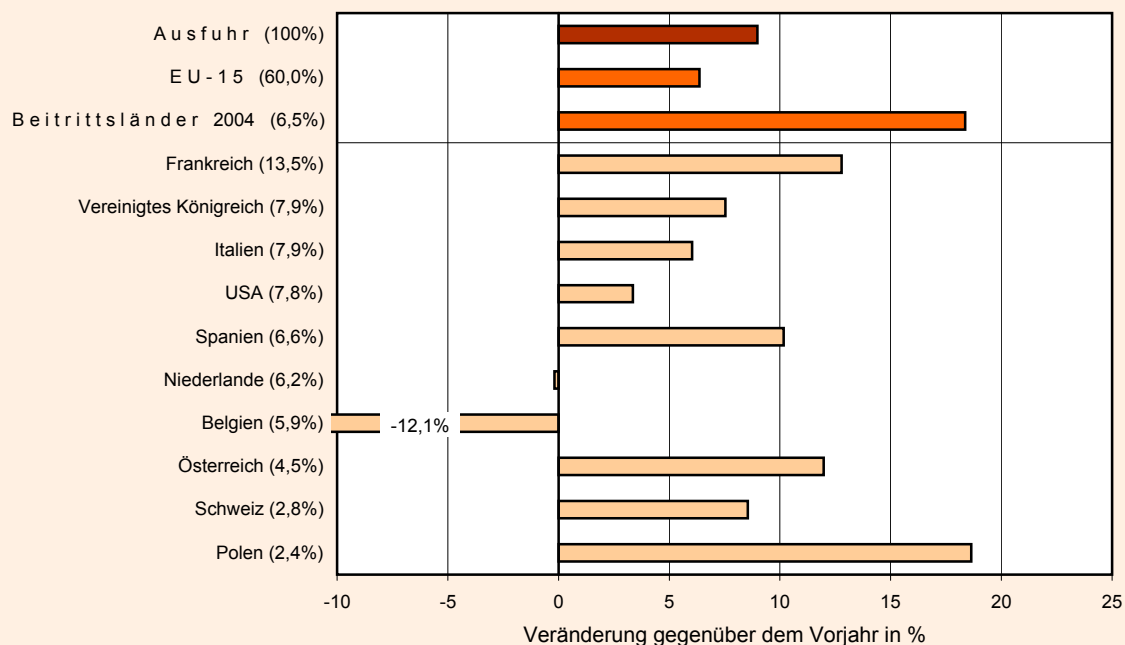


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾ (Dezember 2003 - November 2004)

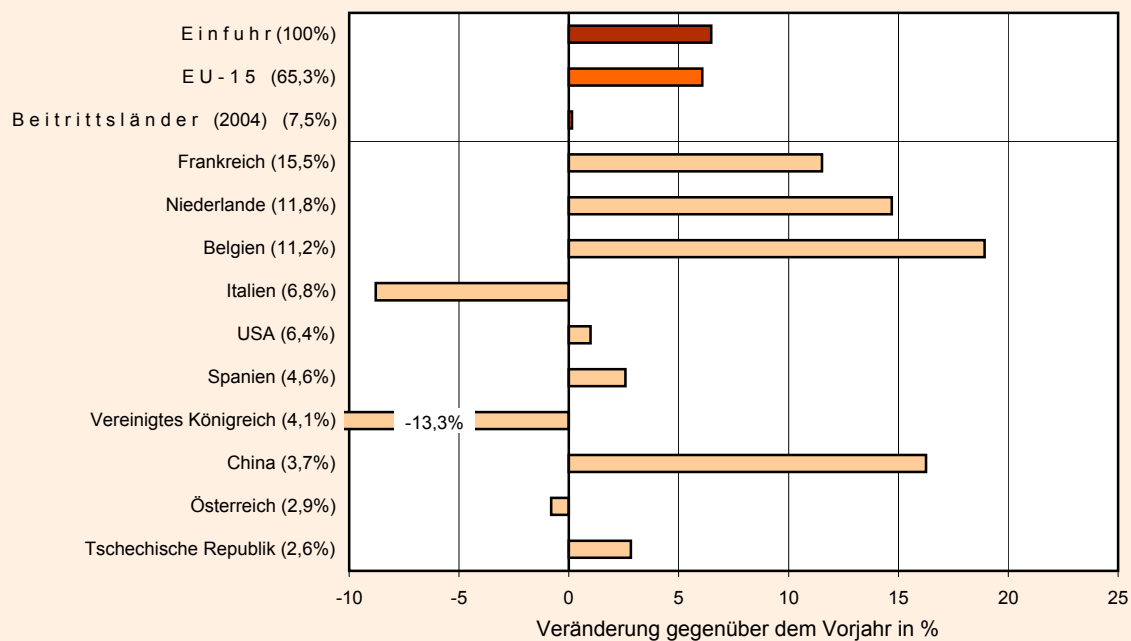


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾ (Dezember 2003 - November 2004)

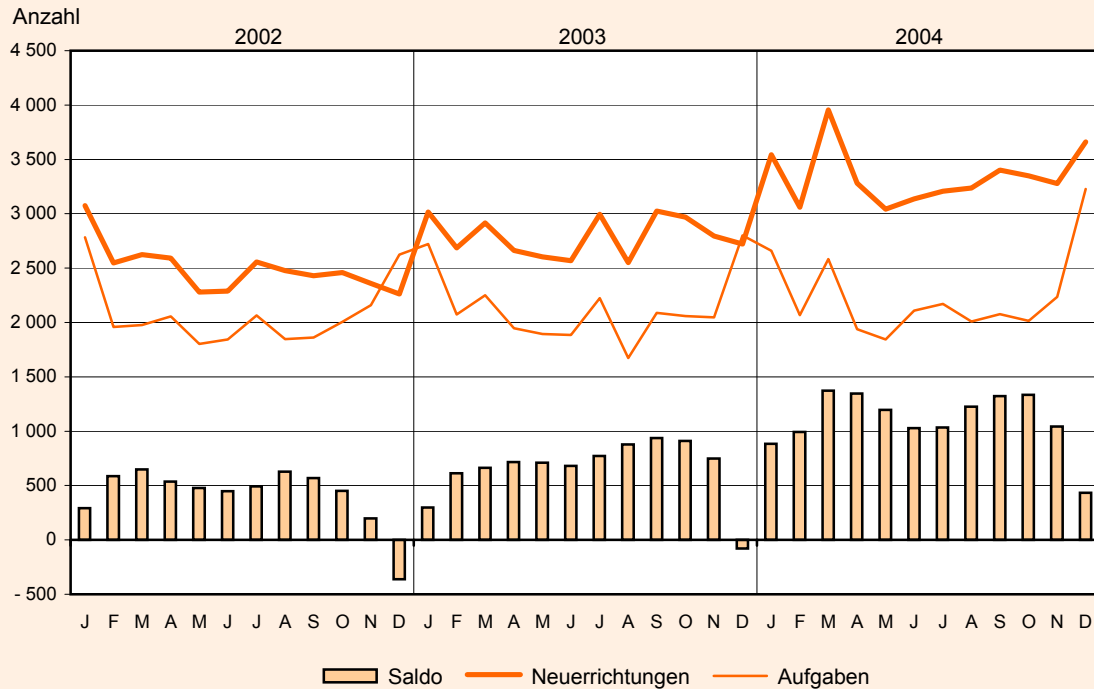


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾ (Dezember 2003 - November 2004)

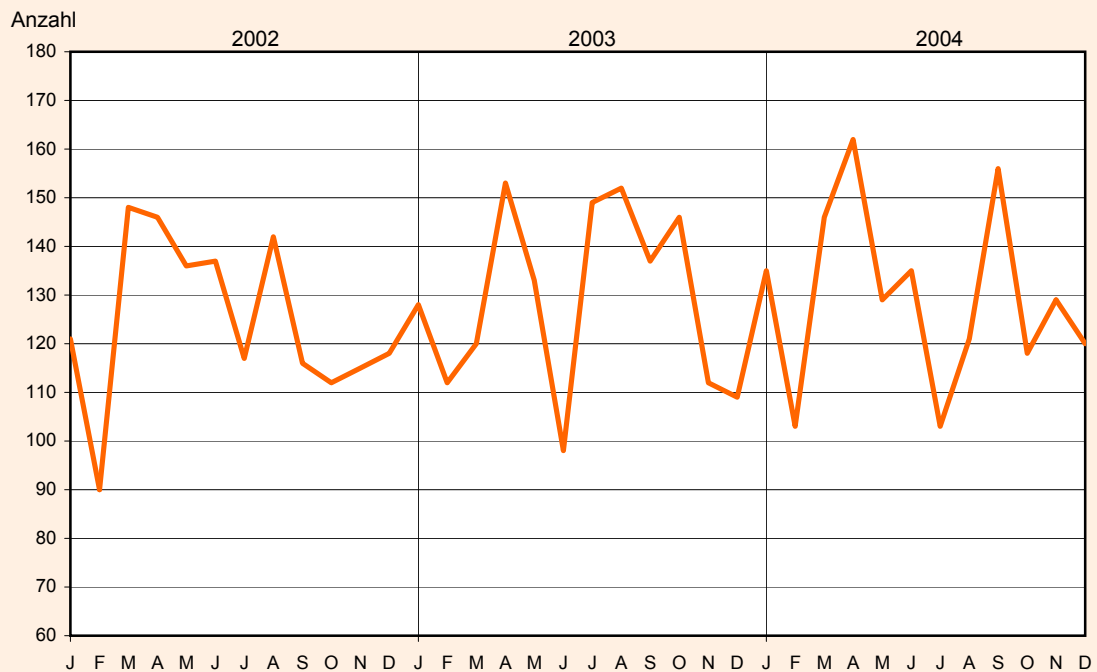


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

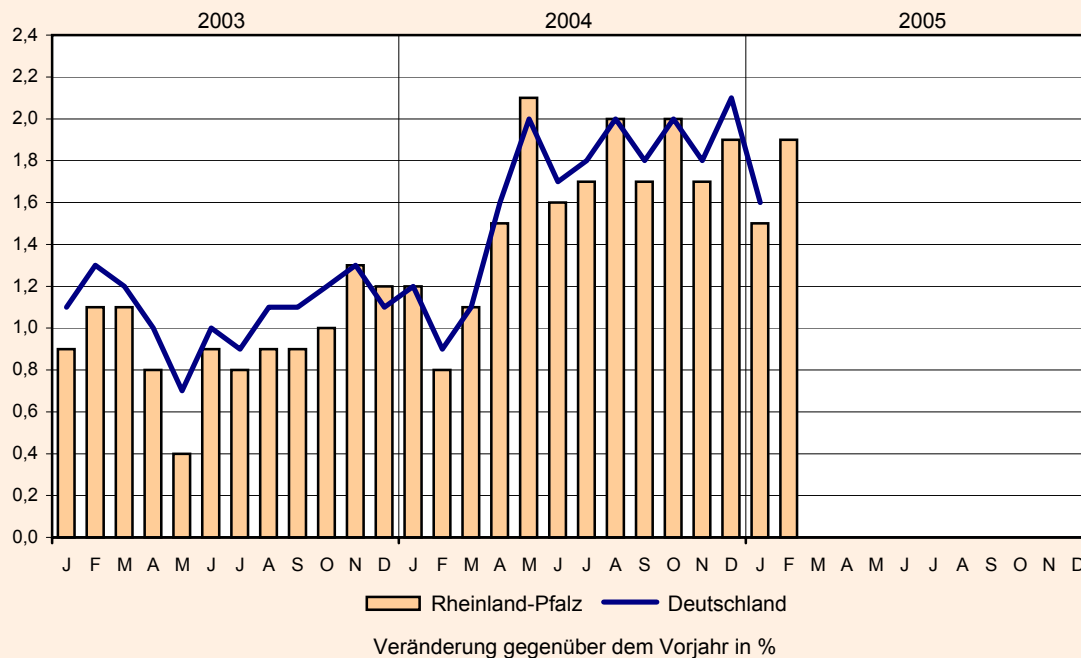
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



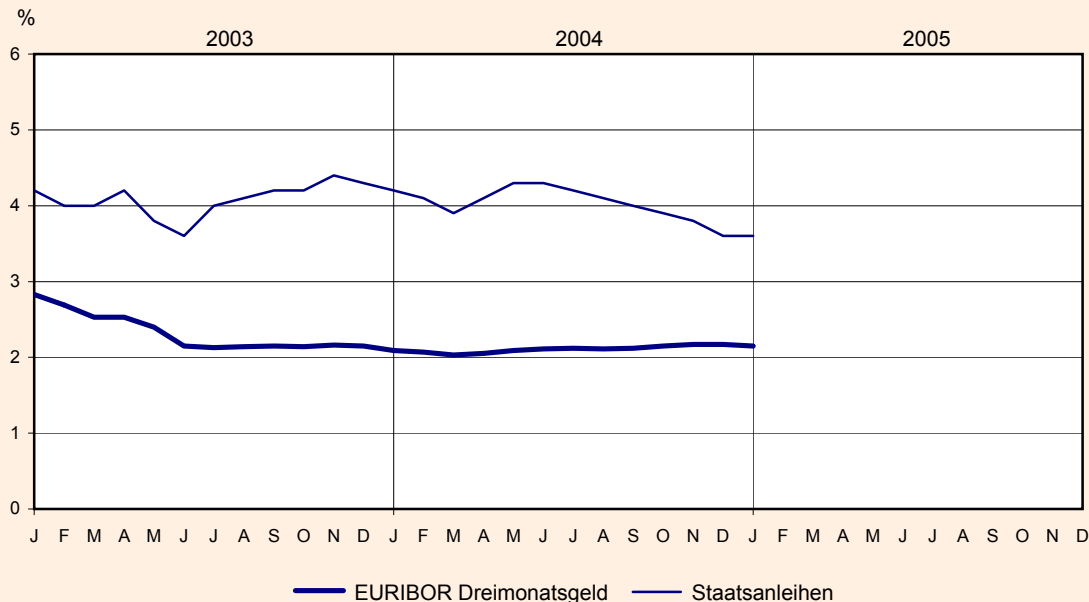
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

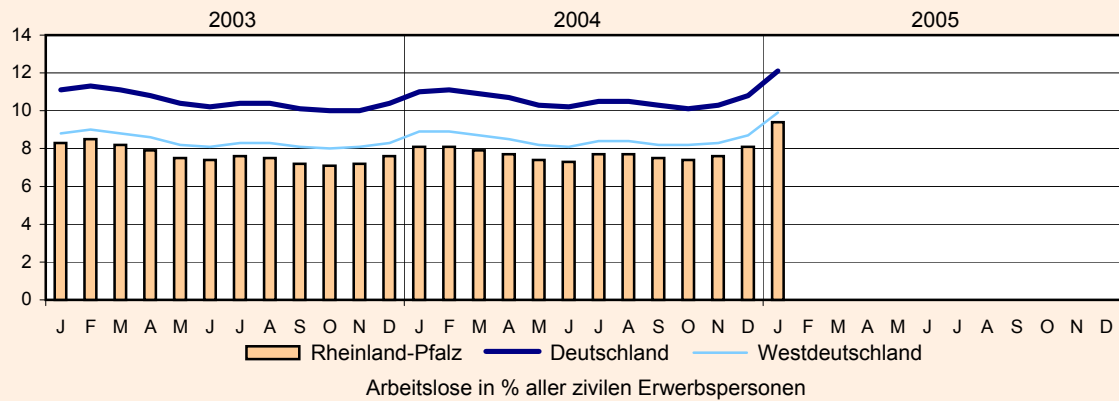


Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

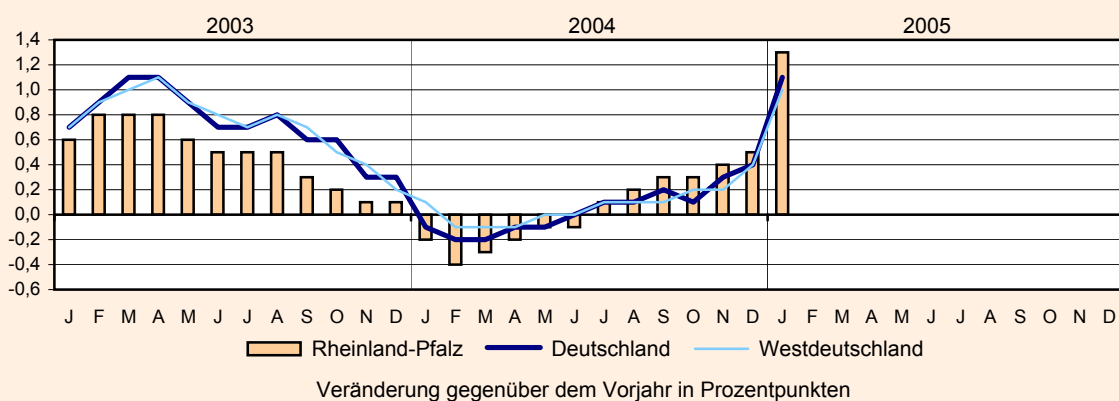


Quelle: Deutsche Bundesbank.

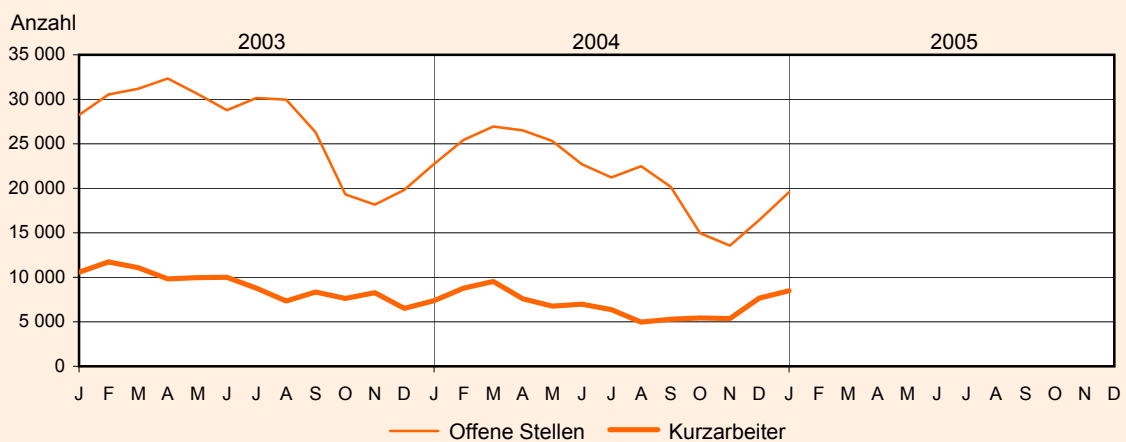
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

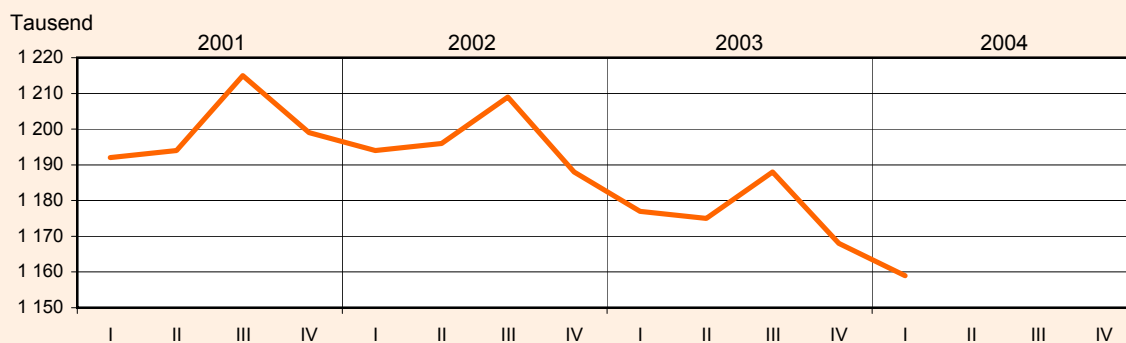


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

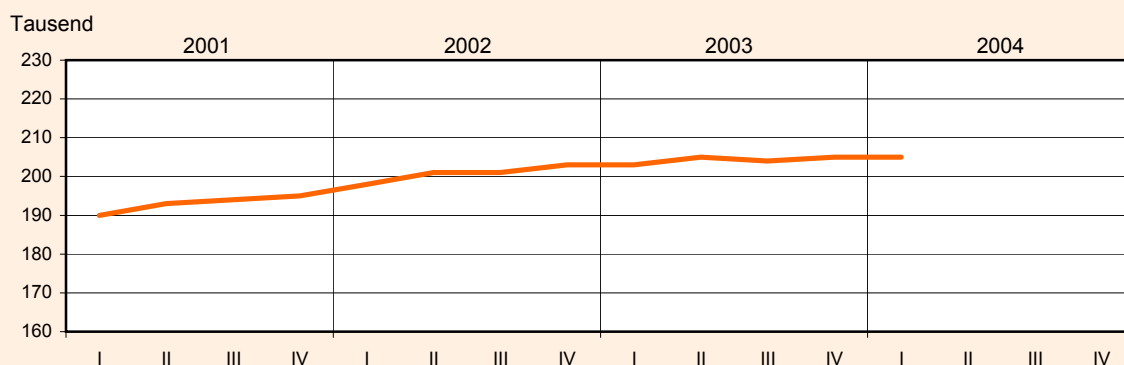


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

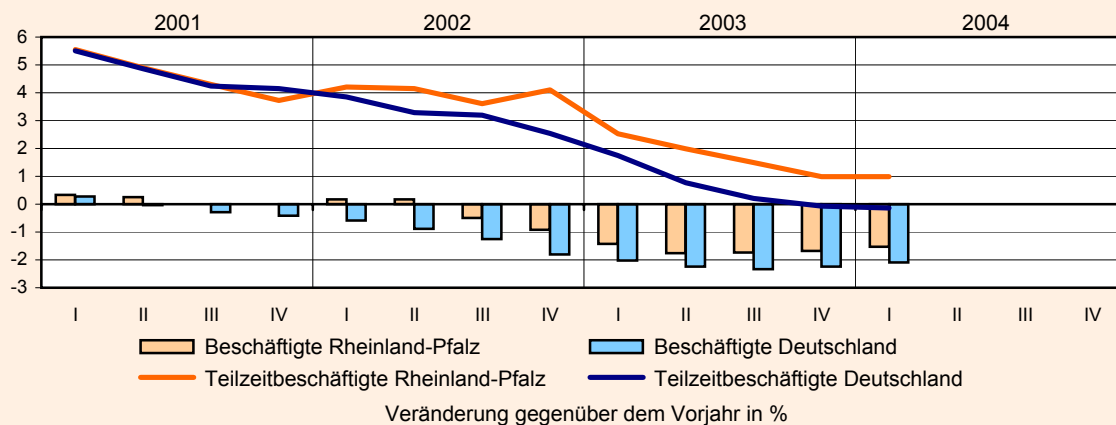
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



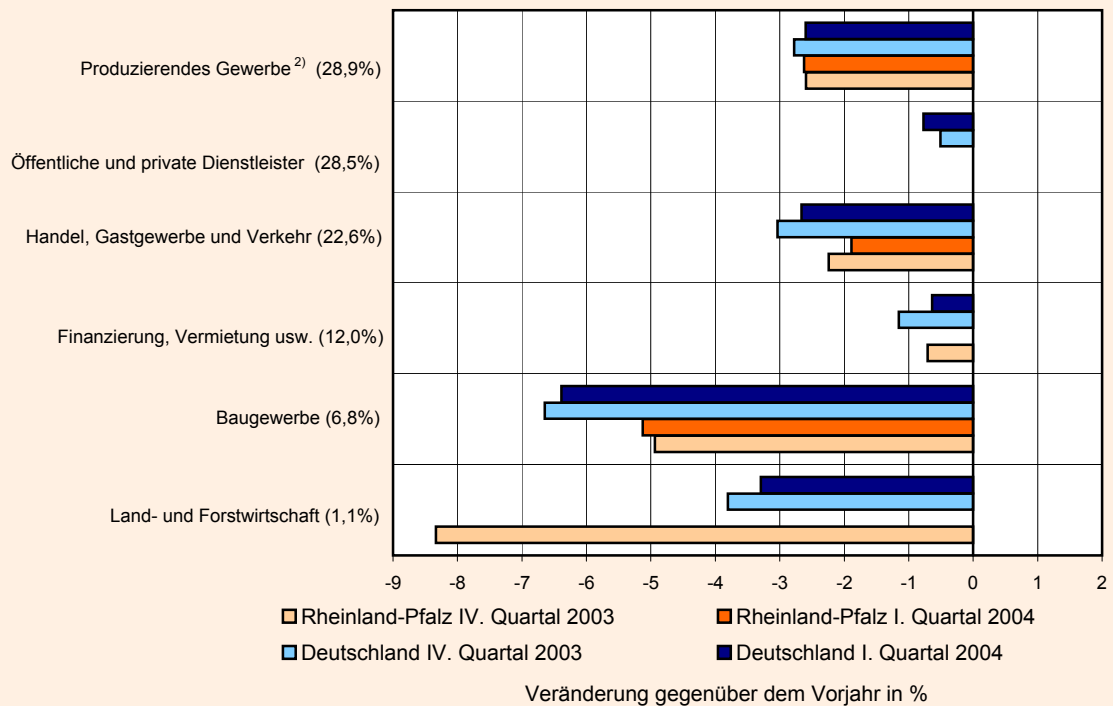
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2003. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 24. Februar 2005.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Die Exportquote

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

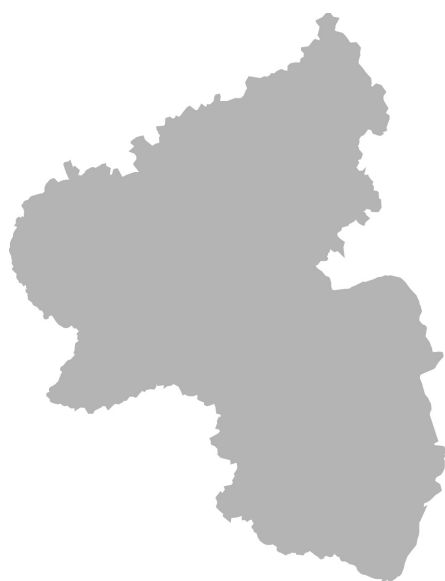
Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 058 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 057	4 058	4 057	4 059	4 061	4 061	4 061
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	317	318	318	316	317	317	318
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 733	1 677	2 772	1 847	1 673	2 471	2 395	1 878	1 713
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 895	2 840	3 049	3 121	2 791	3 044	3 163	3 066	2 707
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,6	8,4	8,8	9,4	8,1	8,8	9,2	9,2	7,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 556	3 661	4 201	3 240	3 526	3 242	3 413	3 282	3 225
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,8	12,2	9,7	10,2	9,4	9,9	9,8	9,4
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	14	21	18	18	11	10	15	10
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	4,9	6,3	7,3	5,3	3,6	3,2	4,9	3,7
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 661	- 821	- 1 152	- 119	- 735	- 198	- 250	- 216	- 518
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,4	- 3,3	- 0,4	- 2,1	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 1,5
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 258	8 406	9 502	10 247	7 847	9 040	10 004	8 692	8 886
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 694	2 346	2 350	2 927	2 107	2 550	2 469	2 371	2 548
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 875	7 505	8 450	9 337	8 674	7 886	8 063	8 410	7 953
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 724	1 849	2 059	2 331	1 941	2 453	2 223	2 182	2 102
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 382	900	1 052	910	- 827	1 154	1 941	282	933
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 953	12 821	13 259	13 959	11 379	13 515	15 118	12 885	12 734
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2001	2002			2003			2004	
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig										
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 194	1 196	1 209	1 188	1 177	1 175	1 188	1 168	1 159
* Frauen	1 000	525	532	538	535	531	527	531	527	524
* Ausländer/-innen	1 000	78	76	77	72	72	72	73	69	69
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	193	201	201	203	203	205	204	205	205
* darunter Frauen	1 000	169	176	175	177	178	179	178	179	179
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft,										
Fischerei	1 000	13	14	14	12	12	13	13	11	12
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	358	351	353	347	343	340	342	338	334
* Baugewerbe	1 000	88	85	87	81	78	80	82	77	74
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	268	271	275	268	265	265	268	262	260
* Finanzierung, Vermietung und										
Unternehmensdienstleistungen	1 000	138	141	144	142	141	141	144	141	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	327	334	336	338	337	335	338	338	337

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2004 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2002	2003			2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Arbeitslose ²⁾	Anzahl	143 665	154 664	146 972	153 609	162 967	149 000	152 285	162 676	190 105
* Frauen	Anzahl	63 014	66 055	63 823	64 766	66 620	65 784	66 580	69 229	107 718
* Männer	Anzahl	80 651	88 609	83 149	88 843	96 347	83 216	85 705	93 447	82 387
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 723	8 181	7 101	8 314	10 564	7 026	7 602	9 429	12 017
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	41 323	44 796	41 487	44 212	47 558	41 868	43 177	46 877	54 757
* Arbeitslosenquote ²⁽³⁾	%	8,0	8,5	8,1	8,5	9,0	8,2	8,4	9,0	10,5
* Frauen	%	7,5	7,8	7,5	7,6	7,9	7,7	7,8	8,1	9,7
* Männer	%	8,3	9,2	8,6	9,2	10,0	8,7	8,9	9,7	11,2
* Ausländer/-innen	%	17,1	17,7	17,2	17,9	18,7	17,1	17,6	18,8	22,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,9	8,1	7,0	7,4	8,0	8,1	8,2	8,9	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	7 897	9 170	8 274	6 515	7 384	5 439	5 342	7 672	8 503
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 083	27 293	18 152	19 819	22 749	14 975	13 568	16 447	19 570
darunter										
Bauberufe	Anzahl	579	473	316	243	264	305	202	134	274
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 172	5 473	4 645	4 306	3 994	4 211	3 889	3 405	3 461
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2002	2003			2004				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	802	988	860	918	1 172	682	533	598	763
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	768	949	825	891	1 130	644	514	570	730
3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	35	39	35	27	42	38	19	28	33
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	1	1	1	-	1	2	2	2
Unternehmen	Anzahl	96	125	165	149	180	106	57	80	86
private Haushalte	Anzahl	703	862	694	768	992	575	474	516	675
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 084	1 322	1 124	1 153	1 486	1 240	691	970	1 198
* Umbauter Raum	1 000 m²	783	952	782	835	1 078	753	501	592	810
* Wohnfläche	1 000 m²	141	172	146	154	197	137	91	107	143
Wohnräume	Anzahl	6 159	7 525	6 389	6 821	8 622	5 926	3 990	4 747	6 128
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	176	217	177	191	243	166	114	134	185
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	139	128	126	132	91	134	148	93	131
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	15	15	18	22	12	9	15	14	15
Unternehmen	Anzahl	116	106	106	103	74	121	127	77	113
private Haushalte	Anzahl	8	6	2	7	5	4	6	2	3
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	33	16	11	15	19	21	20	9	25
* Umbauter Raum	1 000 m³	778	661	609	666	388	484	571	678	811
* Nutzfläche	1 000 m²	119	98	91	93	52	72	95	97	132
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	82	67	58	73	44	34	59	63	80
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 239	1 491	1 248	1 288	1 636	1 409	826	1 091	1 287
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 147	8 660	7 252	7 687	10 476	6 921	4 787	5 570	6 899

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾ darunter	t	10 434	10 393	11 720	11 338	10 747	10 578	11 109	12 430	11 877
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 801	2 693	3 240	3 287	2 932	2 570	3 016	3 709	3 474
* Kälber	t	22	18	21	23	37	15	20	21	46
* Schweine	t	7 511	7 595	8 368	7 947	7 716	7 914	7 985	8 603	8 248
* Eiererzeugung ²⁾ Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	1 000 t	10 321 62 988	9 621 64 148	9 224 62 571	9 518 59 388	9 618 63 016	9 404 61 229	9 334 62 337	9 507 59 680	9 844 63 008
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 384	2 260	2 249	2 242	2 242	2 179	2 181	2 179	2 179
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	296 590	288 559	287 916	287 281	285 558	282 329	281 038	280 533	279 085
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	186 727	180 771	180 304	179 657	177 853	176 132	174 695	174 402	173 529
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h	.	36 381	38 186	37 105	33 635	36 427	36 211	37 202	34 333
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	892	889	846	1 152	867	828	845	1 149	862
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	464	455	447	588	449	429	435	584	442
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	429	434	400	564	417	398	411	565	420
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 183	5 230	5 631	5 410	5 112	5 789	5 643	5 820	5 636
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	2 748	2 779	2 994	2 813	2 525	3 130	3 035	3 117	2 823
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 362	1 366	1 474	1 377	1 480	1 518	1 533	1 562	1 642
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	116	154	150	115	126	123	130	113
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	956	968	1 009	1 070	992	1 015	951	1 011	1 057
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 590	1 666	1 728	1 799	1 596	1 799	1 720	1 862	1 786
Fahrzeugbau	Mill. EUR	710	751	884	788	803	854	902	916	907
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 263	2 348	2 484	2 492	2 292	2 632	2 605	2 716	2 611
Exportquote ⁸⁾	%	43,7	44,9	44,1	46,1	44,8	45,5	46,2	46,7	46,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,5	99,6	107,2	100,7	92,1	106,1	106,6	107,6	103,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	98,5	99,1	106,6	98,8	85,5	108,8	106,4	105,9	93,7
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	99,6	100,5	104,2	102,3	103,5	100,5	104,9	108,6	121,8
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,2	89,1	120,7	105,5	89,7	95,0	106,3	110,5	82,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	109,4	103,1	118,6	105,1	90,0	115,4	115,6	114,6	96,0
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	102,6	102,3	109,7	99,4	89,6	115,1	111,8	112,4	97,9
Fahrzeugbau	2000=100	97,8	105,2	108,0	102,9	104,2	101,7	108,6	112,3	127,3
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	87	87	87	85	85	85	85
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 936	10 660	10 572	10 568	10 519	10 381	10 347	10 321	10 326
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 394	1 363	1 412	1 382	1 274	1 366	1 328	1 394	1 290
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾ Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾	Mill. EUR	34	34	40	42	31	29	37	43	31
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	542	640	777	732	784	648	660	713	760
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	530	624	756	713	765	627	643	698	743

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeitsstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	42 573	39 526	39 644	39 490	39 100	38 872	37 830	37 245	36 744
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 142	3 967	4 668	4 198	3 221	4 542	4 181	3 853	2 935
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 579	1 568	1 855	1 679	1 267	1 867	1 673	1 526	1 158
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 083	995	1 124	1 016	818	1 045	1 009	930	752
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 480	1 404	1 689	1 503	1 136	1 630	1 499	1 397	1 025
darunter Straßenbau	1 000 h	676	639	800	703	508	757	701	643	451
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	95	90	93	102	95	87	83	95	85
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	71	67	71	75	71	66	61	69	63
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	23	22	27	23	21	21	25	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	332	409	384	398	369	358	391	538
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	107	106	119	127	123	118	119	122	217
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	101	92	114	106	102	88	85	96	108
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	133	176	151	172	163	154	173	213
darunter Straßenbau	Mill. EUR	62	56	72	65	69	73	69	75	83
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	386	368	370	368	365	331	331	334	331
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 214	12 338	12 333	12 495	12 381	11 569	11 497	11 999	11 767
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 923	3 677	3 643	3 813	3 715	3 446	3 467	3 681	3 636
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	87	80	81	80	86	73	75	78	83
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	61	57	57	58	62	52	54	56	59
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	26	23	23	22	24	21	22	22	24
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	281	270	262	273	348	195	244	281	335
HANDEL										
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Großhandel ^{p 7)}										
* Beschäftigte	2000=100	91,0	86,7	87,0	85,3	84,9	84,8	84,4	83,7	83,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	95,8	92,2	95,8	91,8	92,7	98,2	97,1	95,6	95,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	93,6	94,7	104,8	96,2	93,4	103,1	104,2	101,1	94,5
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	92,6	92,2	102,5	94,3	91,2	98,0	98,8	96,2	90,1
Einzelhandel ^{p 9)}										
* Beschäftigte	2000=100	101,4	100,3	100,8	101,2	101,8	100,0	100,2	100,8	102,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,8	104,5	105,5	106,6	107,9	106,3	106,6	107,8	108,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,3	101,3	107,3	101,8	121,0	99,3	104,0	103,4	119,7
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,8	99,7	105,8	100,4	119,5	98,0	102,2	101,9	117,7
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	101,0	102,2	101,8	101,6	104,7	104,4	105,0	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,8	103,0	105,4	107,1	108,2	114,1	114,0	113,3	112,8
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,6	103,9	115,7	103,9	101,7	104,9	110,3	108,2	99,6
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,1	101,5	112,4	100,9	98,6	101,5	106,6	104,8	96,6
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2000=100	99,8	99,8	103,4	97,9	95,8	104,8	104,6	100,0	98,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,6	103,5	108,8	102,3	100,8	111,5	111,8	107,5	104,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,0	99,4	111,9	94,4	93,2	108,1	106,1	89,4	88,3
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	94,6	93,2	104,9	88,9	86,1	100,3	98,8	83,5	80,7

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2002	2003				2004					
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
		* Gästeankünfte	1 000	554	561	741	433	346	798	774	447	366
		* darunter von Auslandsgästen	1 000	120	123	128	80	86	154	144	92	85
		* Gästeübernachtungen	1 000	1 654	1 657	2 164	1 130	998	2 219	2 169	1 129	974
		* darunter von Auslandsgästen	1 000	367	375	370	205	245	420	377	221	213
		VERKEHR										
		Straßenverkehrsunfälle										
		2002	2003				2004					
Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.				
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 279	10 305	10 746	11 939	10 589	9 884	10 466	10 929	10 869		
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 548	1 540	1 747	1 633	1 401	1 631	1 683	1 485	1 377		
* Getötete Personen	Anzahl	30	30	25	38	21	37	26	24	19		
darunter												
Pkw-Insassen	Anzahl	18	17	10	27	15	19	12	17	12		
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	7	7	2	12	8	4	3		
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	-	1	1	1	1	1		
Fußgänger	Anzahl	4	3	5	4	1	3	4	1	2		
* Verletzte Personen	Anzahl	2 043	2 042	2 325	2 197	1 831	2 149	2 127	1 973	1 778		
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	406	409	452	443	337	480	433	380	288		
darunter												
Pkw-Insassen	Anzahl	202	203	180	257	204	239	181	208	178		
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	95	131	82	37	124	122	83	41		
Radfahrer	Anzahl	49	51	72	27	29	77	66	36	28		
Fußgänger	Anzahl	44	40	42	39	46	22	42	34	27		
Kraftfahrzeuge												
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 836	13 931	13 249	12 527	10 957	11 164	12 955	12 936	12 899		
darunter												
Kraftträder	Anzahl	889	898	573	302	190	765	562	332	203		
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	13 776	11 897	11 608	11 133	9 848	9 542	11 347	11 417	11 581		
* Lastkraftwagen	Anzahl	803	741	768	798	728	607	703	829	832		
Zugmaschinen	Anzahl	197	196	188	187	118	172	225	232	181		
Personenbeförderung												
2002	2003				2004							
Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal				
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	71 535	70 036	62 460	...			
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	623	654	517	...			
Binnenschifffahrt												
2002	2003				2004							
Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.				
* Gütereingang	1 000 t	1 239	1 125	852	1 100	1 053	1 148	1 169	1 212	1 352		
* Güterversand	1 000 t	785	756	602	824	777	757	828	848	884		
AUSSENHANDEL ⁵⁾												
Ausfuhr (Spezialhandel)												
* Insgesamt	Mill. EUR	2 213	2 383	2 492	2 457	2 497	2 588	2 616	2 676	2 763		
darunter												
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	152	162	174	153	167	149	159	141	165		
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 061	2 157	2 225	2 221	2 249	2 308	2 318	2 388	2 446		
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	19	18	24	17	16	18	35	15		
* Halbwaren	Mill. EUR	78	83	91	73	83	93	98	108	110		
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 965	2 055	2 116	2 124	2 149	2 199	2 202	2 245	2 320		
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	609	669	781	693	683	651	719	663	722		
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 356	1 387	1 335	1 430	1 466	1 548	1 483	1 583	1 599		

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 645	1 780	1 809	1 893	1 871	1 817	1 936	2 026	2 111
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 331	1 590	1 613	1 691	1 688	1 624	1 731	1 816	1 894
Belgien	Mill. EUR	146	142	144	151	145	123	128	129	142
Luxemburg	Mill. EUR	29	31	32	35	37	30	39	44	42
Dänemark	Mill. EUR	32	33	35	34	34	33	28	35	43
Finnland	Mill. EUR	17	20	19	19	20	21	22	21	24
Frankreich	Mill. EUR	296	317	327	348	326	345	352	348	372
Griechenland	Mill. EUR	23	23	27	23	21	20	30	24	31
Großbritannien	Mill. EUR	177	190	191	199	207	228	214	224	239
Irland	Mill. EUR	9	11	12	12	10	10	11	13	11
Italien	Mill. EUR	182	186	191	200	197	155	219	223	217
Niederlande	Mill. EUR	134	154	137	154	165	149	140	164	154
Österreich	Mill. EUR	98	114	117	120	132	135	125	137	140
Schweden	Mill. EUR	37	44	40	50	58	46	56	57	73
Spanien	Mill. EUR	130	153	157	169	164	140	175	185	199
Portugal	Mill. EUR	19	19	21	19	22	15	16	18	17
* Afrika	Mill. EUR	47	50	46	43	36	72	64	66	44
* Amerika	Mill. EUR	241	260	359	221	278	293	271	268	271
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	180	201	298	161	228	219	203	198	215
* Asien	Mill. EUR	260	271	256	281	289	378	324	291	312
darunter nach Japan	Mill. EUR	44	50	48	48	58	51	48	48	54
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	18	22	21	19	23	27	21	24	26
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 473	1 558	1 373	1 737	1 696	1 578	1 768	1 695	1 859
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	147	157	135	174	169	158	153	178	183
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 326	1 328	1 166	1 482	1 444	1 270	1 443	1 354	1 496
davon										
Rohstoffe	Mill. EUR	41	37	46	49	75	50	49	56	51
Halbwaren	Mill. EUR	176	165	131	172	149	205	224	202	237
Fertigwaren	Mill. EUR	1 109	1 126	989	1 262	1 220	1 015	1 169	1 097	1 208
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	275	257	292	295	295	287	313	321
Enderzeugnisse	Mill. EUR	834	851	732	969	926	720	882	784	886
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 164	1 244	1 089	1 393	1 391	1 267	1 450	1 357	1 492
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	941	1 133	978	1 260	1 247	1 139	1 299	1 215	1 352
Belgien	Mill. EUR	147	163	129	156	164	228	197	225	225
Luxemburg	Mill. EUR	27	26	17	37	29	37	34	31	31
Dänemark	Mill. EUR	33	31	13	33	17	26	14	30	38
Finnland	Mill. EUR	7	8	7	6	10	8	7	6	7
Frankreich	Mill. EUR	217	240	207	305	257	186	325	275	283
Griechenland	Mill. EUR	3	4	5	3	5	4	2	4	4
Großbritannien	Mill. EUR	68	70	60	65	93	59	72	59	60
Irland	Mill. EUR	12	20	18	20	29	9	28	8	6
Italien	Mill. EUR	104	111	103	107	137	116	95	100	116
Niederlande	Mill. EUR	168	174	141	198	183	214	220	186	270
Österreich	Mill. EUR	46	50	48	63	61	48	47	55	56
Schweden	Mill. EUR	31	37	48	42	37	26	32	35	39
Spanien	Mill. EUR	59	69	61	79	88	75	83	71	68
Portugal	Mill. EUR	18	14	12	13	12	6	11	7	11
* Afrika	Mill. EUR	29	24	16	31	19	35	30	30	27
* Amerika	Mill. EUR	126	138	134	144	127	104	116	134	146
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	106	111	110	123	111	77	88	105	116
* Asien	Mill. EUR	148	147	129	167	157	167	168	170	191
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	31	26	34	30	29	25	28	30
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	4	4	3	2	6	4	4	2
GEWERBEANZEIGEN ³⁾		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 065	3 278	3 468	3 235	3 284	3 898	3 833	3 803	4 274
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 630	2 658	2 546	2 512	3 453	2 619	2 502	2 759	3 919

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –

2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2002	2003				2004					
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
	* Insgesamt	Anzahl	344	399	444	406	358	557	437	550	464	
	davon											
	* Unternehmen	Anzahl	125	129	146	112	109	156	118	129	120	
	* Verbraucher	Anzahl	106	155	176	193	135	242	190	273	202	
	* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	74	100	113	88	102	138	118	137	126	
	* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
	Nachlässe	Anzahl	39	16	9	13	12	21	11	11	16	
	* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	133	121	104	91	89	123	137	112	147	
HANDWERK ²⁾	Einheit	2002	2003				2004					
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
	* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	87,3	98,2	98,0	100,0	96,6	93,1	92,7	95,4	...	
	* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	93,6	100,0	101,3	103,4	109,2	85,4	98,2	98,4	...	
	PREISE	Einheit	2002	2003		2004			2005			
			Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
		* Verbraucherpreisindex	2000=100	103,4	104,3	105,0	105,1	105,2	105,9	107,0	106,7	107,2
		VERDIENSTE ⁶⁾	Einheit	2002	2003			2004				
Durchschnitt				April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.		
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe			EUR	2 465	2 531	2 535	2 559	2 540	2 504	2 599	2 578	2 575
* Männer			EUR	2 537	2 602	2 608	2 632	2 611	2 574	2 675	2 651	2 645
* Frauen			EUR	1 853	1 909	1 893	1 916	1 925	1 910	1 930	1 933	1 950
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe			EUR	15,00	15,38	15,34	15,48	15,37	15,48	15,67	15,53	15,53
* Männer	EUR		15,41	15,79	15,74	15,89	15,76	15,91	16,09	15,92	15,91	
darunter												
Facharbeiter	EUR		16,51	16,96	16,94	17,10	16,87	16,99	17,20	16,99	17,02	
angelernte Arbeiter	EUR		14,73	15,12	15,02	15,19	15,19	15,36	15,60	15,45	15,40	
Hilfsarbeiter	EUR	12,48	12,60	12,58	12,62	12,64	12,68	12,66	12,69	12,64		
* Frauen	EUR	11,48	11,78	11,67	11,85	11,84	11,82	11,90	11,96	12,03		
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,66	10,97	10,86	11,03	11,05	11,02	11,04	11,11	11,15		
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,8	37,9	38,0	38,0	38,0	37,2	38,2	38,2	38,2		
Arbeiter	h	37,9	37,9	38,1	38,1	38,1	37,2	38,3	38,3	38,3		
Arbeiterinnen	h	37,2	37,3	37,3	37,2	37,4	37,2	37,3	37,2	37,3		
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 572	3 686	3 640	3 689	3 736	3 766	3 785	3 779	3 769		
* Männer	EUR	3 849	3 957	3 912	3 960	4 009	4 053	4 069	4 059	4 048		
* Frauen	EUR	2 776	2 888	2 843	2 899	2 930	2 927	2 946	2 963	2 966		
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 284	3 394	3 359	3 395	3 431	3 442	3 475	3 486	3 479		
Männer	EUR	3 779	3 882	3 854	3 874	3 915	3 945	3 981	3 991	3 974		
Frauen	EUR	2 712	2 821	2 780	2 832	2 858	2 848	2 872	2 885	2 891		
* technische Angestellte	EUR	3 798	3 909	3 856	3 917	3 970	4 020	4 028	4 012	4 002		
Männer	EUR	3 882	3 991	3 939	3 999	4 052	4 104	4 110	4 091	4 083		
Frauen	EUR	3 014	3 136	3 076	3 144	3 194	3 225	3 233	3 259	3 250		
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 687	2 780	2 734	2 760	2 850	2 871	2 857	2 871	2 900		
* Männer	EUR	2 982	3 068	3 021	3 047	3 142	3 164	3 139	3 162	3 197		
* Frauen	EUR	2 303	2 393	2 343	2 367	2 461	2 476	2 474	2 475	2 500		
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 700	2 791	2 741	2 766	2 867	2 893	2 883	2 895	2 925		
Männer	EUR	3 060	3 133	3 081	3 105	3 215	3 246	3 223	3 242	3 278		
Frauen	EUR	2 308	2 401	2 350	2 375	2 470	2 486	2 487	2 486	2 512		
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 140	3 246	3 208	3 247	3 294	3 323	3 324	3 327	3 336		

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtszeitraums. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsgeld, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 680	112 290	112 720	108 375	112 393	112 230	112 953	113 075	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 677	13 598	13 155	12 693	12 574	12 674	12 524	12 154	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 931	10 550	10 407	10 490	10 702	10 424	9 987	9 817	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 072	88 142	89 158	85 192	89 117	89 132	90 442	91 104	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 124	106 069	106 612	102 136	106 242	106 093	106 903	107 220	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 391	92 487	93 847	89 272	92 997	93 207	93 794	94 260	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 734	13 582	12 765	12 864	13 245	12 886	13 109	12 960	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 556	6 221	6 108	6 239	6 151	6 137	6 050	5 855	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	80 199	84 173	83 542	83 980	86 842	86 538	87 046	87 280	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	20 241	22 733	22 590	22 381	24 439	23 574	24 394	24 049	...
Termineinlagen	Mill. EUR	24 329	25 982	25 576	26 445	26 769	27 559	27 485	28 049	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 581	5 215	5 226	5 132	5 130	5 044	5 061	5 182	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 049	30 243	30 150	30 022	30 504	30 361	30 106	30 000	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	77 570	81 610	80 754	81 484	84 429	83 882	84 093	84 568	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	75 384	79 251	78 360	79 023	81 863	82 012	82 095	82 700	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 186	2 360	2 394	2 461	2 566	1 870	1 998	1 868	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 629	2 563	2 788	2 496	2 413	2 656	2 953	2 712	...
STEUERN		2002	2003		2004				2005	
Aufkommen nach Steuerarten		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 053	2 084	2 293	2 835	1 977	1 885	2 200	2 760	1 904
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	712	733	797	1 338	666	472	776	1 230	597
Lohnsteuer	Mill. EUR	615	636	810	831	561	431	753	792	474
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	120	121	348	-	-	-	317	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	16	5	- 38	331	- 79	- 45	- 30	332	3
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	36	4	8	125	147	10	5	41
Zinsabschlag	Mill. EUR	25	23	29	12	84	12	37	13	84
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	5	17	-	-	-	26	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	33	- 9	156	- 25	- 72	6	89	- 5
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 30	- 10	14	-	-	-	- 0	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 340	1 351	1 496	1 498	1 312	1 413	1 424	1 529	1 307
Umsatzsteuer	Mill. EUR	369	354	413	375	360	370	386	388	359
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	971	997	1 084	1 123	952	1 043	1 038	1 141	948
Zölle	Mill. EUR	92	96	103	101	85	123	122	244	104
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	75	263	33	216	- 55	132	36
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	70	66	47	187	- 7	185	- 84	62	- 0
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	33	20	69	34	24	21	63	29

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2002	2003			2004				2005	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Landessteuern Vermögensteuer Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer Kraftfahrzeugsteuer Rennwett- und Lotteriesteuer Feuerschutzsteuer Biersteuer	Mill. EUR	74	77	62	73	281	70	73	82	73	
	Mill. EUR	1	1	1	0	1	- 3	0	0	0	
	Mill. EUR	9	10	7	11	215	13	9	10	7	
	Mill. EUR	13	15	15	15	14	15	16	15	16	
	Mill. EUR	34	33	26	27	38	29	32	29	37	
	Mill. EUR	12	13	10	14	9	13	13	21	9	
	Mill. EUR	1	1	0	3	0	0	0	4	0	
	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
	2002		2003				2004				
	Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
Gemeindesteuern Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer (brutto) sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	366	350	382	376	341	355	447	367	445	
	Mill. EUR	4	5	5	6	3	4	5	5	4	
	Mill. EUR	95	97	103	108	88	91	107	107	90	
	Mill. EUR	248	240	261	254	243	251	323	245	346	
	Mill. EUR	18	10	12	8	6	8	13	9	6	
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb. Gewerbesteuer (netto) ²⁾ Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	574	546	551	558	663	468	609	546	777	
	Mill. EUR	185	160	202	169	113	227	262	173	257	
	Mill. EUR	242	247	200	239	405	127	191	222	379	
	Mill. EUR	29	29	28	28	47	11	31	29	41	
	2002		2003				2004				2005
Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.			
Steuereinnahmen des Landes Landessteuern Anteil an den Steuern vom Einkommen Lohnsteuer veranlagte Einkommensteuer Kapitalertragsteuer Zinsabschlag Körperschaftsteuer Anteil an den Steuern vom Umsatz Umsatzsteuer Einfuhrumsatzsteuer Anteil an der Gewerbe- steuerumlage Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE) Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA) Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	560	577	599	859	803	483	591	776	549	
	Mill. EUR	74	77	62	73	281	70	73	82	73	
	Mill. EUR	252	263	285	477	290	155	278	427	256	
	Mill. EUR	211	220	293	252	238	133	269	235	202	
	Mill. EUR	7	2	- 16	141	- 34	- 19	- 13	141	1	
	Mill. EUR	19	14	- 0	1	61	72	3	1	18	
	Mill. EUR	11	10	13	5	37	5	16	6	37	
	Mill. EUR	4	17	- 4	78	- 13	- 36	3	44	- 2	
	Mill. EUR	219	220	248	259	239	219	238	228	218	
	Mill. EUR	157	155	171	185	164	168	176	155	148	
	Mill. EUR	62	65	77	73	75	51	62	72	70	
	Mill. EUR	6	8	2	23	- 3	13	1	13	1	
	Mill. EUR	1	2	0	4	- 1	4	0	4	0	
	Mill. EUR	6	7	1	19	- 2	18	1	18	1	
	Mill. EUR	1	1	0	4	- 1	4	0	4	0	
	Steuereinnahmen des Bundes Bundessteuern Anteil an den Steuern vom Einkommen Anteil an den Steuern vom Umsatz Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	1 103	1 116	1 171	1 625	945	1 107	955	1 403	977
		Mill. EUR	111	108	75	263	33	216	- 55	132	36
Mill. EUR		307	317	338	580	291	206	331	530	257	
Mill. EUR		678	683	756	758	624	673	677	728	683	
Mill. EUR		6	8	2	23	- 3	13	1	13	1	

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Februar

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im Jahr 2002 (Gebietsstand 31. Dezember 2002) (auch E-Mail-Versand, Excel-Format)
Bestellnr.: A1023 200200

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2004 (Gebietsstand 30. Juni 2004)
Bestellnr.: A1033 200421

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland – Endgültige Ernteergebnisse 2003
Bestellnr.: C2083 200301

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2004
Bestellnr.: C1063 200401

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. November 2004
Bestellnr.: C3043 200400

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2004
Bestellnr.: D1023 200411

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2004
Bestellnr.: E1023 200412

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Dezember 2004
Bestellnr.: E1033 200412

Bauhauptgewerbe im November 2004 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200411

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2004
Bestellnr.: E4013 200400

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2004
Bestellnr.: E4023 200412

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Jahr 2004 (Eilbericht)
Bestellnr.: F2013 200400

Baugenehmigungen im Dezember 2004
Bestellnr.: F2033 200412

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe im Dezember 2004
Bestellnr.: G1023 200412

Aus- und Einfuhr im November 2004
Bestellnr.: G3023 200411

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr 2003
Bestellnr.: G4013 200300

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 2004
Bestellnr.: G4023 200411

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2004
Bestellnr.: H1023 200411

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Dienstleistungen 2002 – Strukturerhebung
Bestellnr.: J1023 200200

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern 2000 bis 2004
Bestellnr.: L1013 200400

Das Lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1998
Bestellnr.: L4043 199801

Adressen von Kommunalverwaltungen bequem im Internet finden – Alle Adressen auf einen Blick gibt es auf CD-ROM

Die Adressen der rheinland-pfälzischen Kommunalverwaltungen können ab sofort bequem im Internetangebot des Statistischen Landesamtes abgefragt werden. Wer die Anschrift oder die Telefonnummer einer Kreis-, Stadt-, Verbandsgemeinde- oder Gemeindeverwaltung sucht, wird unter www.statistik.rlp.de in der Rubrik „Aktuell – Verzeichnis der Kommunalverwaltungen“ fündig. Auch die E-Mail- und die Internetadresse der Verwaltung sind abrufbar, ebenso der Name der Verwaltungschefin oder des Verwaltungschefs. Es können alle Kommunalverwaltungen mit einem hauptamtlichen Verwaltungschef bzw. einer hauptamtlichen Verwaltungschefin abgerufen werden, also nicht die Ortsgemeinden. Wer den Namen einer Ortsgemeinde eingibt, erhält aber die Anschrift der jeweiligen Verbandsgemeinde- und Kreisverwaltung.

Alle Adressen auf einen Blick und zum bequemen Weiterverarbeiten, beispielsweise in Serienbriefen, bietet das elektronische Verzeichnis der Kommunalverwaltungen, das zum Preis von 15,30 Euro zuzüglich Versandkosten auf CD-ROM angeboten wird (Bestellnummer A5034C).

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Januar 2005
Bestellnr.: M1013 200501

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2004
Bestellnr.: Z1013 200411

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Die Wahl zum Europäischen Parlament in Rheinland-Pfalz am 13. Juni 2004 (Band 390)
Bestellnr.: B1422 200401

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1998 bis 2003 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 Arbeitsvolumen
Bestellnr.: A6215E 200300

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Kreis- und Länderergebnisse 1991 bis 2003 – Rückrechnungsergebnisse ab 1970/1980 (Ausgabe 2004)
Bestellnr.: P1125C 200400

Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland (Ausgabe 2004)
Bestellnr.: Z1015 200400

Veröffentlichungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Statistisches Jahrbuch Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie 2004
Bestellnr.: Z2505 200401

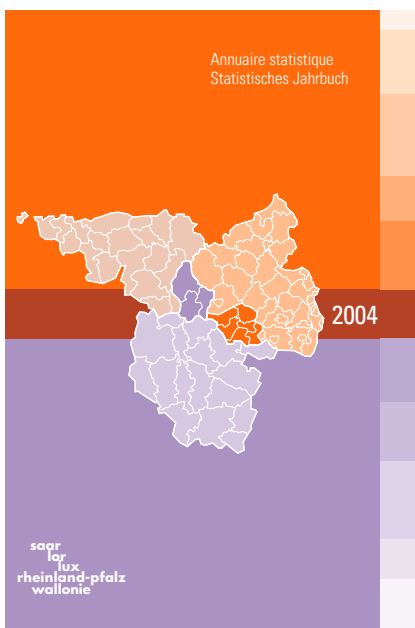
Statistisches Jahrbuch Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie 2004

Europa wächst nicht nur im Großen zusammen, auch regional gibt es eine Vielzahl von Beziehungen und Verflechtungen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Das zeigt das Statistische Jahrbuch der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie auf, dessen fünfte Auflage Anfang 2005 erschienen ist. Das Buch verfolgt das Ziel, das Leben und die Entwicklung in diesen fünf Teilregionen in Zahlen und Statistiken zu fassen, ein Stück vergleichbar zu machen und die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich durch Informationen über die jeweils andere Region zu fördern. Es enthält – zweisprachig – Struktur- und Entwicklungsdaten zu Bevölkerung, Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt und den allgemeinen Lebensverhältnissen.

Seit nunmehr 30 Jahren arbeiten die statistischen Ämter der Großregion zusammen. Herausgeber des Jahrbuches sind die statistischen Landesämter Rheinland-Pfalz und Saarland, das Institut National de la Statistique et des Études Économiques – Direction Régionale de Lorraine (INSEE), der Service Central de la Statistique et des Études Économiques (Statec),

Luxembourg, sowie die in das Ministère de la Région Wallonne eingegliederten Services des Études et de la Statistique (SES), Namur.

Das Buch kann beim Statistischen Landesamt gegen eine Schutzgebühr von 10 Euro bezogen werden. Es ist außerdem im Internet kostenfrei als PDF-Dokument (933 kb) verfügbar (http://www.grossregion.lu/Annuaire_2004.pdf).



Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Volker Teuschler, Daleiden

und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR

Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.